

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

11/12

• Kommunistischer Bund gegründet

Gemeinsame Erklärung von SALZ und KAB Hamburg

Die Organisationen SALZ und KAB Hamburg sind übereingekommen, sich unter dem Namen KOMMUNISTISCHER BUND enger zusammenzuschließen.

Die Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus, die auf die Arbeiterklasse zukommenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, erfordern verstärkte Anstrengungen für den politisch-theoretischen und organisatorischen Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands.

Das Zirkelwesen hatte seine historische Berechtigung in der ersten Phase der Sammlung der kommunistischen Kräfte und der Herausbildung einer in den Grundfragen einheitlichen politischen Linie.

Die organisatorische Zersplitterung war Ausdruck des politisch-theoretischen Kampfes um den von der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands einzuschlagenden Kurs.

"Die Einheit ist eine große Sache und eine große Lösung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verflächern des Marxismus." (L e n i n)

Die Kämpfe der vergangenen Monate haben zur Schaffung weitgehender Übereinstimmung zwischen verschiedenen kommunistischen Organisationen in Westdeutschland geführt.

Das betrifft vor allem die Abgrenzung vom Revisionismus, sowie auch vom Rechts- und "Links"-opportunismus, den Kampf um die Durchsetzung einer klassenmäßigen Politik in den Gewerkschaften, die Politik der Aktionseinheit, die Verbindung von politischem und ökonomischem, sowie von demokratischem und sozialistischem Kampf und den Kampf gegen die faschistische Formierung der Kapitalistenklasse.

Die Organisationen SALZ und KAB sind immer mehr zu einem einheitlichen Standpunkt über diese Grundfragen kommunistischer Politik gelangt. Dazu hat vor allem die sich festigende und vertiefende praktische Zusammenarbeit beigetragen. In gemeinsamen Aktionen wurden die politischen Vorstellungen konkretisiert und korrigiert.

Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, auf dieser Grundlage nunmehr auch die organisatorische Vereinheitlichung voranzutreiben. Dazu soll die Bildung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES und die gemeinsame Herausgabe einer politischen Zeitung dienen.

Der KOMMUNISTISCHE BUND ist noch keine Partei. Er ist auch kein Parteiersatz. Er ist vielmehr die Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung, wo vom Zirkelwesen schrittweise zum Wiederaufbau der kommunistischen Partei übergegangen wird.

Innerhalb des KOMMUNISTISCHEN BUNDES behalten die verschiedenen Organisationen zunächst noch weitgehend ihre politische Selbstständigkeit.

WORUM GING ES AUF DER 2. HAMBURGER KONFERENZ ?	5
RESOLUTION DER 2. HAMBURGER KONFERENZ ZUR AKTIONSEINHEIT	13
SELBSTKRITIK DER KB BREMEN UND GÖTTINGEN	14
STELLUNGNAHME DES LG DES SALZ HAMBURG ZU FRAGEN DER METALL-TARIF-KAMPAGNE	16
SELBSTKRITIK VON SALZ UND KAB HAMBURG ZUR PLATTFORM DER 1. HAMBURGER KONFERENZ	27
FÜR DAS BÜNDNIS VON INTELLIGENZ UND ARBEITERKLASSE	34

Die Bildung einer gemeinsamen Leitung soll dazu dienen, die Aktivitäten der verschiedenen Organisationen zu koordinieren und ein möglichst einheitliches Vorgehen zu gewährleisten.

Der KOMMUNISTISCHE BUND steht für den gleichberechtigten Beitritt anderer kommunistischer Gruppen offen.

Wo ein solcher Beitritt noch nicht zu erreichen ist, wird der KOMMUNISTISCHE BUND sich um eine Verbesserung und Vertiefung der Zusammenarbeit bemühen.

Der KOMMUNISTISCHE BUND erhebt keinen "Führungsanspruch". Unser Selbstverständnis als führende politische Kraft kann nur den Anspruch an uns selbst bedeuten, unsere Arbeit zu verbessern und zu verbreitern, an der Erarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik für die BRD verstärkt teilzunehmen und die Festlegung eines politischen Programms voranzutreiben.

So verstanden bedeutet die Bildung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES nicht die Verfestigung der organisatorischen Zersplitterung, sondern einen Schritt zu ihrer Überwindung.

Folgende Gruppen haben sich mittlerweile dem KB angeschlossen:

SALZ Bremerhaven
KB/ML Eutin
KB/ML Flensburg
SALZ Frankfurt
KAG Oldenburg

Die bisherigen Organisationsnamen werden mit Erscheinen der ersten Ausgabe der politischen Zeitung des KB ersetzt durch die Bezeichnung "KB Gruppe ... (Ortsname) ...". Weiterhin wird die Herausgabe der "Arbeiterstimme"-Bremerhaven und der "KAZ"-Flensburg sowie die Herausgabe der "Kommunistischen Korrespondenz"-Oldenburg zugunsten der politischen Zeitung ARBEITERKAMPF und des theoretischen Organs UNSER WEG eingestellt.

STATUT des Kommunistischen Bundes

Art. 1

Der KOMMUNISTISCHE BUND ist ein Zusammenschluß von kommunistischen Organisationen - unter vorläufiger Beibehaltung der organisatorischen Selbstständigkeit - auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und seiner Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung.

Der KOMMUNISTISCHE BUND (KB) verteidigt die unmittelbaren politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, kämpft für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Zerschlagung seines Staatsapparates, für den Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats, für eine kommunistische Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen, und ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Deshalb führt der KB einen ständigen Kampf an der politisch-ideologischen Front gegen alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie, insbesondere gegen deren Einfluß in der Arbeiterbewegung.

Die Sache der Arbeiterklasse erfordert die Kommunistische Partei als Zusammenschluß des bewußtesten Teils der Arbeiterklasse. Daher ist es notwendig, besonders intensiv an der politisch-theoretischen und organisatorischen Einheit der westdeutschen Kommunisten zu arbeiten. Der KB wird dieser Aufgabe besondere Aufmerksamkeit widmen, zumal die westdeutsche Kapitalistenklasse einer Organisation der Kommunisten der BRD nicht mehr lange tatenlos zusehen wird. Aus diesem Grund sind die westdeutschen Kommunisten verpflichtet, mit größerem Nachdruck als bisher, an dem Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu arbeiten.

Art. 2

Der KB wird eine politische Zeitung herausgeben, die regelmäßig erscheint und den Charakter eines überregionalen Organs haben soll. Diese Zeitung soll als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator wirken.

Dem Grundübel der westdeutschen kommunistischen Bewegung, daß sie kein wirklich überregionales Organ besitzt, muß abgeholfen werden. Lenin hat besonders hervorgehoben - und alle westdeutschen Kommunisten sind sich in diesem Punkt einig -, daß wir die Schaffung einer nationalen Organisation nicht vorantreiben können, wenn wir es nicht einmal verstehen, unsere Propaganda und Agitation in einer überregionalen politischen Zeitung zusammenfassen und zu zentralisieren.

Art. 3

Die Arbeit der Mitgliedsorganisationen des KB bewegt sich im Rahmen der Statuts des KB. Mitglied des KB können alle kommunistischen Organisationen werden, mit denen sich durch die Zusammenarbeit mit den schon im KB vereinigten Organisationen grundsätzliche Übereinstimmung in den politisch-theoretischen und praktischen Grundfragen ergeben hat.

Der KB ist von Anfang an auf die Mitarbeit und die Einbeziehung anderer kommunistischer Organisationen angelegt. In diesem Sinne ist auch das Statut zu verstehen. Insbesondere kann die vom KB herauszugebende überregionale politische Zeitung nur bei ständiger aktiver Mitarbeit aller im KB vereinigter Organisationen ihren Aufgaben gerecht werden.

Art. 4

Die im KB zusammenarbeitenden Organisationen wählen eine ständige Redaktion der gemeinsamen Zeitung. Auf einer regelmäßig tagenden erweiterten Redaktionskonferenz sind verantwortliche Delegierte der einzelnen Organisationen des KB zugegen. (bzw. verantwortliche Korrespondenten entfernter Gruppen, die schriftlich Stellung nehmen).

Auf der erweiterten Redaktionskonferenz wird die thematische und politische Richtung der Zeitung bestimmt. Auf diesem Wege wird die ständige Teilnahme und Mitarbeit aller dem KB angehörenden Organisationen gewährleistet sowie eine Kontrolle der ständigen Redaktion verwirklicht.

Die überregionale politische Zeitung des KB kann nicht allein das Ergebnis der Arbeit der ständigen Redaktion sein. Deshalb ist besonders auf die Mitarbeit der Genossen an der Basis der einzelnen Organisationen an der Erstellung der gemeinsamen Zeitung Wert zu legen, auf das massenhafte Sammeln und Verarbeiten aller das Arbeiterleben betreffenden Vorgänge in den Betrieben, auf die Weiterleitung alles dessen, worum die Diskussion der Arbeiter geht. Insbesondere ist von den Genossen in den Betrieben zu überprüfen, und in die Redaktion der Zeitung zurückzuvermitteln, wie es uns gelingt, eine Zeitung zu erstellen, von der die Arbeiter das Gefühl und die Gewißheit gewinnen, daß es sich dabei um ihre Zeitung handelt.

Art. 5

Der KB schafft ein Gremium aus Vertretern aller im KB arbeitenden Organisationen. Dieses Gremium tagt in regelmäßigen Abständen - mindestens einmal im Monat - und behandelt auf seinen Sitzungen alle politischen und organisatorischen Fragen, die für die Arbeiterbewegung der BRD von Bedeutung sind, insbesondere Fragen, die die Zusammenarbeit des KB mit dritten Organisationen betreffen.

Beschlüsse des KB - Aufnahme neuer Organisationen, Änderungen des Statuts, gemeinsame Aktionen, Herausgabe von Publikationen des KB etc. sollten nach gründlicher Diskussion einstimmig gefaßt werden.

Art. 6

Die im KB zusammenarbeitenden Organisationen behalten vorerst ihre organisatorische Selbstständigkeit. Die Zielsetzung des KB auf politisch-theoretische und organisatorische Einheit erfordert Anstrengungen, so bald wie möglich zur Herausgabe eines gemeinsamen theoretischen Organs zu gelangen. Auf dem Weg dorthin sollten die theoretischen Beiträge der einzelnen Mitgliedsorganisationen im Rahmen des KB vor Veröffentlichung mit den ernsthaften Willen zur Einheit diskutiert werden.

Von der nächsten Nummer an erscheint die KAB-ARBEITERZEITUNG als Monatszeitschrift des KOMMUNISTISCHEN BUNDES für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung unter dem neuen Titel:

Unser Weg

Art. 7

Die im KB zusammenarbeitenden Organisationen verpflichten sich:

- Durch Delegierte (bzw. über schriftliche Stellungnahmen von verantwortlichen Korrespondenten entfernter Gruppen) regelmäßig an den Sitzungen (Redaktion, Gremium) teilzunehmen und auf diese Weise die politische Arbeit des KB aktiv mitzugestalten. Zentrale Bedeutung kommt dabei der aktiven Mitarbeit an der Zeitung des KB zu.
- Bei der Arbeit in der erweiterten Redaktion und im Gremium ist das proletarische Prinzip der Kritik und Selbstkritik in Anwendung zu bringen.
- die gemeinsam gefaßten Beschlüsse aktiv zu vertreten und durchzuführen.
- mit ganzer Kraft die Sache der Arbeiterklasse zu vertreten und mit diesen Zielen ständig bemüht zu sein, den politisch-theoretischen Bewußtseinsstand der einzelnen Mitglieder der eigenen Organisation zu heben.
- ständig revolutionäre Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind üben und dabei den KB vor Angriffen des Klassenfeindes zu schützen.
- die gemeinsame überregionale politische Zeitung aktiv in die Arbeiterklasse zu tragen, d. h. sich intensiv um den Vertrieb der Zeitung zu kümmern.
- die gemeinsame Zeitung zur verbindlichen Lektüre eines jeden Genossen der im KB arbeitenden Organisationen zu machen, sowie alle Genossen zur ständigen Kritik an der Zeitung anzuhalten.

Art. 8

Grundlage der Disziplin im KB ist die Einheit der Mitgliedsorganisationen auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens.

Die Mitgliederorganisationen des KB führen ihre Politik im Rahmen der von den KB-Gremien diskutierten und vereinheitlichten Leitlinien durch. Bei der Arbeitsteilung im KB ist darauf zu achten, daß alle Aufgaben gemäß den Möglichkeiten und Fähigkeiten der Mitgliederorganisationen diesen übertragen werden.

Art. 9

Disziplinarmaßnahmen dienen der Stärkung des KB. Sie richten sich nach den Grundsätzen "aus früheren Fehlern lernen" und "die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu heilen". Diese bestehen entsprechend der Bedeutung des Falls in:

Verwarnung
befristetem oder endgültigem Ausschuß.

Jede Maßnahme ist gegenüber der betroffenen Organisation zu begründen und sie ist vor Verkündung der Disziplinarmaßnahme anzuhören.

Art. 10

Das Statut muß dem politisch-theoretischen und dem organisatorischen Entwicklungsprozeß des KB angepaßt werden.

Änderungen des Statuts werden auf der Grundlage der Einheitlichkeit beschlossen.

Worum ging es auf der 2. Hamburger Konferenz ?

Im Rahmen der Aktionseinheit von inzwischen über 20 kommunistischen Gruppen und Organisationen aus der BRD und Westberlin zur Metall-Tarifikampagne fand am 25./26. September in Hamburg eine weitere Konferenz statt.

Folgende Tagesordnung wurde zu Beginn angenommen :

1. Angriff der KB Bremen und KB Göttingen auf die Hamburger Kommunisten (vgl. KAB-AZ, Nr. 10)
2. Charakter der Aktionseinheit
3. Bericht der Teilnehmer über ihre Erfahrungen in ihrer bisherigen Agitation und Propaganda zur Metall-Tarifrunde
4. Diskussion der Berichte und der taktischen Meinungsverschiedenheiten
5. Möglichkeit einer gemeinsamen BVG-Kampagne

Es zeigte sich, daß die aufgetretenen politisch-theoretischen Widersprüche so scharf und umfassend sind, daß über die Diskussion der ersten beiden Tagesordnungspunkte kaum hinausgekommen wurde.

Im Mittelpunkt der 2. Hamburger Konferenz stand daher das Selbstverständnis der Aktionseinheit.

Das eigentliche Ziele der Aktionseinheit, nämlich der Kampf der Metaller und seine Unterstützung durch die Kommunisten, kam deutlich zu kurz.

Auf der 1. Hamburger Konferenz schien eine sehr weitgehende Vereinheitlichung kommunistischer Gruppen und Organisationen zur Metall-Tarif-Kampagne und darüber hinaus zu Grundfragen kommunistischer Strategie und Taktik erreicht worden zu sein.

Schon damals aber wäre Vorsicht am Platze gewesen. Die Diskussion auf der 1. Hamburger Konferenz hatte klar gezeigt, daß sehr weitgehende politisch-theoretische Differenzen bestanden vor allem in der Frage der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf und in der Frage der Verbindung von sozialistischem und demokratisch -antifaschistischem Kampf. In der Frage der zukünftigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Imperialismus sowie der Einschätzung der Kämpfe der Arbeiterklasse bestand durchaus keine Einigkeit.

Obwohl nach stundenlanger Diskussion die politisch-theoretischen Differenzen zwar einigermaßen klar dargelegt, aber längst nicht gelöst waren, wurde dann unter Zeitdruck relativ schnell die Präambel und geradezu mit Windeseile die Plattform "vereinheitlicht".

Zwar scheint uns die Präambel auch nachträglich korrekt den kommunistischen Standpunkt wiederzugeben. Soweit Kompromisse gemacht wurden, betrafen sie nicht die Grundfragen der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf und des demokratisch-antifaschistischen Kampfes.

Die formale Zustimmung aller beteiligten Gruppen und Organisationen zu dieser Präambel war aber eine sehr fragwürdige "Vereinheitlichung", solange in Wahrheit die Diskussion über die genannten Grundfragen noch gar nicht abgeschlossen war, und z. T. falsche Ansichten, die im Widerspruch zum Inhalt der Präambel stehen, bewußt aufrechterhalten wurden oder unbewußt in die Gestaltung der konkreten Agitation und Propaganda eingingen.

So hatten sich z. B. die ABG München in ihrer "Stellungnahme zu den Aufgaben der Marxisten-Leninisten in den bevorstehenden Tarifaussinandersetzungen in der Metallindustrie" ganz entschieden dagegen verwahrt, "den politischen Kampf auf die Tagesordnung setzen" zu wollen. Wer den politischen Kampf zur Tagesaufgabe erklärt - so hieß es in der Stellungnahme - gerät "ins Fahrwasser des Linksoportunismus". Gegenwärtig sei der Klassenkampf in der BRD "noch hauptsächlich ökonomischer Kampf". Das gelte auch für die Kapitalistenklasse, die allerdings "auf die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse zunehmend politisch reagieren wird". "Unsere Feststellung, daß gegenwärtig der Klassenkampf noch hauptsächlich ökonomischer Kampf ist, gilt auch für das Verhalten der Bundesregierung."

Die Kritik an diesen in der Tendenz ökonomischen Positionen, die von den ABG München in der Diskussion auf der 1. Hamburger Konferenz noch näher ausgeführt wurden,

haben wir schon in der KAB-AZ Nr. 9 aufgezeigt und wollen sie nicht wiederholen.

Festzustellen bleibt, daß diese Positionen unvereinbar sind mit zentralen Aussagen der Präambel, vor allem mit der Führung der Agitation und Propaganda zur Metall-Tarifrunde als "politische Kampagne" und der klaren Darstellung vom "Gesamtkarakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie".

Es ist undenkbar, wie auf der Grundlage von Meinungsverschiedenheiten z. B. in der Frage der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf und der Bedeutung des demokratisch-antifaschistischen Kampfes - wie also auf der Grundlage solcher Differenzen die zentrale Aussage der Präambel mit Inhalt zu füllen ist:

"... die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie führen ..."

Den Fehler der 1. Hamburger Konferenz sehen wir also darin, daß eine allgemein "richtige" politische Präambel einstimmig "vereinheitlicht" wurde, ohne daß aber über die inhaltliche Füllung dieser Präambel Klarheit und Einigkeit bestand.

Dieser Fehler wäre dann schrittweise zu korrigieren gewesen, wenn in der kommunistischen Presse die Meinungsverschiedenheiten klar dargelegt und offen ausdiskutiert worden wären. Abgesehen von der Zeitung des KB/ML Westberlin und der KAB-AZ (Nr. 9 und 10) ist das aber nicht geschehen - worin sich ganz allgemein schon das Verhältnis der kommunistischen Bewegung zur politisch-theoretischen Auseinandersetzung ausdrückt.

Indessen hätte gerade in dieser politisch-theoretischen Auseinandersetzung die Weiterführung der Diskussion und damit die inhaltliche Füllung der zentralen Aussagen der Präambel erfolgen müssen, um zu einer wirklichen Vereinheitlichung über die Grundfragen kommunistischer Strategie und Taktik - über die Metall-Tarif-Kampagne hinaus - zu gelangen.

Keine wirkliche Vereinheitlichung

Was für die Präambel gesagt wurde, gilt in noch weit höherem Maß für die Plattform, die die Taktik der Kommunisten in der Metall-Tarifrunde festlegen sollte, Bestand zwischen den an der Aktionseinheit beteiligten kommunistischen Gruppen und Organisationen schon keine Übereinstimmung in Fragen der Strategie, so erst recht nicht in Fragen der Taktik.

Grundsätzlich war folgender Verlauf der Tarifrunde von vornherein klar:

Aufstellung von Forderungen in einzelnen Betrieben (abhängig vom Stand der spontanen Arbeiterbewegung und der Verankerung der Kommunisten) - Aufstellung von Forderungen durch die regionalen Tarifkommissionen unterhalb der aus den Betrieben kommenden Forderungen - Abschluß eines Tarifvertrages unterhalb der Forderungen der Tarifkommissionen auf der Basis der "Konzertierten Aktion" und der Lohnleitlinien.

Dieser zu erwartende Sachverhalt ging folgendermaßen in die Plattform ein:

die Kommunisten sollen zunächst "eine einheitliche Forderung in den Betrieben propagieren", und zwar eine line-

are Lohnerhöhung von "mindestens 120,- DM für alle". "Sollten aus den Betrieben heraus anderslautende einheitliche Forderungen aufgestellt werden oder sollte die IGM-Führung Forderungen in der Arbeiterklasse durchsetzen, werden wir diese aufnehmen und unterstützen."

Hier sind folgende Fehler zu kritisieren:

1. Die Annahme, überhaupt in dieser Tarifrunde eine einheitliche Forderung in den Betrieben durchsetzen zu können, was sich als blanke Illusion erwies.
2. Der Widerspruch, einerseits die Parole "Raus aus der Konzertierten Aktion" (Plattform) vertreten zu wollen und andererseits gewerkschaftliche Forderungen "unterstützen" zu müssen, die nichts anderes als konkreter Ausdruck eben dieser Konzertierten Aktion sind.
3. Die Unklarheit darüber, wann eine Forderung der IGM-Führung als "durchgesetzt" zu betrachten sein soll.

Die Plattform enthielt - unter Zeitdruck "vereinheitlicht" - eine ganze Reihe solcher unklarer oder gar objektiv falscher Punkte, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen. (vgl. dazu Stellungnahme des LG des SALZ Hamburg und gemeinsame Selbstkritik von SALZ und KAB Hamburg an der Plattform in diesem Heft).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß in der Aktionseinheit ein nicht bestehender Grad der Vereinheitlichung in Fragen kommunistischer Strategie und Taktik vorgetäuscht wurde. Das Aufbrechen von Differenzen um die Auslegung von Präambel und Plattform war daher unvermeidlich.

Es bedurfte des provokatorischen Angriffs der Führer von KB Bremen und KB Göttingen auf die Hamburger Kommunisten, um die in der Aktionseinheit von vornherein angelegten Widersprüche und Fehler offen und scharf hervortreten zu lassen.

Falsche Vorstellungen vom Parteaufbau

In die falsche Bestimmung der Aktionseinheit, d. h. der Überschätzung des tatsächlichen Standes der Vereinheitlichung, ging ein falsches Verständnis vom Parteaufbau ein.

Die Genossen vom KBML Westberlin schrieben in ihrer Stellungnahme "Die Hamburger Konferenz - Ein wichtiger Schritt voran":

"AKTIONSEINHEIT - WARUM GERADE MIT DIESEN ORGANISATIONEN? Entscheidend dafür war einmal ein einheitliches Grundverständnis dieser Organisationen in der Frage des Aufbaus der kommunistischen Partei, das heißt ein Verständnis, das davon ausgeht, daß der Parteaufbau nicht von der realen Klassenkampfentwicklung zu trennen ist, sondern daß eine erste Verankerung der Kommunisten in der Arbeiterklasse, sowie die Herausbildung einer kommunistischen Programmatik der schließlichen Gründung der Partei vorauszu- gehen haben."

Die Westberliner Genossen haben also ihre Aussage zum Parteaufbau noch konkretisiert. Es könnte aber das Mißverständnis entstehen, als hätte auf der 1. Hamburger Konferenz ganz allgemein "ein einheitliches Grundverständnis" zum Parteaufbau bestanden. Das war aber nicht der Fall. Über die Frage des Parteaufbaus war auf der 1. Hamburger Konferenz nicht diskutiert worden. Präambel und Plattform der Aktionseinheit enthalten keine Aussage zum Parteaufbau.

Einigkeit bestand - beim Diskussionsstand vor der 1. Hamburger Konferenz - zwischen den teilnehmenden Gruppen und Organisationen soweit, "daß man es nicht so machen kann, wie die KPD/ML", d. h. in der Abgrenzung - nicht aber bereits in der positiven Bestimmung. Einigkeit bestand auch in der Einschätzung des Zirkel-Wesens (d. h. der Existenz lokaler Gruppen und Organisationen) als zum Zeitpunkt immer noch historisch gerechtfertigt.

Keine Einigkeit bestand in den konkret anzugehenden Schritten zur Überwindung des Zirkelwesens.

Keinesfalls kann der Parteaufbau einfach im "Zusammenwachsen" der lokalen Organisationen und Gruppen bestehen. Sie kann aber auch nicht in der Selbst-Proklamation eines lokalen Zirkels oder einer Ansammlung von Zirkeln zur "Kommunistischen Partei" bestehen.

Es gilt, den politisch-theoretischen Kampf um die Erarbeitung einer kommunistischen Strategie und Taktik für die BRD voranzutreiben. Wesentliches Instrument dieses Kampfes ist die Presse der kommunistischen Gruppen und Organisationen. Leider wird dieses Instrument von den meisten kommunistischen Gruppen und Organisationen gar nicht oder nur ungenügend in dieser Weise genutzt.

Ohne eine auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus erarbeitete Strategie und Taktik wird es keine Kommunistische Partei der Arbeiterklasse geben. Nicht zufällig sind alle bisher gegründeten "KPD/ML"s und

"KPD"s einem extremen Größenwahn verfallen und zur sachlichen Auseinandersetzung unfähig. Das ist das natürliche Ergebnis des Fehlens einer politisch-theoretischen Grundlage bei all diesen "Parteien".

Innerhalb der Gruppen und Organisationen der Aktionseinheit bestehen offenbar verschiedene Vorstellungen vom Parteaufbau.

Besonders kritisiert wurde an dem Vorspann zur Präambel, daß nicht die politisch-theoretische Auseinandersetzung, nicht der Kampf um eine kommunistische Strategie und Taktik für die BRD an die erste Stelle gesetzt worden war, sondern stattdessen von einer ständig "weitergehenden Vereinheitlichung" die Rede war.

Diese "Vereinheitlichung der Zirkel" wurde - vor allem von der ABG München - in direktem Zusammenhang mit einem "Wiederaufbau einer Kommunistischen Partei in Westdeutschland" gesehen, auch wenn dieser Zusammenhang abschwächend als ein "allererster Schritt" bezeichnet wurde. Tatsächlich aber wäre dieser Schritt - gemessen am Vorspann zur Präambel - ein Schritt in die falsche Richtung. Diese Richtung weist auf einen opportunistischen Sammelprozeß von sich "vereinheitlichenden" Zirkeln, an deren Ende die Konstituierung einer weiteren "Kommunistischen Partei" stehen würde, die um keinen Deut besser wäre als die zur Zeit existierenden "Parteien".

In Worten sind die Vertreter dieser Richtung gern bereit, sich von opportunistischer "Einheits"macherei abzugrenzen und die Notwendigkeit des politisch-theoretischen Kampfes anzuerkennen. Indessen verzichten sie darauf, in ihrer Presse diesen Kampf auch wirklich zu führen. Wo immer sie können (das hat sich auch in der bisherigen Aktionseinheit gezeigt) drücken sich die Vertreter dieser Richtung um verbindliche Stellungnahmen und versuchen, den Weg des Versöhnertums zu schleichen.

Die "Zentrentheorie"

Als Schema zum Parteaufbau wurden der Aktionseinheit zwei im Detail verschiedene "Zentren"-Theorien angeboten. Nämlich die Münchner Theorie von den "führenden Zentren" und die Bremer Theorie von den "theoretisch führenden Zirkeln".

Die "Zentren"-Theorie, die von den ABG München vertreten wird, geht davon aus, daß zwar prinzipiell alle kommunistischen Organisationen und Gruppen gleichberechtigt an der Aktionseinheit teilnehmen - daß aber einige Organisationen doch noch etwas gleicher sind als andere.

Diese "Zentren" nun, wie die ABG München sagen - nämlich sie selbst, der KB/ML Westberlin und das SALZ Hamburg - sollen beim Parteaufbau "führend" sein und die "kleineren lokalen Zirkel" als "Stützpunkte" unter sich aufteilen.

Der KB Bremen nahm an, daß sich unter den kommunistischen Gruppen und Organisationen einige "theoretisch führende Zirkel" herausgebildet haben, die die gemeinsame

Herausgabe einer politischen Zeitung in Angriff nehmen sollten. Als solche Gruppen wurden von ihnen der KB Bremen selbst, der KB Göttingen, der KAB Hamburg und das NRF Heidelberg betrachtet.

Beiden "Parteaufbau-Konzeptionen" gemeinsam ist der opportunistische und zentristische Ansatz in der Form, daß jeweils von einigen ausgewählten "besonders wichtigen Zirkeln" ausgegangen wird, zwischen denen die "Vereinheitlichung" als besonders vorrangig betrachtet wurde, während andere Gruppen und Organisationen dann mit in diesen "Vereinheitlichungen" strudel hineingezogen würden.

Die Theorie des KB Bremen gibt immerhin ein ungefähres Kriterium, wonach die "Zentren" zu bestimmen sind: nämlich das der politisch-theoretischen Qualifikation. Sie trennen diese Seite aber von der Arbeit und Verankerung im Proletariat, sodaß sie behaupteten, eine Organisation wie das SALZ Hamburg hätte "dabei nichts zu suchen".

Dieses Vorgehen legt den Verdacht nahe, daß es sich bei der Bremer Theorie der "theoretisch führenden Zirkel" um eine beabsichtigte Kartell-Bildung handelt, die die Liquidierung proletarischer Organisationen auf lokaler Ebene zum Ziel hat. Offenen Ausdruck fand das im provokatorischen Aufruf der Führer des KB Bremen, das SALZ Hamburg zu liquidieren. Das ist die Methode der "KPD/ML", die im vorigen Jahr im "Roten Morgen" zur Liquidierung der ABG München aufrief, ("Aus den Arbeiterbasisgruppen austreten.... Die weitere Arbeit in den Arbeiter-Basis-Gruppen ist subjektiv sinnlos und objektiv schädlich", RM, Nr. 6, 1970). - Das ist das Auftreten von Leuten, die zugunsten ihres ehrgeizigen "Führungsanspruchs" die Liquidierung proletarischer Organisationen kalt lächelnd in Kauf nehmen, wenn sie nur die Hoffnung haben können, daß dabei einige Bruchstücke für sie selbst abfallen dürften.

Weiter ist zu bedenken, daß die "theoretisch führenden Zirkel" nichts statisches sind (daß also dieser Kreis relativ rasch wechseln kann) und daß die noch bestehenden Widersprüche zwischen den "theoretisch führenden Zirkeln" Gegenstand der Diskussion in der kommunistischen Presse sein müssen (also keine "nahtlose Vereinheitlichung" nach außen vorzutauschen ist).

Es scheint aber, daß vom KB Bremen der Fehler gemacht wurde, die Frage des "theoretisch führend" seins in Begriffen der bürgerlich-wissenschaftlichen Qualifizierung zu fassen, statt mit den Begriffen des wissenschaftlichen Sozialismus, und das heißt: vom Klassenstandpunkt aus!

....opportunistisch und arbeiterfeindlich!

Betrachten wir kurz die auf den "Wiederaufbau der Kommunistischen Partei" bezogenen Passagen der "Program-matischen Erklärung" der ABG München vom vorigen Jahr.

Auffallend ist, daß zwar ausgegangen wird von der tatsächlichen Zersplitterung der kommunistischen Kräfte - daß aber mit keinem Wort der sich gerade aus diesem Zustand mit besonderer Schärfe und Notwendigkeit abzuleitende politisch-ideologische Kampf um die richtige Linie in der Arbeiterbewegung auch nur erwähnt wäre. Stattdessen wird sehr viel von "Zusammenarbeit", "gemeinsamer Arbeit", "allseitiger Zusammenarbeit", "über-regionaler Zusammenarbeit", "Zusammenschluß" usw. geschwärmt, als gelte es, eine überdimensionale und "all-seitige" Aktionseinheit zu schaffen, nicht aber eine kommunistische Partei, die sich in erster Linie wohl durch ihre politische Klarheit und ihre führende Kraft auszeich-net. Die Klarheit der politischen Linie, die Fähigkeit zur Führung im Klassenkampf, wird aber nicht im "Zusammen-schluß", sondern im Kampf erreicht ("EINS teilt sich in ZWEI", statt der revisionistischen Theorie von "ZWEI verschmelzen zu EINEM"!).

Weder die Frage der Revisionismus-Kritik noch die Frage der Haltung zum sozialistischen China (um nur diese Beispiele zu nennen, wo es noch weitere gibt) wurden in die Bestimmung des "theoretisch führend" seins einbezogen.

In der "Zentren"-Theorie der ABG München zeigt sich noch weit eindeutiger ihr Unverständnis für die Notwendigkeit des politisch-theoretischen Kampfes.

Ihre eigene Presse (KAZ München) dient nur der lokalen Agitation und Propaganda, nicht aber dem politisch-theore-tischen Kampf um die Grundfrage der kommunistischen Be-wegung. Auf den beiden Konferenzen und gegenüber der KBB/KBG-Provokation nahmen die ABG München eine durch und durch opportunistische, abwartende und versöhnlerische Haltung ein. Die Aufgabe wirklicher Zentren müßte aber gerade darin bestehen, den politisch-theoretischen Kampf und Klärungsprozesse voranzutreiben.

Die Münchner "Zentren"-Theorie ist die Theorie der prin-zipienlosen "Vereinheitlichung" auf allgemein "richtige" Aussagen, ohne Klärung der inhaltlichen Füllung sol-cher Aussagen. Sie ist die Theorie der politisch-ideologi-schen Windstille nach außen und der Austragung von Wider-sprüchen in "Gipfelgesprächen" und "Vorkonferenzen". Sie ist die Theorie vom "dummen Arbeiter", vor dem die Kom-munisten ihre "internen Differenzen" geheimhalten müssen.

Die ABG München scheinen aber die Auseinandersetzung, den politisch-theoretischen Kampf, wenig zu lieben. Für sie reduziert sich alles auf einen Prozeß des Sammelns, des Einsammelns. (Hierbei erscheinen die Arbeiter nur als passives Objekt des Parteaufbaus, ähnlich wie die Pilze beim Pilzsammeln...) So wollen die ABG München "das Zentrum (der Partei!) schaffen", indem sie den "revolutionärsten (?) Teil der Arbeiterklasse (...) sammeln". Um dieses "Zentrum" soll sich dann ein weiterer "Teil der Arbeiterklasse sam-meln".

Diese Vorstellungen sind durch und durch zentristisch und opportunistisch. Mehr noch: sie sind offen arbeiter-feindlich. Das kommt am stärksten wohl in Folgen-dem zum Ausdruck: Ähnlich wie Lenin verwenden auch die ABG München in der Frage des Parteaufbaus des Bild eines Bauwerks, daß anhand einer "Richtschnur" (die na-tionale politische Zeitung) aufgebaut wird. Allerdings mit einem "kleinen" Unterschied. Für Lenin sind die klassen-bewußtesten Arbeiter, die kommunistischen Kader, die "Maurer", die "an verschiedenen Stellen die Steine

für einen ungeheuer großen, noch nie dagewesenen Bau legen..." Bei den ABG München dagegen sind die Arbei-terkader die "Bausteine", die von berufener Hand ver-arbeitet und eingemauert werden!

Zitat aus der Münchner Programatischen Erklärung:

"Die Kommunistischen Kader sind die Bausteine für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei".

Wer nach dem Münchner Bauplan den "Maurer" spielen darf, wird zwar nicht ausdrücklich erwähnt, dürfte aber trotzdem eindeutig sein!

Eine "Vereinheitlichung" auf Basis der Münchner "Zentren"-Theorie muß zwangsläufig da enden, wo alle "KPD/

Die Selbstkritik der KB Bremen und Göttingen

Die Führer von KB Bremen und KB Göttingen haben Ende August und Anfang September zwei Papiere verschickt, in denen sie wegen einer taktischen Meinungsverschiedenheit (Verhalten der Kommunisten zu den Forderungen der IGM-Führer für die Tarifverhandlungen) das SALZ Hamburg als "Agentur der Bourgeoisie" angriffen.

Die Führer von KB Bremen und KB Göttingen versuchten, zum 11./12. September eine eigene Spalterkonferenz ein-zuberufen. Sie blieben dort aber isoliert. Nur das "Neue Rote Forum" Heidelberg war als Beobachter erschienen.

Nach dieser Pleite balnte sich eine Selbstkritik der Führer von KB Bremen und KB Göttingen an. Zumal im KB Bremen das Verhalten der politischen Leitung "in der Organisation nicht gebilligt" worden war (Erklärung des KB Bremen auf der 2. Hamburger Konferenz).

In einer gemeinsamen Stellungnahme von SALZ und KAB Hamburg dazu hieß es: "Die Wortführer des KB Bremen und KB Göttingen sind diesmal völlig auf den Ansch gefal-len, weil sie das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hat-ten... Das hat sie offenbar veranlaßt, ihren Angriff vor-erst abzublasen und den Rückzug anzutreten. Sie scheinen die Hoffnung zu hegen, durch eine heuchlerische 'Selbst-kritik', scheinheilige Bekenntnisse zur Aktionseinheit und gespielt 'reumütige' Vorsprache bei anderen Organisa-tionen (Anm.: das bezieht sich auf einen Besuch des KB Göttingen bei den ABG München!) sich erneut in die Aktions-einheit einschleichen zu können, um bei günstiger Gele-genheit erneut vorzupreschen..." (Rundschreiben der AE zur Metallrunde '71, Nr. 8, 21. Sept.).

Die dann KBB/KBG kurz vor der 2. Hamburger Konferenz vorgelegte und auf der Konferenz erlauterte Selbstkritik war jedoch zu grundsätzlich, um die Voreinschätzung als opportunistischen Akt einfach aufrechterhalten zu können. Diese Selbstkritik soll in der Bremer KOMMUNISTISCHEN ARBEITERKORRESPONDENZ zusammen mit Stellungnahmen

ML's und "KPD's" seit 1969 gelandet sind, nämlich im Sumpf des Opportunismus und der Theoriefeindlichkeit ei-nerseits und prinzipienloser Spaltungen anderseits.

Notwendig wäre gewesen, auf der 2. Hamburger Konferenz Klarheit über den Charakter der Aktionseinheit und deren Verhältnis zum Parteaufbau zu schaffen und die Aussagen von Präambel und Plattform zu überprüfen.

Es gelang nach einer langen Diskussion, die den 25. und den Vormittag des 26. Septembers in Anspruch nahm, eine Stellungnahme der Teilnehmer der Aktionseinheit dazu herstellen, die einstimmig akzeptiert wurde. Die ABG München haben ihre Zustimmung zur gemeinsamen Stel-lungnahme schriftlich zurückgezogen.

aus der Organisation (die Selbstkritik ist nur von der poli-tischen Leitung) abgedruckt werden. Es wird in der Selbst-kritik dargelegt, daß aus dem provokatorischen Vorgehen in der Aktionseinheit innerorganisatorische Konsequenzen gezogen werden sollen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Hauptverant-wortlichen für die Provokation in der politischen Leitung von KB Bremen und KB Göttingen alles tun, um innerorga-nisatorische Konsequenzen - u. a. personeller Art - zu verschleppen und schließlich zu verhindern. Auf der anderen Seite besteht aber die reale Möglichkeit, daß auf der Grund-lage der Selbstkritik und der Kritik aus der Organisation her-aus, ein wirksamer Prozeß der innerorganisatorischen Klä-rung tatsächlich in Gange kommt.

Daher bestand gar nicht die Alternative - die die Vertre-ter von KBB/KBG stellen wollten - ihre Kritik entweder als subjektiv ehrlich zu akzeptieren oder aber als opportu-nistischen Akt zurückzuweisen. Das hätte bedeutet, der in-nerorganisatorischen Erklärung im KB Bremen und KB Göttingen vorzugreifen, statt deren Ergebnisse abzuwar-ten.

Falsch war auch die Alternative: Ausschluß des KBB und KBG von der Aktionseinheit oder Akzeptierung der Selbstkritik.

Keinesfalls konnte eine relativ starke proletarische Organi-sation wie der KB Bremen vor Inangangsetzung einer inner-organisatorischen Klärung einfach wegen der Provokation einiger ihrer Führer von der Aktionseinheit ausgeschlossen werden. Eine solche Maßnahme hätte weder den Zielen der Aktionseinheit noch dem Prozeß der innerorganisatorischen Klärung im KB Bremen gedient.

Weiter war zu berücksichtigen, daß der KB Bremen insgesamt gesehen korrekte Standpunkte in den Fragen der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf und des demokra-tisch-antifaschistischen Kampfes eingenommen hatte.

Einer inhaltlichen Neufassung der Aktionseinheit widersetzen sich die Vertreter von KB Bremen und KB Göttingen, unterstützt von ABG München und vom "Neuen Roten Forum" Heidelberg, die bereits vor der Konferenz (Vorsprache des KBG in München, Teilnahme des NRF Heidelberg als Beobachter an der Göttinger Spalter-Konferenz vom 11./12. September) und dann auf dieser Konferenz versöhnliche opportunistische Standpunkte einnahmen.

Eine solche Neufassung ist aber nötig, ganz unabhängig von der inzwischen vorgefallenen KBB/KBG-Provokation. Diese hatte für die Aktionseinheit nicht so sehr eine neue Lage ge-

schaffen, wie sie vielmehr in erster Linie bestehende Widersprüche ans Licht gebracht hatte.

Falsch ist die Behauptung, daß eine inhaltliche Neufassung ein "Zurückfallen hinter den bereits erreichten Stand" bedeuten müßte. Die Präambel und Plattform der 1. Hamburger Konferenz hatten neben Fehlern auch eine allgemeine Überschätzung des bereits erreichten Stands der "Vereinheitlichung" enthalten. Es gilt also, die Fehler zu korrigieren und den tatsächlichen Stand in der Aktionseinheit festzustellen. Das wäre nur scheinbar ein Schritt zurück, in Wahrheit aber ein Schritt nach vorn.

Zur Diskussion einzelner Fragen

Vor der 2. Hamburger Konferenz teilten SALZ und KAB Hamburg den Gruppen und Organisationen eine "Selbstkritik der Metall-Plattform und unseres Vorgehens" mit (Rundschreiben der Aktionseinheit zur Metall-Runde '71, Nr. 8, 21. September).

Das Papier ist in diesem Heft abgedruckt. Dazu noch einige Erläuterungen:

Die Plattform der 1. Hamburger Konferenz bestimmte als eine wichtige Aufgabe der Kommunisten, "eine einheitliche Forderung in den Betrieben (zu) propagieren. Eine solche Forderung muß nach unserer Einschätzung der Kräfteverhältnisse bei 120,- DM mehr im Monat liegen."

Lineare Lohnerhöhung

Wichtig und richtig war, eine lineare statt einer prozentualen Erhöhung zu propagieren. Dagegen hat z.B. die DKP krampfhaft versucht, ihre 15%-Forderung an den Mann zu bringen. Selbst dort, wo die Kollegen lineare Erhöhung auf Mark und Pfennig forderten, scheute sich die DKP nicht, in der UZ daraus "Prozentforderungen" zu machen.

Auch eine "KPD/ML" (III), vertrat die 15%-Forderung der DKP. In einem Artikel "Lineare oder prozentuale Lohnerhöhung" greift diese "KPD/ML" (III) in ihrer Zeitung "Die revolutionäre Stimme" die 120,-DM-Forderung scharf an. Diese Forderung sei "eine spalterische Sache", weil dadurch die besser verdienende Arbeiteraristokratie "benachteiligt" würde. "Mit Recht würden sich die relativ besser verdienenden Werktätigen dagegen wehren, daß sie die Kosten der Lohnsteigerungen für die untersten Lohngruppen mit tragen sollen". Die 120,-DM-Forderung sei eine "Forderung, die die relativ besser Verdienenden gegen die schlechter Verdienenden einnehmen soll und ist deshalb selber spalterisch", schreibt die "KPD/ML" (III).

Wer also die Privilegierung der Arbeiteraristokratie gegenüber den anderen Arbeitern abbauen will, spaltet die Arbeiterklasse? Eine seltsame Logik haben diese Herrschaften.

Die Prozent-Forderung vergrößert die Lohnunterschiede innerhalb der Arbeiterklasse. Nehmen wir z.B. zwei Arbeiter, von denen der eine 800,-, der andere 1 500,- Lohn im Monat erhält. Der Unterschied beträgt 700,-. Nach einer 15%igen Lohnerhöhung verdient dann der erste 920,-, der andere 1 725,-. Der Unterschied im Lohn ist von 700,- auf 805,- gewachsen.

Die Forderung einer linearen Lohnerhöhung liegt also im Interesse des einheitlichen Kampfes der Arbeiterklasse.

Das Aufstellen konkreter Forderungen

Unrealistisch war aber die Hoffnung, eine einheitliche Forderung in den Betrieben durchsetzen zu können. Es kamen überhaupt nur aus relativ wenig Betrieben konkrete Forderungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, und diese Forderungen waren recht unterschiedlich.

Darin kommt eine Situation zum Ausdruck, wo die Mehrheit der Arbeiterklasse auf Grund des Rückgangs der Konjunktur bereits in ihrer Kampfbereitschaft erlahmt ist und nur noch wenige fortgeschrittene Betriebe (Hoesch, Klöckner u.a.) den Lohnkampf entschlossen führen wollen. In diesen Betrieben waren Forderungen aufgestellt worden, die im Effekt über der 120,-DM-Forderung lagen.

Daß in einigen Betrieben (z.B. in München) dann tatsächlich auch die Forderung von 120,-DM auftauchte, mag zwar ein Zeichen für die gewerkschaftliche und betriebliche Aktivität der dortigen Genossen sein. Mit der Vereinheitlichung der Arbeiterklasse im Lohnkampf hat das aber nichts zu tun.

In unserer Kritik an der Plattform, die der 2. Hamburger Konferenz vorlag, schrieben wir:

"... Es kann nicht Aufgabe der Kommunisten sein, besondere "Forderungspakete" nach Augenmaß ("Einschätzung des Kräfteverhältnisses") aufzustellen und zu propagieren. Die Kommunisten müssen vielmehr in der Agitation/Propaganda wissenschaftlich deutlich machen, wie sich die ökonomische Lage der Arbeiter entwickelt (und in welchem Verhältnis das zur Politik steht) und wie sich ferner die Situation der Arbeiterbewegung darstellt - das Aufstellen konkreter Forderungen sollte aber den Arbeitern selbst überlassen bleiben..."

Diese Aussagen sind auf heftige Kritik und z.T. wohl ehrliches Unverständnis gestoßen. So wurde etwa gesagt, daß ja "Kommunisten auch Arbeiter" sein können, Bestandteil der Arbeiterklasse sind. Also daß angeblich ein Widerspruch besteht zwischen "... kann nicht Aufgabe der Kommunisten sein..." und "den Arbeitern selbst überlassen".

Natürlich nehmen die Arbeitergenossen an den betrieblichen (und gegebenenfalls gewerkschaftlichen) Diskussionen zu den Tarif-Forderungen teil. Das konnte eigentlich niemand ehrlich mißverstanden haben. Aber die Arbeitergenossen diskutieren als Kommunisten. Sie werden also das Schwergewicht darauf legen, grundsätzliche Klarheit zu schaffen über die Notwendigkeit linearer Lohnerhöhungen, Absicherung übertariflicher Leistungen, Kampf für den Mindestlohn u.ä. sowie über das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und die Politik der Gewerkschaftsführung. Die Diskussion konkreter Forderungen (120,- etc.) ist von weit geringerer Bedeutung gegenüber der Erläuterung solcher Grundsätze des Lohnkampfes.

Es ist gar nicht so schwer, bei gewisser Verankerung im Betrieb eine Resolution im Vertrauensleute-Körper zur 120,-DM-Forderung durchzusetzen. Aber der Nutzeffekt davon ist gering, wenn damit kein Verständnis der Arbeiter für die Grundsätze des Lohnkampfes und keine wirksame Vereinheitlichung auf die konkrete Forderung geschaffen worden ist.

Das Kräfteverhältnis

Die 120,-DM-Forderung war mit einer "Einschätzung des Kräfteverhältnisses" begründet worden. Tatsächlich war aber diese "Einschätzung" in der Plattform der 1. Hamburger Konferenz nicht konkretisiert worden.

Daß die Kommunisten auch im Lohnkampf das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu beachten haben, ist eine Banalität. Zu berücksichtigen ist aber, wie das beim gegenwärtigen Stand der kommunistischen Bewegung und der analytischen Arbeit wirklich zu leisten ist. Oder wie weit es sich dabei nicht vielmehr um ein Über-den-Dauern-Peilen handeln wird. Dann wäre es aber unehrlich, falsch gewesen, dies in der Plattform bzw. in zusätzlichen Erläuterungen in der kommunistischen Presse nicht deutlich zu machen.

Ganz allgemein wurde von verschiedenen Beteiligten innerhalb der Aktionseinheit zur Metall-Tarifrunde sehr

eigenwillig mit dem Begriff des "Kräfteverhältnisses" hantiert. Zunächst hatte man 120,- für dem Kräfteverhältnis entsprechend gehalten. Danach war erklärt worden: wenn die IGM-Führer ihrer 10-11%-Forderung aufgestellt haben, dann entspricht das auch dem Kräfteverhältnis (!). So argumentierten vor allem KB Bremen und KB Göttingen in ihrer Kritik am SALZ Hamburg. Aber auch die ABG München hatten schon in ihrem Arbeitspapier zur 1. Hamburger Konferenz behauptet: "... es drückt das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital aus, was sich die Arbeiter von den reaktionären Gewerkschaftsspitzen bieten lassen und was nicht!"

Diese Argumentation ist nur teilweise richtig. Sie vermag nicht zu erklären, warum etwa in Nordrhein-Westfalen von der IGM-Führung nur 9% für die verarbeitende und 10% für die produzierende Eisen- und Stahlindustrie gefordert wurden, gegenüber 11% z.B. im Bezirk Rheinland-Pfalz. Darin drückt sich bestimmt nicht aus, daß in Nordrhein-Westfalen die Metaller schwächer wären als in Rheinland-Pfalz. Falsch scheint uns auch die Annahme, daß das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen so schnell wechseln könnte, wie es den von Jahr zu Jahr unterschiedlichen gewerkschaftlichen Lohnforderungen nach sein müßte.

Die verschiedenen Stadien der Tarifverhandlung und des Lohnkampfes drücken nur einen bestimmten Aspekt der ökonomischen Beziehungen zwischen den Klassen aus und lassen nur begrenzte Rückschlüsse auf das allseitige Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu.

Sieht man die gewerkschaftliche Ausgangsforderung als Ausdruck des "Kräfteverhältnisses" an, so konsequenterweise doch wohl auch den Abschluß. Mit welcher Begründung kämpfen wir dann noch gegen die "Lohnleitlinien" der Kapitalistenklasse, da diese doch Ausdruck des "Kräfteverhältnisses" sein sollen...? Wenn die Kommunisten (laut Plattform!) die gewerkschaftlichen Ausgangsforderungen "aufnehmen und unterstützen" sollen, sobald diese Forderungen "in der Arbeiterklasse durchgesetzt" sind, müßten sie dann nicht auch den Tarifabschluß "aufnehmen und unterstützen", sobald er "in der Arbeiterklasse durchgesetzt" ist?

Zum Verhalten des KB Bremen

Die Parole der Aktionseinheit "Raus aus der Konzertierten Aktion" wird schlechterdings zum Hohn, wenn wir gleichzeitig gewerkschaftliche Forderungen "aufnehmen und unterstützen", die nichts anderes sind als Ausdruck eben dieser "Konzertierten Aktion" und ihrer "Lohnleitlinien". Ein solches Verhalten ist politisch unglaublich unwürdig.

Andererseits ist es Narretei - wie es jetzt eine sogenannte "KPD" macht (hinter der sich eine Westberliner Studentenabbauorganisation verbirgt) - wenn man nach Aufstellung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen auf "Biegen und Brechen" und "ohne Rücksicht auf Verluste" an der 120,-DM-Forderung festhält und sich ernsthaft einbildet, diese Forderung jetzt noch durchsetzen zu können. Diese Leute sind Tagträumer.

Richtig war dagegen - was von KB Bremen und KB Göttingen angegriffen wurde, - in den gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Körpern Resolutionen gegen die flauen Forderungen der IGM-Führung zu unterstützen bzw. zu initiieren. Richtig war auch, diese Resolutionen dann der Arbeiterklasse in Flugblättern, Betriebszeitungen usw. bekannt zu machen. Der Zusammenhang dieser IGM-Forderungen mit "Konzertierter Aktion" und "Lohnleitlinien" war deutlich zu machen. Auf die weitere Entwicklung mußte vorbereitet werden, nämlich auf die Gefahr eines Abschlusses unterhalb von 8%. Es mußte klar gesagt werden, daß die Taktik der IGM-Führer genau darauf abzielte.

Der KB Bremen aber ging anders vor. So wurde in einem Flugblatt nach Aufstellung einer 11%-Forderung für Bremen durch die Tarifkommission verbreitet: "Daß den Gewerkschaftsführern ihr Parteibuch wichtiger ist als die Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung, zeigte sich auch jetzt wieder in Abwiegungsmanövern..." (Soweit gut, obwohl Kritik an der DGB-Führung nicht am "Parteibuch" sondern an ihrer Bindung an die Bourgeoisie deutlich gemacht werden sollte). Aber dann: "Doch trotz (!) dieser Versuche beschloßen die Metaller, Lohn- und Gehaltserhöhungen von 11% zu fordern. Dieses ist ein Erfolg (!) der konsequenten Kollegen im Kampf gegen die Lohnleitlinien..."

Das ist schon echte Demagogie. Was genau das Ergebnis der gewerkschaftlichen Taktik ist, nämlich die 11%-Forderung, wird als Forderung der Metallarbeiter, als "Erfolg der konsequenten Kollegen" umlackiert.

Die Wortführer des KB Bremen haben in ihrer Polemik gegen die Hamburger Kommunisten ihr Vorgehen als "revolutionäre Realpolitik" bezeichnet. Allerdings gibt es in der kommunistischen Bewegung einen treffenderen, traditionellen Namen dafür, nämlich: opportunistische Nachtrabpolitik!

ZUSAMMENFASSUNG

Die Aktionseinheit zur Metall-Tarif-Kampagne ist auf der Ebene des Pragmatismus stehengeblieben. Das mußte schon deshalb so sein, weil die Vorbereitungszeit nicht ausreichend war und der bisherige Stand der Kommunikation zwischen den kommunistischen Gruppen und Organisationen (Erfahrungsaustausch, politisch-theoretische Auseinandersetzung in der kommunistischen Presse) sehr niedrig ist.

Die Taktik ist der Strategie untergeordnet. Das ist eine Banalität, "nicht der Rede wert". Aber in der Aktionseinheit haben wir emsig die Taktik festgelegt, ohne uns überhaupt über die Strategie im klaren zu sein, in die sich diese Taktik einordnet.

Die Kritik daran bedeutet aber nicht, daß die Aktionseinheit als solche sinnlos oder falsch gewesen wäre. Das Eingreifen der Kommunisten in die Metall-Tarif-Runde war notwendig. Die Diskussion zwischen verschiedenen kommunistischen Gruppen und Organisationen war dazu nützlich.

Einige Gruppen haben die gewerkschaftlichen Forderungen als "Mindestforderung" propagiert. Andere Genossen haben das kritisiert. Daß der Begriff "Mindestforderung" nicht korrekt ist, wurde allgemein anerkannt. Es wurde aber dazu gesagt, dieses sei nun einmal ein Begriff, der ja doch eine gewisse Tradition in der Arbeiterbewegung hat. Daher sollte man ihn übernehmen, auch wenn er nicht exakt ist.

Aber es geht dabei nicht nur um einen "mißverständlichen" Begriff. Der Begriff der "Mindestforderung" taucht in der Regel auf dem Hintergrund unzulänglicher gewerkschaftlicher Ausgangsforderungen auf. Er ist ein typischer Ausdruck der "revolutionären Realpolitik" linker Sozialdemokraten wie auch der Revisionisten, nämlich des Eingehens auf die unzulänglichen Ausgangsforderungen unter wortradikalem Getöse. Aber indem man einer Forderung der Tarifkommission das Etikett "Mindestforderung" umhängt, ändert sich ihr Charakter überhaupt nicht. Es ist ungefähr so, als würde man einen Rehpinscher mit der Aufschrift "Bissiger Schäferhund" versehen. Der Hund bleibt derselbe.

Etwas besser ist der Vorschlag, eine Formulierung zu gebrauchen wie: "... Mark bzw. ... Prozent - und keinen Pfennig weniger" o.ä. Aber auch dieser Vorschlag übersieht, daß mit dem Aufstellen einer bestimmten gewerkschaftlichen Ausgangsforderung ein Mechanismus eingeleitet ist, der nur noch begrenzt zu durchbrechen ist. Alles läuft auf einen Abschluß im Rahmen der "Lohnleitlinien" (unter 8%) hinaus. Ultimativistische Forderungen ("keinen Pfennig weniger", "Mindestforderung") laufen daher Gefahr, in die Isolierung zu führen. Am zweckmäßigsten erscheint uns deshalb eine Parole wie "Wir müssen kämpfen, denn sonst sehen wir nicht einmal die 10%!".

Auch entstehen ja die kommunistische Strategie und Taktik nicht durch passives Beobachten der Klassenkämpfe vom Schreibtisch aus, sondern in der Praxis, die es also zu führen gilt. Andererseits bringt die Praxis nicht urwüchsig, spontan die kommunistische Strategie und Taktik hervor, sondern nur in der Wechselwirkung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus.

Deshalb ist es notwendig, den Erfahrungsaustausch und den politisch-theoretischen Kampf zwischen den kommunistischen Gruppen zu intensivieren und voranzutreiben, wobei auf grundsätzliche Fragen (politischer und ökonomischer Kampf, demokratisch-antifaschistischer Kampf, Klassenanalyse, Entwicklungstendenzen des Imperialismus u.ä.) besonderes Gewicht gelegt werden sollte. Hierfür muß in weit höherem Maße als bisher die kommunistische Presse als Forum genutzt werden.

An der 2. Hamburger Konferenz nahmen folgende Gruppen und Organisationen mit Delegierten teil:

ABG München	KB/ML Lübeck
KAB Hamburg	KB/ML Westberlin
KAG Oldenburg	KG/NRF Heidelberg
KB Bremen	SALZ Bremerhaven
KB Wilhelmshaven	SALZ Cuxhaven
KB/ML Eutin	SALZ Hamburg
KB/ML Flensburg	SALZ Stade
	SBG Regensburg
	SDA Westberlin

Als Beobachter waren Vertreter anwesend von:

BAK Freiburg
SBPG/ML Aachen
BPG Göttingen

Resolution der 2. Hamburger Konferenz

In der bisherigen Zusammenarbeit der Organisationen in der Aktionseinheit zur Metall-Tarifrunde 71 ist offenbar geworden, daß die Einschätzung des Charakters der Aktionseinheit, wie sie besonders im Vorspann der Plattform der Aktionseinheit zum Ausdruck kam, von vornherein falsch war. Dort wird als Ziel die immer weitergehende Vereinheitlichung dieser Zirkel angegeben, deren Kreis es nur noch zu erweitern gelte. Es werden Illusionen erweckt über das Niveau der kommunistischen Bewegung über die Gemeinsamkeit politischer Vorstellungen und die Einheitlichkeit des Vorgehens. Insgesamt wird eine falsche Konzeption des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei suggeriert, als ginge es darum, unter dem Hauptprinzip der Einheit nur die Zentralisierung der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung zu betreiben. Festzustellen ist dagegen, daß dieser Anspruch einer weitergehenden Vereinheitlichung nicht erfüllbar gewesen ist. Es haben ferner Fehler und Verletzungen der politischen Positionen der Plattform wie der Prinzipien der Aktionseinheit auf unterschiedlichem Niveau stattgefunden. So in der schwerwiegenden Verletzung der Prinzipien der Zusammenarbeit unter Kommunisten durch den provokatorischen Angriff des KBB und KBG auf das SALZ HH und auf die ganze Aktionseinheit. Der KBB und der KBG haben Selbstkritik an ihrem Vorgehen geübt und innerorganisatorischen Konsequenzen angekündigt. Auch im Vorgehen in der Metallrunde sind Widersprüche aufgetreten. Es muß betont werden, daß unter den Organisationen in grundlegenden politischen Fragen - der Frage des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei, der Einschätzung des Verhältnisses von politischem und ökonomischem Kampf, der Gewerkschaftsfrage, der Frage des antifaschistischen Kampfes - noch tiefe Differenzen bestehen. Die Aktionseinheit muß als erster Versuch einer Zusammenarbeit von Organisationen angesehen werden, um die kommunistische Linie in der Metall-Tarifrunde zu erarbeiten und durchzusetzen. Das kann nur in der politischen Auseinandersetzung und im ideologischen Kampf geschehen. Dabei gilt es, jedem Opportunismus und jeder Vereinheitlichungseuphorie entgegenzutreten.

Hamburg, den 26. 9. 71

Die Organisationen der
Aktionseinheit zur Metall-Tarifrunde 1971

Die ABG München zogen ihre Zustimmung zu dieser Resolution nachträglich schriftlich zurück

SELBSTKRITIK DER KB BREMEN UND GÖTTINGEN

Genossen,

wir haben uns innerhalb des KBB und der KBG, sowie bei Diskussionen zwischen beiden Gruppen inzwischen gründlich mit der Kritik verschiedener Zirkel an unserem Vorgehen im Aktionsbündnis auseinandergesetzt. Dabei haben wir zugleich hervorgehoben, die durch unsere Schritte hervorgerufene Situation im Aktionsbündnis zu analysieren.

Wir gehen davon aus, daß wir zwischen zwei Punkten deutlich unterscheiden müssen:

1. Unseren direkten und scharfen Angriff gegen das SALZ Hamburg als "Agentur der Bourgeoisie" und
2. den notwendigen Versuch, im Aktionsbündnis den Kampf um die richtige politische Linie zu entfalten.

Zu 1):

Einen schweren politischen Fehler haben wir begangen, indem wir nicht nur die Linie des SALZ in der Tarifrunde kritisiert haben, sondern gegen das SALZ den Vorwurf der Konterrevolution erhoben und als Agentur der Bourgeoisie diffamiert haben. Mit der einseitigen Einberufung der Göttinger Konferenz haben wir auch organisatorisch im Aktionsbündnis den Weg der Spaltung eingeschlagen und versucht, den Ausschluss des SALZ zu betreiben.

Der Ausgangspunkt für diese schwerwiegenden Fehler liegt in der Vorgeschichte des Verhältnisses zwischen SALZ-Hamburg und KBB, und in der falschen Weise, wie KBB und KBG diese Vorgeschichte verarbeitet haben. Die Bremerhavener Genossen wiesen auf diese Vorgeschichte hin mit der Bemerkung, schon damals hätte der KBB ein prinzipienloses "Städte-turnier" gegen das SALZ um die Führung der norddeutschen Zirkel ausgefochten. Unsere Meinung dazu ist: Der KBB hat sich auf den im vergangenen Jahr stattgefundenen Regionalkonferenzen dagegen gewandt, daß mit abstrakten Debatten über Themen wie "Hauptseite Theorie" und "Prinzipien des demokratischen Zentralismus" die Vereinheitlichung einiger norddeutscher Zirkel betrieben wurde. Eine politisch-programmatische Einheit kann über die Diskussion allgemeiner Organisationsprinzipien nicht erreicht werden. Der KBB sah deshalb damals die Gefahr, daß von SALZ-Hamburg versucht werden würde, die "Vereinheitlichung" technisch-organisatorisch weiterzutreiben, wobei die Bremer Genossen sich an vorhergehende Versuche des ehemaligen "Regionalsentralen Nord" und ihrer Reizekader erinnerten. Falsch war schon damals, daß der KBB nicht versucht hat, diese Bedenken mit den Genossen vom SALZ offen zu diskutieren. Stattdessen hat der KBB seine Bedenken durch unkontrollierte Berichte und Gerüchte aus Hamburg immer stärker zu einem subjektivistischen und spekulativen Bild ausgeweitet. Die politische Auseinandersetzung über von uns erkannte Fehler des SALZ wurde von uns abgebrochen und ersetzt durch ein ironisch-überhebliches Verhältnis zu den Hamburger Genossen.

Indem wir dieses ironisch-überhebliche Verhältnis bei uns nicht bekämpft haben, sind wir immer stärker auf ein bürgerliches Konkurrenzverhalten zwischen den Zirkeln abgerutscht und haben mit den SALZ-Genossen die scharfe Auseinandersetzung um die politische Linie nicht geführt. Insofern ist die Bezeichnung "Städte-turnier" für die Beziehungen zwischen dem SALZ-Hamburg und dem KBB berechtigt.

Schwerwiegende politische Folgen für die kommunistische Bewegung insgesamt entstanden aus diesem falschen Verhältnis zum SALZ in dem Moment, wo in der Aktionseinheit die praktische Zusammenarbeit mit dem SALZ aufgenommen wurde und wir mit der Politik des SALZ unmittelbar in Berührung kamen - insofern, als wir uns im Rahmen des Aktionsbündnisses für die Politik des SALZ mitverantwortlich sahen. Der vorher bei uns schon vorhandene Subjektivismus bestimmte jetzt unser politisches Vorgehen derart, daß wir den vorhandenen Widerspruch zum SALZ als einen ant-agonistischen behandelten und dazu aufriefen, das SALZ als Agentur der Bourgeoisie zu bekämpfen.

Zusammenfassend können wir zu diesem Punkt sagen, daß wir anstelle einer politischen Auseinandersetzung auf der Grundlage einer materialistischen Untersuchung von Politik und Organisation des SALZ ein kriminalistisches Vorgehen gesetzt haben. Wir haben einzelne unkontrollierbare und unzusammenhängende Berichte aus Hamburg wie Indizien behandelt, die in ein zusammenhängendes Bild vom SALZ als einer konterrevolutionären Organisation gepreßt wurden. Wir haben subjektiv konterrevolutionäre Absichten unterstellt, wo wir uns mit der objektiven Funktion einer Politik hätten auseinandersetzen müssen. Ein solches Vorgehen muß immer zu subjektivistischen Einschätzungen und Verschwörungstheorien führen, die schwerwiegende politische Folgen haben müssen.

Die schwerwiegende politische Folge für das Aktionsbündnis ist die Vergiftung der Diskussion, die durch unser Vorgehen verursacht wurde. Unsere falsche Handhabung des Instruments von Kritik und Selbstkritik hat auch anderen Zirkeln den Zugang zu einer richtigen Kritik unserer Fehler versperrt. Das SALZ-Bremerhaven kommt zu der Schlussfolgerung, daß wir versucht hätten, die Aktionseinheit zu liquidieren, der KBB-Hamburg spricht von einer "von langer Hand vorbereiteten Kampagne gegen das SALZ-Hamburg, zu der wir die Aktionseinheit genutzt hätten. Die Genossen müßten zu diesen Schlussfolgerungen kommen, weil die objektive Funktion unseres Vorgehens tatsächlich die Spaltung der Aktionseinheit und die Vergiftung des Kampffelds zwischen SALZ und KBB/KBG war. Wir selbst haben damit die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Genossen in der Beurteilung unseres Vorgehens einen ähnlichen Fehler begehen wie er von uns gemacht worden ist. Ih., auch sie entwickeln uns gegenüber jetzt eine Verschwörungstheorie, der gegenüber das Mittel von Kritik und Selbstkritik untauglich wird.

Der von uns begangene und in die Aktionseinheit hineingetragene Fehler des subjektivistischen und kriminalistischen Vorgehens hat Vorbilder, an denen seine politische Bedeutung aufgezeigt werden kann. Die Formen der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Linien der KPD/ML sind dadurch gekennzeichnet, daß nicht über den politischen Inhalt der Differenzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse die Auseinandersetzung geführt wird, sondern die Vertreter anderer Meinungen als bewußte Agent der Konterrevolution behandelt werden. Dieses Verhalten ist sektiererisch und kleinbürgerlich. Es überwuchert die politische Auseinandersetzung, lenkt von den politischen Widersprüchen ab und schafft bürgerliche Widersprüche, in denen die Differenzen in der kommunistischen Bewegung als Konkurrenzverhältnisse erscheinen. Eine solche Auseinandersetzungsdynamik dient nicht dem Kampf der Arbeiterklasse, sondern richtet sich gegen ihn, weil sie verhindert, daß die Einheit der Kommunisten auf klarer ideologischer Grundlage erarbeitet wird.

Unser Vorgehen fällt hinter die in der Aktionseinheit erreichte Qualität der Beziehungen zwischen den Zirkeln zurück auf einen bornierten Zirkelstandpunkt. Der Fortschritt, den die Aktionseinheit bedeutet, besteht darin, daß zum ersten Mal zwischen Zirkeln die politische Auseinandersetzung über einen konkret anstehenden gemeinsamen Schritt geführt wurde und daß dieser gemeinsame Schritt nicht nur pragmatisch abgesprochen, sondern auf der Grundlage einer gemeinsam erarbeiteten kommunistischen Linie getan wurde. Dieser politische Charakter der Aktionseinheit findet seinen Ausdruck in der von uns initiierten Präambel der Plattform.

Die von dieser Grundlage her notwendig gewordenen solidarischen Beziehungen sind jedoch von uns verletzt worden. Damit haben wir uns in offenen Widerspruch zu unseren ausgedrückten politischen Interessen an der Aktionseinheit gesetzt und den Boden der Plattform verlassen.

Unsere Verletzung der Prinzipien der Aktionseinheit kann nicht durch eine Selbstkritik an unserem Verhalten allein korrigiert werden. Unser positiver politischer Interesse an der Aktionseinheit erfordert vielmehr die Aufnahme der Auseinandersetzung um die Linie der Aktionseinheit, die bisher von der falschen Richtung unserer Kritik am SALZ verdeckt wurde.

In diese Selbstkritik nahmen die Vertreter von KBB und KBG auf Grund der Diskussion auf der Konferenz noch zwei Zusätze auf

Die Änderungen sind an folgende Stellen des 1. Punktes der Selbstkritik zu setzen:

Nr. 1: Mittelspalte, 5. Absatz ("Die schwerwiegende politische Folge ...") ersetzt durch: "Dieses subjektivistische Vorgehen ..."

Nr. 2: rechte Spalte, 4. Absatz ("Unsere Verletzung der Prinzipien ...") ersetzt durch: "Unsere Verletzung der für die Aktionseinheit ..."

Nr. 1

Dieses subjektivistische Vorgehen führte konsequent in Sektiererei gegenüber der gesamten kommunistischen Bewegung. Statt diese sektiererische Haltung zu bekämpfen, wurde sie von der Leitung des KBB noch in die Organisation hineingetragen, während im KBG die Prinzipien des demokratischen Zentralismus noch so wenig entfaltet sind, daß eine einheitliche Willensbildung der Organisation zur Frage des Angriffs gegen das SALZ gar nicht geschehen konnte. Wenn auch die konkreten Ursachen dieses sektiererischen Vorgehens in den beiden Organisationen verschiedene sind, so muß die objektive Linie, die hinter dem liquidatorischen Angriff auf das SALZ steckt, als kleinbürgerlich bezeichnet werden.

Die schwerwiegenden politischen Folgen für das Aktionsbündnis ist die Vergiftung der Diskussion, die durch unser Vorgehen verursacht wurde. Unsere kleinbürgerliche Linie kam zum Ausdruck durch eine offene Provokation gegen das SALZ. Insofern diese Provokation innerhalb eines Aktionsbündnisses kommunistischer Zirkel erfolgte, war sie ein liquidatorischer Akt auch gegenüber den Prinzipien der Aktionseinheit. Diese unsere Provokation haben andere Zirkel der Aktionseinheit richtig als solche gekennzeichnet. Indem wir einen Fehler, den das SALZ unserer Einschätzung nach gemacht hat, als nicht nur politischen Fehler kritisiert und bekämpft, sondern einen provokatorischen Angriff gegen das SALZ gestartet haben, ist auch das Instrument von Kritik und Selbstkritik zur Regelung der Beziehungen zwischen kommunistischen Zirkeln von uns außer Kraft gesetzt worden. Die Genossen in der Aktionseinheit mußten hinter unserem Angriff eine "von langer Hand vorbereitete Kampagne" gegen das SALZ - Hamburg vermuten und sie kommen heute konsequent zu der Schlussfolgerung, eine Selbstkritik von KBB/KBG sei ein bloß taktisches Manöver, um die Kritik der anderen Organisationen aufzufangen.

Nr. 2

Unsere Verletzung der für die Aktionseinheit ebenso wie für jede andere Beziehung zwischen kommunistischen Zirkeln gültigen Prinzip von Kritik und Selbstkritik, ist nicht allein durch unsere Stellungnahme zu korrigieren. Ob wir wirklich die kleinbürgerliche Linie in unserer Organisation bekämpfen, das muß für die gesamte kommunistische Bewegung nachprüfbar sein. Wir haben deshalb beschlossen:

1. Diese unsere Selbstkritik wird in unseren Organen veröffentlicht.
2. Die Kritik der Grundeinheiten am Vorgehen der politischen Leitung und der Kampf gegen falsche kleinbürgerliche Linien in der Organisation wird offengelegt werden.
3. Im Prozeß von Kritik und Selbstkritik innerhalb der Organisation werden wir die politisch-organisatorischen Ursachen dieses Fehlers untersuchen, bekämpfen und offenlegen. Schon heute können wir sagen, daß von uns sowohl die Prinzipien des demokratischen Zentralismus zwischen Leitung und Grundeinheiten, als auch der Grundsatz der kollektiven Leitung verletzt worden ist, wodurch ein frühzeitiges Erkennen und Bekämpfen unserer Fehler verhindert wurde.

Wir sind der Meinung, daß unsere Verletzung der Prinzipien, die für die Beziehungen zwischen kommunistischen Zirkeln gültig sind, nicht dazu führen darf, daß die Aktionseinheit von kommunistischen Zirkeln in der Metalltarifrunde zurückgestuft wird auf eine Aktionseinheit zwischen Gruppen, die irgendwie in der Arbeiterklasse arbeiten und sich pragmatisch auf ein minimales Aktionsprogramm einigen. Wenn die zur Aktionseinheit zusammengeschlossenen Zirkel zu der Einschätzung kommen, daß KBB/KBG aufgrund ihres Vorgehens keine kommunistischen Organisationen sind, so müssen sie unsere Organisationen aus dem Aktionsbündnis ausschließen. Vertreten sie diese Einschätzung nicht, so müssen sie die Anwendung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik durch uns ernstnehmen. Jedes andere Vorgehen würde sich nicht am realen Stand der kommunistischen Zirkelbewegung orientieren, sondern dazu führen, die Existenz einer kommunistischen Bewegung überhaupt zu leugnen.

Was unser Verhältnis zum SALZ-Hamburg betrifft, so werden wir mit dem SALZ-Hamburg die Klärung unserer Beziehungen und der politischen Widersprüche in diesen Beziehungen suchen.

STELLUNGNAHME DES LG DES SALZ HAMBURG Zu den Angriffen einiger KBB-Führer auf die kommunistische Bewegung in Norddeutschland

Aus Rundschreiben zur Aktionseinheit, Nr. 7
September 1971

Uns liegt das Rundschreiben Nr. 5 mit Stellungnahmen verschiedener Organisation, das 2. sogenannte KBB/KBG-Papier und der Antwortbrief des KBB an den KAB-HH vor. Obgleich auf Seite 6 dieses Rundschreibens unter der Zwischenüberschrift "SALZ-Führung und SALZ-Basis" richtig darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeit unserer Organisation während der Metall-Tarifrunde und im Rahmen des Aktionsbündnis eigenverantwortlich von den Metall-Genossen unserer Organisation geleistet wird, möchten auch wir in diesem Fall ebenfalls eine Stellungnahme in dieser Angelegenheit abgeben. Dies erscheint uns schon darum sinnvoll, weil in den abgegebenen Stellungnahmen bisher die politische-inhaltlichen Differenzen zwischen unserer Organisation und den Genossen des KBB und KBG nicht deutlich genug herausgearbeitet wurden.

Wir selbst waren nach Erhalt des 1. KBB/KBG-Briefes an die Teilnehmer der Aktionseinheit noch der Meinung, es handle sich hierbei um eine politische Kontroverse, bei der bestimmte Genossen (vielleicht aus Überanstrengung u. ä.) über das Ziel ihrer "Kritik" hinausgeschossen sind. Wir meinten zu dieser Zeit noch, die vorliegende Kritik mit nachfolgendem Lenin-Zitat charakterisieren zu können: "Jeder Parteifunktionär hat seine Mängel und seine schwachen Punkte in der Arbeit, aber man muß vorsichtig sein, daß man bei der Kritik an Mängeln oder bei Auseinandersetzungen über sie ... nicht die Grenze überschreitet, an der das Geschwätz beginnt..." (Lenin, Werke Bd. 34, S. 321).

Inzwischen erhielten wir jedoch auch das zweite KBB/KBG-Papier, das von diesen Leuten offensichtlich als ein Versuch der "Präzisierung" ihres 1. Papiers verstanden wird. Nach Erhalt des zweiten Schreibens schätzen wir die Situation jedoch anders ein und wollen dies kurz wie folgt darstellen:

Die in der ersten Erklärung geführte Kritik am Vorgehen des SALZ-Hamburg in der Tarifikampagne ist als bloßer Vorwand zu betrachten, um einen Angriff auf die gesamte Politik des SALZ Hamburg zu führen, wie sich diese in den vergangenen Jahren darstellt.

Wir werden im weiteren zunächst den grundsätzlichen Inhalt des Angriffs der Wortführer von KBB und KBG untersuchen und dann auf ihren Vorwand, d.h. ihre Kritik an unserem Verhalten in der Tarifikampagne, um auch diesem Detail die Falschheit ihrer Positionen aufzuzeigen.

Die Wortführer von KBB und KBG sprechen dem SALZ Hamburg den Charakter einer kommunistischen Organisation grundweg ab, und zwar nicht aufgrund unseres jetzigen Vorgehens in der Tarifikampagne, sondern während der Politik des SALZ Hamburg "über einen längeren Zeitraum", d.h. "in den letzten Jahren" durch alle Phasen der Bewegung hindurch unter den unterschiedlichsten ideologischen Leitlinien - nämlich einer kontinuierlichen Politik, die die Wortführer von KBB und KBG "zusammenfassend als konterrevolutionär kennzeichnen" wollen.

Die Frage, die man an dieser Stelle KBB/KBG verwundert stellen muß, scheint uns vor allem die zu sein, warum sie denn, auf der Grundlage einer so "genauen" und "gründlichen" Beobachtung und Analyse unserer Politik überhaupt mit der "konterrevolutionären SALZ-Führung" eine Aktionseinheit eingegangen sind, wo doch KBB/KBG die charakteristischen Merkmale der SALZ-Führung wie etwa "bürgerliche Machtpolitik", "konterrevolutionäre Machenschaften" u. ä. schon so lange kannten?

Und warum haben sie nicht im Stil aufrechter Kommunisten die Aktionseinheit auf unserer Konferenz gleich gewarnt, dem SALZ nur nicht die technische Leitung zu übergeben, da diese doch nur dahingehend ausgenutzt wird, die anderen Gruppen und Organisationen von uns "organisatorisch abhängig" zu machen... oder in Kenntnis dieses Tatbestandes nicht alle Anstrengungen unternommen, selbst diese technische Leitung zu übernehmen, um wenigstens so den Kampf der Arbeiterklasse optimal abzusichern gegen die "Dolch - Stoß - Agenten der SALZ-Führung" ???

Uns scheint es fast so zu sein, daß sich KBB/KBG mit einer ganz bestimmten Konzeption in die Aktionseinheit eingeschlichen haben, um sie dann - in dem Augenblick zu zerstören, wo die Anstrengungen der verschiedenen

Organisationen ihrem Höhepunkt zulaufen. Wessen Geschäft mit dieser Praxis objektiv betrieben wird, ist klar. Welches Geschäft diese Herren subjektiv betreiben, wird noch gesehen werden müssen. Immerhin scheint es nicht im Interesse von KBB/KBG zu liegen, die Bemühungen der Kommunisten zu unterstützen, ein höheres Maß an Vereinheitlichung im Kampf der Arbeiterklasse zu erreichen.

Einige frühere Erfahrungen mit KBB-Führern

Da die Wortführer des KBB und KBG in ihrer zweiten Erklärung die Katze aus dem Sack gelassen haben und offen unsere gesamte Politik "in den letzten Jahren" angegriffen haben, scheint es uns angebracht, auf die Erfahrungen der letzten Jahre, soweit sie SALZ Hamburg und KBB betreffen, kurz einzugehen:

Das SALZ Hamburg besteht erst seit ca. 1 1/2 Jahren. Ältere bzw. frühere Organisationen unter ähnlichen oder gleichen Namen haben mit dem SALZ Hamburg nichts zu tun, es sei denn, daß einzelne Genossen aus diesen Organisationen sich später bei uns organisiert haben.

In dieser Zeit hat es mit dem KBB nur eine Berührung gegeben (wie schon von Genossen des SALZ Bremerhaven erwähnt), nämlich vor ca. einem 3/4 Jahr auf einer Konferenz norddeutscher Gruppen, auf der man sich um politische Vereinheitlichung und Erfahrungsaustausch bemühte.

Der KBB war gleichfalls mit von der Partie - leider. Zur selben Zeit wurde aus dem SALZ - HH eine Ökonomenfraktion zumeist studentischer und anderer kleinbürgerlicher Genossen (Lehrer, Kleinhandlärer etc.) ausgeschlossen, die noch heute als sogenannte SFDa in Hamburg ein gewisses Schattendasein führt. Diesem Ausschuß sind heftige Auseinandersetzungen mit allerlei unwürdigen Begleiterscheinungen vorausgegangen, die sich bei der Ökonomenfraktion zu derartigen Haßgefühlen dem SALZ gegenüber steigerten, daß sie es sogar fertigbrachten, einem Polizeispitzel eine Namensliste von ca. 70 SALZ-Genossen zuzuspielen, die später Eingang fand in VS-Berichte über das SALZ, die bei Innensenator Ruhnau im Panzerschrank liegen (noch heute, wie wir wissen!). Kurz nach ihrem Ausschuß aus dem SALZ stellte die Ökonomenfraktion Behauptungen auf, die mit den derzeitigen demagogischen Anwürfen des KBB übereinstimmen! Als die Ökonomenfraktion auf der Regional-Konferenz erschien, verbündete sich der KBB mit ihr, indem er die besagten Anwürfe übernahm, um auf dieser Grundlage eine Spaltung der Konferenz zuwege zu bringen. Das Bündnis von KBB und Ökonomenfraktion fand statt, obwohl KBB die Einzelheiten und Begleiterscheinungen des Ausschlusses kannte. Ganz offensichtlich war das Ziel des Bündnisses die Spaltung der Konferenz (was allerdings bei dem Versuch dazu und einem nur ersten Erfolg verblieb - der Arbeitszusammenhang norddeutscher Gruppen besteht zum Vorteil aller Beteiligten auch heute noch).

Eine andere Bekanntschaft mit dem KBB drängt sich hier auf. Sie liegt noch vor der Gründung des SALZ. Das war kurz nach der Spaltung des Hamburger "Arbeiterbundes/ML", der mehrheitlich in die DKP/SDA marschierte. Die andere kleinere Gruppe, die später das SALZ mit gründete, suchte zu dieser Zeit den Einfluß der sich schon in der DKP befindenden Gruppe in Norddeutschland einzudämmen, um ein Massen-Überlaufen zur DKP zu verhindern, was wegen der politischen und ideologischen Schwäche norddeutscher Gruppen, sowie der guten Verbindung zwischen diesen und dem "Arbeiterbund/ML" eine akute Gefahr war. Damals verbündete sich KBB mit der DKP-Gruppe (die nach außen hin noch unter "Arbeiterbund/ML" ihr trauriges Geschäft betrieb). Auf der Grundlage von "Informationen" (über den "Charakter", "ihre Ziele" und "ihre Machenschaften", um diese zu erreichen) über die späteren SALZ-Genossen, die ihnen die DKP-Arbeiterbund-Gruppe lieferte, zimmerten sich KBB-Genossen (die damals noch unter einem anderen Namen firmierten) eine Reihe von "Argumenten" zusammen, um damit hausieren zu gehen. (Auch diese "Argumente" sind mit ihren heutigen nahezu identisch!) Der Erfolg davon war u. a., daß eine Menge von niedersächsischen Gruppen in der DKP verschwand.

Wie man sieht, haben die Attacken des KBB durchaus eine gewisse Tradition. Dies bezieht sich sowohl auf ihre Inhalts- und Begründungslosigkeit (Lügen!), auf die besondere "Schärfe", (Demagogie!), als auch vor allem auf den Tatbestand, daß die so Angegriffenen (und auch andere) überhaupt keinen Sinn dafür sahen und stets hochgradig erstaunt und verblüfft waren.

Richtig ist, daß bei Gründung des SALZ noch eine ganze Reihe linksopportunistischer Positionen in unsere Politik mit einflossen und daß es seitdem verschiedene Kurskorrekturen in unserer Politik gegeben hat, die teilweise einzelne politische Positionen betrafen z. T. auch unsere Politik insgesamt, uns zwar in unserem Verständnis im Verhältnis zu den Massen. Die Begründung für die anfänglich verschiedentlich linksopportunistischen Positionen in unserer Politik sehen wir vor allem in der Tatsache, daß das Gründungs-Kader des SALZ von der Studentenrevolte politisch beeinflusst war, wengleich der Gründung des SALZ auch eine entschiedene Kritik am politischen Ausdruck dieser Bewegung vorwegging, und die Gründungs-Genossen nicht eigentlich aus dieser Bewegung stammten. Die Überzeugung, bestimmte linksopportunistische Positionen in unserer Politik zu verändern, entwickelten wir vor allem durch die fortschreitende Praxis im Proletariat, sowie in politisch-ideologischen Auseinandersetzungen mit anderen Zirkeln und Organisationen. Wir meinen, daß diese Dinge allemal banal und selbstverständlich sind und eigentlich gar keiner Erwähnung bedürften, wenn es nicht KBB/KBG verstünden, aus diesen ganz selbstverständlichen Banalitäten Vorwürfe gegen uns zu stricken.

Richtig ist auch, daß unsere Politik nicht gegen rechte und "linke" Abweichungen gefeiert ist und daß es immer wieder vorkommt, daß Mängel und Falschheiten auftreten, die - beurteilt man sie sehr scharf - eben derartige Abweichungen darstellen. Auch dies halten wir nicht für eine besondere Angelegenheit, die einen derartigen Angriff des KBB/KBG rechtfertigen würde. Vielmehr meinen wir, daß vor diesen Fehlern insgesamt keine Organisation gefeiert ist, insbesondere nicht in einer Zeit, in der Klassen-

analyse und ein wissenschaftlich erarbeitetes Programm der Kommunisten noch nicht vorliegen, und auch die Verankerung der Kommunisten in den proletarischen Massen noch verhältnismäßig wenig vorangeschritten ist. Auf der Grundlage solcher einzelnen Fehler und Mängel von ständigen Schwankungen zwischen Rechts- und "Links"-opportunisten zu sprechen, halten wir für etwas starken Tobak und eine Politik, die nicht die Vereinheitlichung der Kommunisten zum Ziel hat. Der Charakter der Politik offenbart sich, wenn den ausgemachten Opportunisten (den "Linken" z. B. in den verschiedenen "KPD/ML"-s und der "KPD/AO", sowie den Rechten in der DKP und SDAJ) im Gegensatz zu unserer Politik dann schulterschlappend zugute gehalten wird: "Sie (die Politik der "SALZ-Führung"/Red.) unterscheidet sich damit grundlegend von anderen Zirkeln, deren konsequent (!) vertretene falsche ideologischen (!) Linien Ausdruck der Unentwickeltheit und Unerfahrenheit der kommunistischen Bewegung sind".

Jedoch geht der Anwurf von gewissen Demagogen des KBB/KBG noch wesentlich weiter. Danach sind diese "Schwankungen" nämlich Ausdruck einer bewußten Politik des "ständigen Manövrierens", um "sich an die Bewegung anzuhängen, und möglichst große Teile davon aufzusaugen und von sich abhängig zu machen". Die ausgemachte Demagogie dieses Anwurfes wird deutlich, wenn bedacht wird, welcher ganz und gar simple Tatbestand diesem zugrunde liegt. Hierbei handelt es sich nämlich um die Tatsache, daß es einmal bestimmte Kurskorrekturen in unserer Politik gab und daß es uns zum anderen möglich war, unsere Verankerung in den Hamburger Betrieben voranzutreiben und mehr und mehr Arbeiter- und Angestellten-Genossen bei uns zu organisieren. Eine ständig sich verbessernde Politik ist begleitet von einer ständigen Vergrößerung der Organisation, von einem ständig sich verstärkenden Einfluß unserer Organisation auf die spontane Arbeiterbewegung, und einem ständig sich verstärkenden Einfluß der bewußtesten Elemente der Hamburger Arbeiterschaft auf die Politik unserer Organisation. Diesen Sachverhalt, der für Materialisten Symptom einer im wesentlichen korrekten Politik ist, benutzen die Bourgeois-Agenten im KBB/KBG als Basis für ihre Angriffe auf das SALZ.

Noch ein "merkwürdiger" Sachverhalt sollte hier erwähnt werden:

Ihre Auseinandersetzungen mit den DKP-Revisionisten werden vom KBB sehr "zurückhaltend" geführt (Was nicht heißen soll, daß sie korrekt geführt werden). Dort wird jede Aussage von ihnen genau abgewogen, die Widersprüche werden behutsam entwickelt. Häufig wird erklärt, daß man sich noch nicht imstande sieht, in dieser oder jener Frage die öffentliche Polemik zu führen etc. (vergl. KAK Nr. 7 und 8) Dagegen erschien uns das aktuelle Verhalten von KBB/KBG befreundeten kommunistischen Organisationen gegenüber (dies schien uns das Selbstverständnis der Teilnehmer der Aktionseinheit zu sein) zunächst gehässig und töricht zu sein. Nach Erhalt des 2. sog. KBB/KBG-Papieres und im Lichte einiger anderer Aspekte, die wir teilweise schon erwähnt und auf die wir teilweise noch zu sprechen kommen, sehen wir dies jedoch schon etwas anders, nämlich als ein (zumindest von Wortführern im KBB) gezielt geplantes Vorgehen gegen die kommunistische Bewegung in Norddeutschland und selbstverständlich auch ge-

gen den KBB selbst (sieht man dort einmal von einigen Provokateuren und einer Reihe von "politisch gesichtslosen" Karrieristen ab).

Formulierten wir noch in unserer gemeinsamen Plattform: "Wir gehen von der Einschätzung aus, daß wir in den Tarifrückfällen die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie führen müssen...", so scheint KBB/KBG diese Aussage derzeit auf ihren "Kampf" gegen uns "konkretisieren" zu wollen. Zu dieser Einschätzung kommt man nicht nur, wenn man die Versuche von KBB/KBG sieht, ein Spaltertreffen zu inszenieren, um dort auf das SALZ einzuschlagen, sondern auch, wenn man die sanften Kritik-töne an der Politik der Gewerkschaftsführung vergleicht mit den Verbalinjuriere gegen unsere Organisation.

Und ebenfalls wenn man sieht, mit welcher Eifrigkeit der KBB z. B. derzeit den Kampf der Göttinger Metallurgen unterstützt und darüberhinaus die KBB/KBG-Genossen bisher an den Auseinandersetzungen unter den Aktionsteilnehmern teilnahm, als es darum ging, gewisse taktische Differenzen dort zu klären.

Die Tatsache, daß die KBB/KBG derzeit - wenn auch nicht ihre Hauptaktivitäten (das trifft wohl nur auf KBB zu), so doch einen erheblichen Teil ihrer Aktivitäten - gegen das SALZ richten, stützen diese Leute ab, mit der Behauptung: "Die SALZ-Führung ist eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse." Dieser Behauptung liegt nun nicht der Schatten einer auch irgendwie gearteten Beweis- und Argumentationsführung zugrunde, sondern nur eine Ansammlung törichter Einzel-Behauptungen, die dann von KBB/KBG "zusammenfassend" (!!) als "konterrevolutionär" gekennzeichnet (!) werden:

Diesen "Eindruck" (!) gewinnt "man" (?) jedenfalls, wenn "man" (?) "die Politik der SALZ-Führer über einen längeren Zeitraum" verfolgt und analysiert... meinen die Herren "Kritiker" aus Bremen und Göttingen in ihrer letzten Erklärung. Und da das so ist, weil es nicht anders sein darf, kann "man" (!) dem erstaunten Leser auch den Beweis für diese "Meinung" ersparen - nicht wahr? Statt dessen wird "zusammengefaßt" was nicht dargelegt wird, auf Beobachtungen verwiesen, ohne das so Beobachtete zu berichten, behauptet, statt bewiesen, gestänkert, statt argumentiert.

Bevor wir noch auf verschiedene Einzel-Vorwürfe in den KBB/KBG-Papieren eingehen werden, möchten wir die bisher dargestellten und uns sehr wesentlich erscheinenden Aspekte noch einmal zu einem Gesamt-Bild zusammenfassen:

Wesentlich in der bisherigen Politik des KBB (bzw. seiner Vorläufer-Organisation, die aber von den selben Leuten - teilweise in Hamburg (!) Studierenden - dirigiert wurden) scheint uns diejenige Tatsache zu sein, daß bei allen Versuchen norddeutscher Gruppen zur engeren Zusammenarbeit, diese Leute auftauchten, (jeweils unter dem Vorwand mitarbeiten zu wollen), um dann mit Lügen, demagogischen Tricks u. ä. diesen Zusammenhang wieder zu sprengen:

Das erste Mal arbeiteten die Wortführer des KBB mit der DKP-Arbeiterbund-Gruppe sehr eng zusammen. Im Gefolge dieser Kumpanei wurde der Aufbau eines Arbeitszusammenhangs niedersächsischer Gruppen torpediert. Im Weiteren verschwanden eine Vielzahl von

niedersächsischen Gruppen in der DKP. Ein weiterer Teil orientierte sich dann an den Rattenfängern vom "Roten Morgen" (die ja dann bekanntlich dort ihre größten Organisationen aufbauen konnten und auf diese Weise den Revisionisten von der DKP halfen, die letzten wichtigen Arbeiterorganisationen in Süd-Niedersachsen z. B. Wolfsburg u. a. - einzusacken).

Auch heute noch werden die Leute vom ehemaligen "Arbeiterbund" von der Hamburger DKP-Führung als "Stoßkeil" gegen die Kommunisten eingesetzt. Wir fragen gewisse Wortführer des KBB: Besteht die seinerzeit enge und "herzliche" Kumpanei zu den Leuten vom sog. "Arbeiterbund" auch heute noch ???

Das zweite Mal versuchten gewisse Leute vom KBB einen Arbeitszusammenhang von Gruppen aus Nordniedersachsen und Hamburg zu zerschlagen. Dazu bemühten sie sich anfangs (wegen des Widerstands der anderen Gruppen allerdings erfolglos) die sog. "KPD/ML-ZB-Linie" mit einzubeziehen. Danach verbündeten sie sich mit der Ökonomen-Fraktion (deren "Praktiken" während ihres Ausschlusses aus dem SALZ den KBB-Leuten bekannt waren!) und zerschlugen die Konferenz. Die Basis der Kumpanei zwischen Ökonomen-Fraktion und KBB war die Forderung des ehemaligen Westberliner SDS-Führers Rabehl nach der Zerschlagung aller sog. "Partei-Aufbauorganisationen", als solche man auch das SALZ einschätzte (Rabehl figuriert als "Chef-Theoretiker" der SFDa und bezieht sich selbst öffentlich auf diese Gruppe!). Wir fragen gewisse Demagogen im KBB: Besteht die seinerzeit enge und "herzliche" Kumpanei zur SFDa (ehemalige Ökonomen-Fraktion des SALZ in HH) auch heute noch ???

Erst beim dritten Versuch des KBB, die Zusammenarbeit kommunistischer Organisationen zu zerschlagen, bemerken wir, das gezielte Vorgehen der KBB-Provokateure, da der Vorwand dies zu tun, geradezu lächerlich ist und die Form des Vorgehens den beiden oben genannten "Aktionen" gewisser Bourgeois-Agenten im KBB aufs Haar gleichen!!

Wir fragen gewisse Provokateure im KBB: Ist also das Konzept der "Zerschlagung der 'maoistischen' Organisationen" die Grundlage für das Vorgehen des KBB beim Versuch der Zerschlagung der Aktionseinheit ???

Im Lichte dieser "Aktivitäten" gewisser Provokateure im KBB können wir nur mit Mao Tse-tung feststellen: "Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang..." Es scheint uns eine derzeit nicht unwesentliche Aufgabe der Kommunisten - hauptsächlich derjenigen in Norddeutschland - zu sein, den politischen Untergang dieser Leute voranzutreiben.

Wir machen diese sehr eindeutigen und nicht mißzuverstehenden Aussagen, um von vornherein ein erneutes Einschleichen gewisser KBB-Leute in die durchaus "heil" gebliebene Aktionseinheit im richtigen Licht erkennen zu können und einer, möglicherweise aus allerlei "taktischen Erwägungen" abgeleitete "Selbstkritik" die rechte Dimension aufzuzeigen! Wir machen diese unsere klaren Ausführungen auch mit Hinblick auf allerlei mögliche "Schlichter" des "Streites", die möglicherweise mit Formulierungen "dem Inhalt nach ... richtig, der Form nach ... naja, da muß Selbstkritik gemacht werden" die Aktionseinheit mit gewissen KBB-Provokateuren aufrecht erhalten wollen. Wir sagen hier klar, daß es in den KBB/KBG-Papieren keinerlei irgendwie geartete oder mißratene Form-Inhalt-Dialektik gibt, sondern daß der vorgeschützte "Inhalt" (der "Kritik") nur ein Vorwand für ganz andere Inhalte, sprich Ziele ist! Es geht hier also gar nicht darum, eine mißglückte Form (der "Kritik") zurückzuweisen, oder zu kritisieren, sondern es geht vielmehr darum, den Inhalt und die Ziele aufzuspüren, die der in den KBB/KBG-Papieren vorgelegten Form der "Kritik" entsprechen!

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist ein Mittel zur Herausbildung der Einheit der Arbeiterklasse, die durch die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung besteht. Die Aktionseinheit der Kommunisten ist ein Mittel zur Stärkung des Kampfes der Arbeiterklasse (u. a. auch im Kampf um ihre Einheit), sowie ein Mittel der Vereinheitlichung (z. B. in politisch-theoretischer Hinsicht) der Kommunisten, die eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau der kommunistischen Partei ist. Eine Zusammenarbeit mit Agenten und Provokateuren kann es nicht geben! Die Aufdeckung der Ziele gewisser Provokateure im KBB ist Sache des KBB selbst. Eine (durchaus sehr wünschenswerte) Zusammenarbeit mit den Kommunisten im KBB ist nur auf der Grundlage der Entlarvung bestimmter Provokateure dort möglich! Jedes andere Herangehen an diese Fragen halten wir für laviieren und Opportunismus in einer entscheidenden Frage. Ein opportunistisches Hinnehmen der Machenschaften von gewissen Leuten im KBB würde sich unserer Einschätzung nach später rächen.

Verschiedene Aussagen dieses Papiers, insbesondere zum Charakter der Aktionseinheit, sind von SALZ und KAB Hamburg inzwischen für falsch erkannt und noch vor bzw. auf der 2. Hamburger Konferenz korrigiert worden

ZUM VORWURF DES "LINKS"SEKTIERERTUMS

Wir kommen nun zum Vorwand der KBB-Kritik, nämlich dem angeblichen "Links"-Sektierertum in der Politik des SALZ - Hamburg während der Metall - Tarif - Runde. Wir werden im 2. Teil unserer Stellungnahme noch aufzeigen, von welcher politischen Grundlage aus diese Kritik gegen unsere Politik geführt wird. Vorab wollen wir auch in dieser Frage auf ein höchst seltsames Vorgehen der KBB/KBG - Leute aufmerksam machen, das noch einmal nachhaltig den Charakter dieser "Kritik" (Vorwand) verdeutlicht:

Das es beim Bemühen der einzelnen Organisationen in der Aktionseinheit, eine korrekte Linie zu verfolgen zu taktischen Differenzen kommt, scheint uns beim gegebenen Entwicklungsstand der Vereinheitlichung nicht weiter verwunderlich und schon gar nicht dramatisch zu sein.

Es wäre durch eine Kritik an der Praxis der einzelnen Organisationen nachzuweisen, daß sie von der vereinheitlichten Linie abgewichen sind. Es hätte die Aufforderung an diese Organisation zu ergeben, die Abweichungen in der Praxis zu korrigieren.

Inwieweit Differenzen in Fragen der Taktik in der Aktionseinheit in prinzipielle umschlagen (weil, wie Liebknecht sagt "die verfolgten Methoden trotz formellen Bekenntnissen zum gleichen Ziel tatsächlich nicht zu diesem, sondern zu einem anderen Ziel führen") ist ausschließlich durch die Kritik an der Praxis (in erster Linie also der Agitations- und Prop- Arbeit, sowie der praktischen Teilnahme an den Kämpfen des Proletariats in den Betrieben) festzustellen.

In der Tat kritisieren KBB/KBG jedoch ausschließlich vermeintliche Fehler des SALZ in Stellungnahmen unserer Organisation im Rahmen des "Rundschreibens". Im Lichte dieses "Prinzips" wäre zu konstatieren, daß weder KBB noch KBG je an der Aktionseinheit teilgenommen haben (letztere es noch nicht einmal für nötig gehalten hat, die Pakete mit den Materialien der Aktionseinheit, trotz Anmahnung, von der Post abzuholen!), da von beiden Organisationen bisher keinerlei Reaktion auf die im "Rundschreiben" aufgeworfenen Fragen erfolgte.

KBB/KBG machen den Vorwurf des "linken" Sektierertums explizit fest:

An der angeblich falschen These von uns, die den Aufbau starker Gewerkschaftsoppositionen fordert, worin KBB/KBG ein Mittel der Spaltung der Gewerkschaften sehen. Wir werden uns im 2. Teil unserer Stellungnahme eingehender mit dieser Frage beschäftigen. Nur eines sei hier schon gesagt, daß die "Gewerkschaftsstrategie" von KBB/KBG damit der DKP gleichkommt. Unserer Meinung nach ist aber der Aufbau von Gewerkschafts-

oppositionen kein Mittel der Spaltung, sondern im Gegenteil die einzig mögliche Verhinderung der Spaltung der Gewerkschaften durch die reaktionären Gewerkschaftsführer, die mit Isolierung und Ausschluß fortschrittlicher Kollegen aus den Gewerkschafts - Organisationen schon jetzt ihren Beginn nimmt.

An der vom KBB/KBG konstatierten Notwendigkeit des sofortigen Aufgreifens des 10 %-Forderungsvorschlags der Hamburger TK als Mindestforderung, was wir in dieser Form nicht praktizierten. Den unterschiedlichen Vorstellungen von KBB/KBG und uns liegen unterschiedliche Meinungen darüber zugrunde, ab wann ein solcher Forderungsvorschlag als in der Arbeiterschaft durchgesetzt zu betrachten ist. Für den KBB/KBG gilt ein Vorschlag als durchgesetzt, wenn er vom Ortsvorstand der IGM akzeptiert wird, (vergl. Antwortschreiben des KBB an den KAB-HH) für uns gilt er als durchgesetzt, wenn die VLK 3 der entscheidenden Betriebe am Ort auf diesen Vorschlag vereinheitlicht werden konnten, oder zumindest die Mehrheit dieser VLK 3 bzw. , wenn die entscheidenden VLK 3 keinen Widerstand (mehr) gegen diesen Forderungsvorschlag entwickeln.

Für Hamburg bedeutet das konkret, daß ein Forderungsvorschlag der TK dann als in der Arbeiterschaft durchgesetzt zu betrachten ist, wenn die Vertreter - Versammlung diesen akzeptiert hat. Die VV-Sitzung war in Hamburg am 9.9.71, die TK-Sitzung am 20.8.71. Wir meinen, daß die 20 Tage, die zwischen diesen Daten liegen, nicht von den Kommunisten dazu auszunutzen sind, um den fortgeschrittenen Kollegen und Vertrauensleuten in den Rücken zu fallen und ihren Widerstand gegen die Gewerkschaftsführung abzuwürfen. Die Praxis, die uns KBB/KBG vorschlagen, halten wir schlichtweg für konterrevolutionär, weil sie sich direkt gegen die Interessen der Hamburger Arbeiterschaft richtet und sich bemüht, gegen die fortgeschrittenen Kollegen Front zu machen.

An der von uns angeblichen Praxis, nämlich den Forderungsvorschlag der Hamburger TK die höchsten Forderungen, die aus westdeutschen Betrieben derzeit kommen, entgegenzuhalten. Dieser "Tatbestand" wird abgeleitet, aus unglücklichen Formulierungen in den internen Rundschreiben, insbesondere durch die Ausnutzung der entstandenen Verwirrung darüber, was gemeint sei mit "in den Mittelpunkt stellen" und "als Information". KBB/KBG konstruieren hieraus den Vorwurf, daß wir die Hamburger Arbeiterschaft gespalten und Resignation in ihr verbreitet hätten. KBB/KBG "überschlagen" sich dann jedoch selbst in dieser willkürlichen Behauptung, indem sie gar den Widerstand bestimmter fortschrittlicher VLK 3 gegen diesen Forderungsvorschlag

"für bedenklich" halten, da er eben "Resonanz in den Betrieben auf die falsche, von der Aktionsplattform abweichende Agitationslinie der SALZ - Führung ist". (vergl. Antwortschreiben des KBB an den KAB-HH)

Tatsache aber ist, daß dieser Widerstand der bewußtesten VLK 3 und Kollegen in den Hamburger Metallbetrieben unter anderem Erfolg unserer im wesentlichen sehr richtigen und korrekten Agitationslinie ist und daß dieser Widerstand nicht die Spaltung der Hamburger Arbeiterschaft bedeutet, sondern im Gegenteil: Ihre Stärkung und daß sich hierin die Tatsache zeigt, daß die "fortschrittlichen Kollegen zu einem weiteren Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer und ihre Handlanger" (Plattform, Punkt 8) bereit und in der Lage sind. Das hat unseres Erachtens kaum etwa mit "linkem" Opportunismus zu tun, statt dessen aber fiel mit dem korrekten und richtigen Eingreifen der Kommunisten in die realen Klassenkämpfe.

Interessant hierbei ist vor allem aber die Tatsache, daß KBB/KBG sich offensichtlich nicht einmal die Mühe gemacht haben, unsere Agitationsmaterialien durchzulesen, da sie hier schon gesehen hätten, daß wir niemals versuchen, "die Hoesch-Forderung als Orientierung für ein Forderungspaket" der realen Kampfkraft der Hamburger Metallarbeiter gegenüberzustellen, auch nicht dem 10 %-Forderungsvorschlag als solchem. Lediglich in einem Artikel des METALLARBEITERS Nr. 2 (nicht der Leitartikel), haben wir versucht, nachzuweisen, daß die von der TK geforderten 10 % nicht in der Lage sind, die bisherigen und zu erwartenden Preisteigerungen uws. aufzufangen. Und in diesem Zusammenhang haben wir kurz in einem relativ kleinen Absatz auf die Hoesch-Forderung hingewiesen, die die Preisteigerungen einigermaßen aufzufangen in der Lage ist.

Und das alles - wohl gemerkt !!! - in einer Situation, wo der 10 %-Forderungsvorschlag noch nicht einmal in einem einzigen (relevanten und uns bekannten) VLK zur Sprache gekommen war. Als ein sehr eindeutiger Beweis dafür, daß KBB/KBG nur ins Blaue hinein schwätzen, noch nicht einmal ihre Nase in unsere Agitations-Materialien zur Metall-Runde gesteckt haben (sondern - wie gesagt - nur sehr oberflächlich die Rundschreiben betrachtet haben) kann folgendes Symptom zählen: In ihrem zweiten Schreiben weisen KBB/KBG auf die zu erwartende "Fusion der größten Werften" (gemeint HDW und B+V) hin, obgleich wir klar und deutlich im "METALLARBEITER" und in Extrablättern geschrieben haben, daß die Fusionsgespräche vorerst geplatzt sind. Die natürlich dennoch stattfindende Panikmache der Kapitalisten ist also Ausdruck ihres ideologischen Kampfs gegen die Hamburger Metallarbeiter und nicht einer auf die Hamburger Kollegen zukommenden "Rationalisierung und drohende(n) Massenentlassung" wie KBB/KBG in ihrem zweiten Papier uns weise machen wollen. (Auch hier wird wieder der Charakter dieser "Kritik" (Vorwand) deutlich - schwätzen, keine Ahnung haben, dummes Zeug reden, kühne Behauptungen aufstellen, um so den "Generalangriff" auf das SALZ zu "legitimieren", in der Hoffnung, auch die anderen Organisationen würden darauf hereinfließen und glauben, "etwas" ist sicherlich daran richtig!)

d) An der von uns angeblichen Praxis, Nebenwidersprüche (den zwischen Arbeiterklasse und Gewerkschaftsführung und den zwischen Arbeiterklasse und SPD-Regierung) zum Hauptwiderspruch zu machen und daran unsere Hauptagitationslinie zu entwickeln (vgl. 2. KBB/KBG-Papier). Hierbei handelt es sich allerdings um eine glatte Lüge seitens KBB/KBG und wir meinen um eine ziemlich böswillige "Mißinterpretation" einer Formulierung aus dem internen Rundschreiben, auf die wir im zweiten Teil unserer Stellungnahme noch genauer eingehen werden. Die Behauptung, wir hätten "die Agitationslinie der Plattform umgedreht", wird nicht festgemacht an den Agitations-Materialien unserer Organisation zur Metall-Runde (oder auch anderen Agitations-Materialien von uns), was wohl auch kaum möglich sein dürfte.

Neben dem demagogischen Vorwurf des "Links"-Sektierertums in der Metall-Runde wirft uns KBB/KBG "Rechtsopportunismus in der Chemierunde" vor. Den "Beweis" für diesen Vorwurf liefern KBB/KBG auch gleich mit: "Die SALZ-Führer weigern sich, den Tarifkampf mit dem Kampf gegen das Betr. V. G. zu verbinden". Wenn wir das Wort "weigern" richtig verstehen, bedeutet es wohl, daß wir trotz Aufforderung dazu (z. B. durch KBB/KBG) und wider besseres Wissen um die Notwendigkeit dazu, keine BVG-Agitation betreiben haben. Richtig dagegen ist, daß wir in den 10 Ausgaben des "CHEMIEARBEITERS" und verschiedenen Extrablättern, verschiedene - eigentlich wichtige - politische Aspekte nicht mit aufgenommen haben, so unter anderem auch nicht den Aspekt der Agitation gegen das Betr. V. G. . Das findet seine Begründung u. a. darin, daß uns die politische Führung eines Tarifkampfes noch nicht in dem Maße klar war, wie sie es heute ist.

Was den besonderen Gegenstand der KBB/KBG-"Kritik" anbelangt, gingen wir von der (wahrscheinlich falschen) Einschätzung aus, die BVG-Problematik erst nach den Tarifkämpfen im Hinblick auf die Betriebsrätewahlen im Frühjahr (an denen wir uns beteiligen werden), massiv in die Chemie-Betriebe hineinzutragen (vgl. unsere Stellungnahme zum BVG in dem letzten Rundschreiben!). Wir hatten allerdings schon vorher (in KAZ Nr. 1 und 4) eine BVG-Agitation in die Arbeiterklasse getragen.

Allerdings war es so, daß es unsere Genossen verstanden haben (und so weit wir wissen ist ähnliches bisher noch keiner kommunistischen Organisation in Westdeutschland gelungen) 3 der 4 größten Hamburger Chemie-Betriebe gegen den Willen der Gewerkschaftsführung und die Aktivitäten der unteren Gewerkschafts-Sekretäre in den Volkstreik zu führen, den ideologischen Einfluß der SPD-Betriebsgruppen zu brechen und die bewußtesten Arbeiterkollegen an die Organisation heranzuführen, die Hamburger IGC-Führung "vor sich herzutreiben" und es ihr unmöglich zu machen, auch nur ein Wort in der Öffentlichkeit während des Streiks gegen uns zu sagen. Vom KBB/KBG läßt sich ähnliches nicht berichten! In diesem Lichte besehen - und das scheint uns wohl die rechte Relation zu sein - ist die "Kritik" von KBB/KBG nichts anderes als eine gezielte Provokation gewisser

Bourgeois-Studenten, die mit ihren dicken Hintern an ihren Sesseln kleben, um den Kampf von Arbeitergegnern zu maßregeln.

In einem 2. Teil unserer Stellungnahme werden wir uns bemühen, die politischen Grundlagen der KBB/KBG-Kritik an unserer Politik während der Tarif-Kampagne

aufzudecken: Ein in sich relativ geschlossenes System rechtsoportunistischer Fehlpositionen, das mit "linker" Akrobatik versteckt wird. Wir werden diesen Teil noch rechtzeitig allen Aktionsteilnehmern zusenden, damit auf der geplanten nächsten Konferenz darüber diskutiert werden kann.

Aus Rundschreiben zur Aktionseinheit Nr. 8,
21. September 1971

Wie im 1. Teil unserer Stellungnahme angekündigt, wollen wir hier die politische Grundlage jenes Teils der KBB/KBG-Kritik aufzeigen, die unser Verhalten in der Metall-Tarifrunde betrifft. Dies scheint uns auch schon insofern dringend notwendig zu sein, weil in diesem Punkt auch einige andere Gruppen mit KBB/KBG übereinzustimmen scheinen; so z.B. der KB/ML-Flensburg und - wie wir telefonisch hörten - auch die KG (NRF) Heidelberg. Wie schon benannt, wird die Politik des KBB zur Tarifrunde bestimmt von einem in sich relativ geschlossenen System rechtsoportunistischer Fehlpositionen, die mit "linker" Akrobatik verdeckt werden. Es handelt sich dabei um Fragen kapitalistischer Tarifpolitik und kommunistischer Gewerkschaftsarbeit.

Wir wollen schon an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß es uns gleichfalls notwendig erscheint, auf der nächsten Konferenz einige Positionen in der Plattform selbstkritisch zu berichtigen (wie wir inzwischen meinen). Wir werden dazu am Ende unserer Stellungnahme entsprechende Ausführungen machen. Unabhängig davon werden wir allerdings vorab die Fehlpositionen des KBB/KBG vom "Standpunkt der gemeinsamen Plattform" aus kritisieren, um uns so keine "Vermischung" in unserer Argumentation "zuschulden" kommen zu lassen, die dann von verschiedener Seite als "Legitimation" für unsere Praxis ausgelegt werden könnte.

DIE "DRECKARBEIT" FÜR DIE REAKTIONÄRE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG ERLEDIGEN ?

Geht man an die durchaus etwas komplizierte und vielschichtige Frage der kapitalistischen Tarifpolitik heran, so muß dabei eine ganze Reihe verschiedener Aspekte (die natürlich miteinander in enger Verbindung stehen) berücksichtigt werden. Andererseits darf dabei das nächstliegende nicht übersehen werden.

So wirft uns KBB/KBG z.B. vor, daß wir es versäumt hätten, den 10%-Forderungsvorschlag der Hamburger Tarifkommission sofort nach Bekanntwerden als Minimalforderung zu propagieren. Der Praxis des KBB hätte dies jedenfalls entsprochen (vergl. Stellungnahme des KB/ML-Westberlin). Was hätte dies aber für uns bedeutet?

Zunächst einmal, daß wir es gewesen wären, die diesen 10 %-Bescheid in der Arbeiterklasse "verankert" hätten. Wir hätten der reaktionären Gewerkschaftsführung die "Dreckarbeit" abgenommen, was - zu mindest in Hamburg - nicht einmal die DKP-Führung sich traute. So weit geht bei uns die Liebe zur Politik der reaktionären Gewerkschaftsführung nun allerdings nicht, und wir glauben auch nicht, daß eine noch so willkürliche "Interpretation" der Inhalte unserer gemeinsamen Plattform für eine derartige

Betätigung in der Arbeiterschaft die Grundlage dafür abgeben könnte. KBB/KBG scheinen in diesem Punkt allerdings anderer Meinung zu sein, was zum einen ihre Kritik an unserer Politik zeigt und zum anderen ihre eigene "politische Betätigung" vor den Augen der Bremer Metall-Arbeiter.

Dazu kommt, daß die TK nicht die Belegschaften Hamburger Metallbetriebe repräsentiert. Dies tut - allerdings auch nur formal (wie man bei der späteren Reaktion der Kollegen auf verschiedenen Betriebsversammlungen erkennen konnte) - die sog. Vertreter-Versammlung. Auf ihr treffen die gewählten Vertreter von 159 Hamburger Metallbetrieben zusammen und stimmen u. a. über den Forderungsvorschlag der TK ab. Der Tatsache, daß zwischen den Sitzungen von TK und VV 20 Tage liegen, liegt eine besondere Taktik der Gewerkschaftsführung zugrunde, die offensichtlich von KBB/KBG nicht erkannt wurde: Mit dem Beschluß der Hamburger TK, die fern jeder betrieblichen Diskussion und Information tagte, von deren Tagung auch nicht ein einziger Hamburger VLK wußte, ziehen die Gewerkschaftsführer in die anderen Bezirke (z.B. Weser-Ems), um dort, unter Hinweis auf den "Hamburger Beschluß", ähnliche oder gleiche Beschlüsse durchzusetzen. Ist das geschafft, versuchen die Gewerkschaftsführer unter Hinweis auf entsprechende Beschlüsse aller anderen Bezirke, den 10 %-Vorschlag in Hamburg selbst (nämlich auf der VV) durchzusetzen. Während also die Hamburger TK sozusagen eine "Vorreiterrolle" spielte, war die Hamburger VV ein Nachzügler.

Es dürfte klar sein, was es bedeutet hätte, wenn wir der Kritikführung von KBB/KBG gefolgt wären: Wir wären nicht nur den fortgeschrittenen Hamburger Metall-Kollegen in den Rücken gefallen, hätten nicht nur sie daran gehindert, ihren Widerstand gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung zu entfalten, sondern wären mit der von KBB/KBG "angeratenen" Praxis auch den Metallern der anderen Bezirke in den Rücken gefallen (übrigens auch den anderen kommunistischen Gruppen).

Die Praxis, die uns KBB/KBG "vorschlagen", wäre durch und durch opportunistisch. Mehr noch, sie wäre objektiv genau das, was die Gewerkschaftsführung noch braucht, um weiterhin ihre Praxis vor den Arbeitern verschleiern zu können. Bekanntlich kann man die Praxis der Gewerkschaftsführung aber kaum als opportunistisch bezeichnen, sondern nur als reaktionär !

Zudem bietet die Praxis von KBB/KBG genau jenen "Linksopportunisten" die Angriffspunkte, die sie brauchen, um gegen die kommunistischen Organisationen des Metallbündnisses loszuwetzen, wie es im KND nun auch der Fall ist.

DIE VERENGUNG DES KLASSENKAMPS AUF DIE AUSEINANDERSETZUNG IN DER TK: DIE ANGST VOR DEN PROLETARISCHEN MASSEN

Offensichtlich ist es so, daß KBB/KBG den Forderungsvorschlag einer TK für den Ausdruck der Kampfkraft einer lokalen, bzw. regionalen Arbeiterschaft halten. So schreiben sie in ihrer SALZ-Kritik u. a.: "Selbst die 9- und 10-Prozentforderungen sind Ergebnisse von Kämpfen. Sie zeigen ein ungünstiges Kräfteverhältnis..." Tatsächlich sind aber die 9- und 10-Prozentforderungen nicht so sehr Ausdruck oder Ergebnis von Kämpfen, bzw. der Kampfbereitschaft einer regionalen Arbeiterschaft, sondern im Gegenteil: Es sind vielmehr Versuche der reaktionären Gewerkschaftsführung eben diese Kämpfe zu knebeln, zu verhindern, eine regionale Arbeiterschaft zu demoralisieren und zu entmutigen.

Richtig ist dagegen die Tatsache, daß es der reaktionären Gewerkschaftsführung zumeist noch gelingt, ihre Forderungsvorschläge durchzusetzen und richtig ist, daß dies ein Indikator der jeweiligen Kampfkraft der Arbeiterschaft - besser wäre zu sagen: ihrer augenblicklichen Schwäche - ist. Wichtiger für die Kommunisten jedoch ist wohl die Tatsache, daß die fortgeschrittenen Kollegen dagegen Widerstand leisten und daß dieser Widerstand wohl ebenso in die Bestimmung der Kampfkraft der Arbeiterklasse mit einzugehen hat. Und genau diesen Widerstand der bewußtesten Kollegen und Vertrauensleute gilt es zu unterstützen und nicht - à la KBB/KBG - zu hintertreiben, indem die Gewerkschaftsführung bei ihrem Versuch, ihre eigenen Vorschläge durchzusetzen, unterstützt wird. KBB/KBG betreiben hier eindeutig das Geschäft der reaktionären Gewerkschaftsführung. Mehr noch, indem sie dies als "Kommunisten" tun und ihr "Geschäft" mit "linker" Phraseologie abdecken, nehmen sie den Arbeitern die letzten Möglichkeiten, sich zu orientieren.

Auch weichen KBB/KBG von Punkt 8 unserer gemeinsamen Plattform ab. Dort nämlich heißt es richtig: "Die Tarifaueinandersetzungen müssen von den fortschrittlichen Kollegen zu einem weiteren (!) Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer und ihre Handlanger ausgeweitet (!) werden mit dem Ziel, die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen: Kampf gegen das Kapital heißt für die fortschrittlichen Kollegen notwendig (!) zugleich (!) gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer, die sich im Kampf des Proletariats gegen das Kapital längst auf die Seite des Kapitals geschlagen haben". (Alle Vorhebungen von uns)

Daß bei der Entfaltung des Widerstandes gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer, bei deren Versuchen ihre Forderungsvorschläge in den Betrieben durchzusetzen, keine "Hauptagitationslinie gegen Gewerkschaftsführung und SPD-Regierung" entwickelt werden darf ist hierbei zunächst noch einmal eine ganz andere Frage. Natürlich müssen diese Ak-

tivitäten der Gewerkschaftsführung samt ihrem Nachtrab von rückschrittlichen Betriebsräten als Veräußerung kapitalistischer Tarifpolitik, bzw. Klassenpolitik kenntlich gemacht werden.

Forderungsvorschläge der TK's und wohlmöglich im späteren auch noch die (überstaatlich-politische Schlichtung, Bestechung von Gewerkschaftsfunktionären etc.) "erzielten" Tarifabschlüsse so banal als "Ergebnisse von Kämpfen" oder Ausdruck der Kampfkraft der Arbeiterklasse hinzustellen mit dem Hinweis auf ein eben "ungünstiges Kräfteverhältnis", zeugt allerdings von einem recht plumpen und platten "Verständnis" der Tarifpolitik, mit der wir es hier zu tun haben und bedeutet wohl auch, die tatsächliche Kampfkraft der Arbeiter zu unterschätzen, bzw. zu mißachten und herunterzuspielen! "Der Einfluß von in den Betrieben aufgestellten Forderungen, von Demonstrationen, Streiks usw. auf die tatsächlichen Abschlüsse bleibt gering, kann aber nicht außer acht gelassen werden. In die kapitalistische Tarifpolitik geht die Kampfbereitschaft der Arbeiter als eine wichtige Nebengröße ein". (EKE, Nr. 2/3 - 2. Jahrgg., S. 11).

Obgleich sich dieser Hinweis auf die "tatsächlichen Abschlüsse" bezieht, ist er natürlich auch auf solche Forderungsvorschläge zu beziehen, die in der Art und Weise zu stande kommen, wie es in Hamburg der Fall war.

Um uns hier aber nicht weiter in den meisten Genossen bereits bekannten Ausführungen unsererseits über die Fragen der kapitalistischen Tarifpolitik zu ergehen, empfehlen wir, unsere Ansichten zu diesem Thema (in Verbindung mit unserer ersten vorläufigen Auswertung der Chemie-Kämpfe) in der oben angegebenen EKE nachzulesen.

Aus dem uns inzwischen zugeleiteten Antwortschreiben des KBB an den KAB-HH (vgl. R.S.Nr. 7), wird ein weiterer entscheidender Fehler aus der opportunistischen Trickkiste des KBB deutlich. Hier wird sehr deutlich, wie KBB sich bemüht, den Klassenkampf auf die Auseinandersetzungen z.B. in eine TK einzuziehen. Das Ergebnis solcher Auseinandersetzung in der TK, wo einige sehr wenige fortschrittliche Kollegen einer großen Anzahl reaktionärer haupt- und ehrenamtlicher Funktionäre und einer gewissen Anzahl (zumeist bestochener) Betriebsräte gegenübersteht, wird von KBB naßforsch als quasi unabhängiges Terrain verstanden, in dem einerseits die Kampfkraft der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht wird durch das Bemühen weniger fortschrittlicher Kollegen, der Linie der Arbeiterklasse dort den Durchbruch zu verschaffen und in dem dort andererseits gewisse reaktionäre Funktionäre sich bemühen, die "Linie der Bourgeoisie durchzusetzen".

Die Vorstellungen des KBB gerinnen zu einem Bild (kleinbürgerlicher Intellektueller), das dann ungefähr so aussieht: In der Mitte ein Sportplatz, genannt: TK. Auf der linken Seite die proletarischen Massen... als Zuschauer natürlich. Rechts davon die Kapitalistenklasse... eben-

falls als Zuschauer. Die Zuschauer feuern ihre jeweiligen Stellvertreter-Kämpfer an. Für das Proletariat kämpfen stellvertretend einige Kommunisten für die Bourgeoisie die reaktionären Funktionäre und rückschrittlichen Betriebsräte. Das Ergebnis des Kampfes in der TK ist Ausdruck für das Kräfteverhältnis der beiden Klassen. Und da man fair-play macht, ist das Ergebnis der TK für beide Seiten verbindlich.

Den Vorstellungen des KBB liegt die irriige Annahme zugrunde, daß es der Arbeiterklasse möglich sein wird, in den TK's Siege zu erringen, die eine auf den Kampf der Arbeiterklasse rückbezügliche Relevanz haben. Denn bevor eine TK von den Kommunisten erobert sein wird (angenommen daß so etwas überhaupt möglich sein wird), wird es der Gewerkschaftsführung schon lange gelungen sein, über bürokratische und statutenmäßige Tricks eine Situation zu schaffen, in der es ihr dann wieder allein möglich sein wird, solche Forderungen zustande zu bringen, die den Interessen der Bourgeoisie dienen. Eine mögliche Eroberung von TK's durch die Kommunisten, kommt deren funktionaler Bedeutungslosigkeit für die Klassenausgleichung gleich. Auch hier zeigt sich wieder einmal, wie wenig KBB begriffen hat, den Kampf um die Gewerkschaften zu führen und mit welcher unsinnigen Illusionen diese Leute in ihren Don-Quichotterie-Kampf ziehen (vergl. den Standpunkt der KBB/KBG-Gen. zur Gewerkschaftsopposition).

Wir meinen, daß KBB selbst schon Argumente genug liefert, um die Unsinnigkeit seiner Vorstellungen zu entlarven. So weisen sie an anderer Stelle selbst darauf hin, daß der IGM-Vorstand durch Satzungsstricks (für den KBB: Satzungsbestimmungen) die Forderung der Klöckner-TK von 16 % auf 11 % gedrückt hat. Folgt man auch in diesem Punkt der KBB-Logik, ist die so zustandegekommene 11 %-Forderung der Klöckner-Arbeiter Ausdruck eben ihrer Kampfkraft, und alle die Kollegen - und das werden bei Klöckner wohl eine ganze Menge sein - die mit dieser Regelung nicht sonderlich einverstanden sind und nicht - à la KBB - sofort diese 11 % als ihre eigentliche Forderung herausposaunen, werden dann wohl - so will es KBB - damit "aus dem Kampf der Arbeiterklasse aussteigen".

Im Gegensatz zur Annahme des KBB, hat die Auseinandersetzung der wenigen fortgeschrittenen Kollegen mit den reaktionären Funktionären in der TK, genau die Funktion für die Gewerkschaftsführung, der Arbeiterklasse später vorzuspiegeln, es sei "vorher gekämpft und diskutiert" und die "verschiedenen Argumente miteinander abgewogen" worden. KBB/KBG versuchen jetzt den Mitgliedern der Aktionseinheit, genau den gleichen Unsinn aufzuschwatzen.

Sowohl der Gewerkschaftsführung, als auch offensichtlich dem KBB/KBG liegt bei ihren Versuchen, die Auseinandersetzungen in der TK den Arbeitern als Ergebnisse von "Kämpfen", von "Diskussionen" - beim KBB sogar: als Ergebnis von "Klassenkämpfen" aufzuschwatzen, die Angst vor den proletarischen Massen zugrunde. An dieser Frage wird der Klassenstandpunkt sichtbar.

Natürlich müssen die Kommunisten in allen Gewerkschaftsgremien - und natürlich auch in den TKs - den Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer aufnehmen, um deren Praktiken zu entlarven. Dies muß dann in die Betriebe per Agitation zurückgeleitet werden, um die Masse der Arbeiter aufzuklären. Das ist schon deshalb wichtig, um zu verhindern, daß die Auseinandersetzungen in den Gremien (der TK) von der Gewerkschaftsführung in ihrem Sinn ausgenutzt werden kann. Völlig idiotisch aber ist es, die Kämpfe der Arbeiterklasse auf die Auseinandersetzungen in einer TK einengen zu wollen (als Stellvertreterkampf!), und noch idiotischer ist es, die Ergebnisse der TK-Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse als Ausdruck eben ihrer Kampfstärke zu "vermitteln", statt die Praktiken, Schliche und Tricks der Gewerkschaftsführung in der Arbeiterklasse bekannt zu machen, um den Kampf der Arbeiter weiter zu entfalten (ehrliehe Empörung!!) "zu einem weiteren Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer und ihre Handlanger" (Plattform, Punkt 8).

Nun noch einmal zurück zur Frage des 10 %-Forderungsvorschlag der Hamburger TK: Wir hatten schon darauf hingewiesen, daß KBB/KBG der Meinung sind, daß wir die 10 % sofort nach Bekanntgabe als Minimal-Forderung hätten propagieren sollen. Nachdem wir jetzt verschiedene Fehlpositionen des KBB beleuchtet haben, wird auch deutlich, warum die KBB/KBG-Gen. derartige Vorstellungen für korrekt halten. Für sie ist nämlich dieser Forderungsvorschlag direkte Veräußerung des realen Kräfteverhältnis der beiden großen Klassen in Hamburg: 10 % sind von der TK gefordert worden, das entspricht eben der Kampfkraft der Hamburger Arbeiter. Wenn diese Kampfkraft stärker wäre, wäre die Forderung auch automatisch höher gewesen und damit basta! Also haben die Kommunisten auf dieser Grundlage den realen Kampf anzuleiten. Kritik an den 10 % kommt einer Kritik am realen Kräfteverhältnis der Klassen gleich, bedeutet Kritik von außen an den Arbeitern, an ihrer Kampfbereitschaft. Ergo: das SALZ gehört nicht zur Arbeiterklasse, ist aus dem Kampf der Arbeiterklasse ausgestiegen.

Eine wirklich "schlüssige" Argumentationskette, nicht wahr?

Wir wollen einmal diese "klaren" und "ganz unkomplizierten" Gedankengänge der KBB/KBG-Gen. weiterspinnen und auf den zu erwartenden Abschluß von 7,5 % (oder darunter) beziehen. Dies müßte dann ungefähr so lauten: Bei 7,5 % wurde abgeschlossen, also entspricht die Höhe dieses Abschlusses der realen Kampfkraft der Arbeiterklasse. Mehr hat sie eben nicht verdient. Hätten die Arbeiter mehr gekämpft, wäre der Abschluß eben höher ausgefallen. Eine Kritik am Abschluß ist konterrevolutionär, weil sie einer Kritik (von außen) an der realen Kampfkraft der Arbeiterklasse gleichkommt. Statt zu kritisieren, sollte man sich in Zukunft lieber ein wenig mehr beim realen Kampf anstrengen!

Wir glauben nicht, daß diese Plattheiten von KBB und KBG geeignet sind, den Kampf der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften unter den Bedingungen des Imperialismus anzuleiten, vielmehr glauben wir, daß KBB und KBG die Kampfbedingungen der Arbeiter in imperialistischen Ländern nicht kennen.

GEWERKSCHAFTSOPPOSITION - EIN MITTEL DER SPALTUNG?

Entsprechend der Demagogie der DKP gegen uns, bezüglich des notwendigen Aufbaus starker Gewerkschaftsoppositionen, ist die "Kritik" von KBB/KBG, auch in dieser Frage. In der von uns propagierten Notwendigkeit (und in verschiedenen Bereichen schon eingeleiteten Praxis) des Aufbaus starker Gewerkschaftsoppositionen (was nichts mit der fehlerhaften und sektiererischen RGO-Politik zu tun hat), bzw. - was nur eine andere Formulierung ist - dem Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition, wittern KBB/KBG einen Versuch des SALZ, die Gewerkschaften zu spalten. Vom Standpunkt der reaktionären Gewerkschaftsführung aus gesehen, mag dies durchaus richtig sein. Doch dies ist natürlich nicht unser Standpunkt und auch nicht der der Arbeiterklasse. Der notwendige Aufbau einer starken Gewerkschaftsopposition ist kein Mittel der Spaltung der Gewerkschaften, sondern im Gegenteil, die einzig wirksame Verhinderung einer Spaltung der Gewerkschaften durch die reaktionären Gewerkschaftsführer, die schon jetzt durch Versuche der Isolierung und des Ausschlusses fortschrittlicher Kollegen ihren Beginn findet! Da der Kampf der Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kollegen um die Gewerkschaften notwendig verknüpft sein muß mit dem Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer, bleibt überhaupt gar keine andere Möglichkeit, als möglichst frühzeitig an den Aufbau einer starken Gewerkschaftsopposition zu gehen. Der Verzicht auf den Aufbau einer starken Gewerkschaftsopposition bedeutet nichts anderes, als den Verzicht auf den Kampf um die Gewerkschaften. Verzichtet man auf kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften oder den Aufbau einer starken Gewerkschaftsopposition (was nur die Form der Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kollegen auf Gewerkschaftsebene in ihrem Kampf um die Gewerkschaften gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer ist), "arbeitet" aber dennoch innerhalb der Gewerkschaften, so bleibt einem natürlich und letztendendes auch nichts anderes übrig, als im Sumpf des Opportunismus dort zu versinken. Auf diesem Weg kommt man dann zu einer Politik, wie der des KBB, die sich bemüht, ihrer örtlichen Gewerkschaftsführung die "Drekarbeit" abzunehmen und die Masse der Kollegen zu verwirren, indem von einem Tag auf den anderen und ohne entsprechende Ausweisung vor den Kollegen, die Forderung der Gewerkschaftsführung als die Forderung der Arbeiterklasse vor den Kollegen hingestellt wird. Auf diese Weise werden die Arbeiter kaum erkennen können, daß die Kommunisten so etwas wie die

bewußtesten Vorkämpfer der gemeinsamen Sache sind. Offensichtlich ist es so, daß KBB/KBG unter dem "Kampf um die Gewerkschaften" etwas ganz anderes verstehen als die Kommunisten. Für die Kommunisten bedeutet nämlich der Kampf um die Gewerkschaften der Kampf um die Mehrheit der Arbeiter (Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Kollegen hauptsächlich, aber nicht nur). Für KBB/KBG scheint "Kampf um die Gewerkschaften" Kampf um den Apparat der Gewerkschaften, um ihre Bürokratie etc. zu bedeuten. Die arbeiterfeindliche Bürokratie der Gewerkschaften aber ist eine objektiv notwendige Erscheinungsform unter den Bedingungen des Imperialismus und verschwindet erst mit diesem selbst! Der Apparat der Gewerkschaften ist für die Kommunisten nicht zu erobern und auch nicht umzufunktionieren.

DAS DURCHSETZEN EINER LOHNFORDERUNG : EIN POLITISCHER KAMPF ODER EINE STATUTENFRAGE ?

Eine weitere revisionistische Fehlposition des KBB offenbart sich in dessen Antwortschreiben an den KAB-HH : Auf den Hinweis des KAB-Hamburg (in dessen Brief vom 3. September), daß "bei der Herausgabe des METALL-ARBEITERS nicht davon ausgegangen werden (konnte), daß die Forderung der TK in der Hamburger Arbeiter-schaft "durchgesetzt" gewesen wäre", was der KAB-HH mit Hinweis auf Kritiken und Beschlüsse Hamburger VLK's belegte, antwortet KBB naseweis mit den Statuten der IGM: "Beschlüsse der Tarifkommissionen sind verbindlich für alle Mitglieder der entsprechenden Gewerkschaft in dem bestimmten Tarifbereich".

Kann denn der KBB nicht begreifen, daß das Problem des "Durchsetzens" keine Statutenfrage ist (ebensowenig wie der Klassenkampf) sondern eine politische Frage (also Machtfrage!), nämlich die, ob es der Gewerkschaftsführung gelingt, die am Ort entscheidenden VLK's auf eine bestimmte Lohnforderung zu vereinheitlichen, oder will KBB die Mitglieder der Aktionseinheit für dumm verkaufen? Am Ende des hier zitierten Absatzes, wird dann auch klar, daß für KBB/KBG ein Forderungsvorschlag dann als durchgesetzt zu betrachten ist, wenn der Ortsvorstand der IGM den TK-Vorschlag bestätigt hat ("Ihre Beschlüsse müssen nur noch vom Vorstand bestätigt werden, ...")

Die derzeit "leitenden" Genossen des KBB/KBG sollten ihr Jurastudium in Ruhe beenden, aber nicht mehr die Arbeiterklasse mit ihren Naseweisheiten und "Ratschlägen" belästigen.

Bei alledem gaben wir uns natürlich keineswegs der trüben Hoffnung und Illusion hin, daß es uns gelingen könnte, die Durchsetzung des 10 %-Vorschlages in den Betrieben durch die Gewerkschaftsführer zu verhindern. Im Gegenteil: Wir waren uns bisher in jeder Phase der Auseinandersetzung darüber im klaren, daß es der Gewerkschafts-

führung gelingen wird, sich durchzusetzen. Aber daraus haben wir keineswegs eine kapitulantenhafte Praxis für uns selbst abgeleitet, und wir sehen auch jetzt noch keinen ernsthaften Grund, warum wir es der Gewerkschaftsführung besonders leicht machen sollen, wenn sie die Interessen der Arbeiter verrät. Im Gegenteil, gehen wir davon aus, daß es sowohl für den anstehenden Lohnkampf, als auch für unsere längerfristige Politik (z.B. Aufbau einer starken Gewerkschaftsopposition) richtig ist, wenn möglichst viele Kollegen die Verräterei der Gewerkschaftsführung erkennen. Daraus leitet sich durchaus keine Resignation in der Arbeiterklasse ab, wie das Erkennen der eigenen Klassenlage durch die Arbeiter, sowie das Erkennen des Weges, diese zu verändern (Verrat der Gewerkschaftsführung - Aufbau starker Gewerkschaftsopposition) nicht zur Resignation führen muß, sondern durchaus zum Klassenkampf führt, wenn es den Kommunisten gelingt, den Kampf ihrer Kollegen zu unterstützen und voranzutreiben.

Weil wir jedoch von Anfang an die Einschätzung hatten, daß der 10 %-Forderungsvorschlag der Hamburger TK in der Hamburger Arbeiterschaft durchgesetzt werden würde, meinten wir, daß es für uns - beim derzeitigen Kräfteverhältnis - nicht so sehr darauf ankommt, gegen diese 10 % anzustärken (schließlich sollten wir diese 10 % ja gemäß gemeinsamer Plattform - später zu unserer Kampfgrundlage - als Minimalforderung - machen), sondern in unserer AP vielmehr aufzuzeigen ist, wie und auf welche Weise dieser 10 %-Forderungsvorschlag zustande gekommen ist. Genau dies versuchten unsere Metall-Gen. in dem Rundschreiben Nr. 3, Seite 2 mit der Formulierung klarzumachen: "Unsere Hauptagitationslinie richtet sich nicht gegen die 10 %-Forderung, sondern wir wollen bei den Kollegen ehrliche Empörung wecken. Die 10 %-Forderung tritt in den Hintergrund im Vergleich zur Entlarvung der Gewerkschaftsführung, der Politik der SPD-Regierung und deren Betrug an der Arbeiterklasse."

Wir sind schon der Meinung, daß diese Formulierung (wie übrigens auch eine Menge anderer Formulierungen in verschiedenen Rundschreiben) ziemlich "schlüpfrig" ist und leicht die Grundlage für Mißverständnisse sein kann, aber wir meinen gleichzeitig, daß schon allerhand Ignoranz gegenüber der Politik unserer Organisation dazu gehört, uns daraus den Vorwurf machen zu wollen, wir würden Nebenwidersprüche (den zwischen Arbeiterklasse und Gewerkschaftsführung und den zwischen Arbeiterklasse und SPD-Regierung) zum derzeitigen Hauptwiderspruch erklären, und daran entlang unsere Hauptagitationslinie entwickeln wollen. Als Beweis für eine derartige Unterstellung, reicht eine etwas mißlungene Formulierung in einem internen Papier nun einmal nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn die so angegriffene Organisation eine umfangreiche AP-Arbeit leistet (KAZ, Branchen- und Betriebszeitungen), in denen derartiger Unsinn wohl kaum zur politischen Linie unserer Organisation gemacht worden ist. Zudem verweisen wir insbesondere auch noch auf unsere theoretisch-politischen Äußerungen, gerade in dieser Frage, nämlich ein-

mal in der sog. "Superlinkenbrochure" von uns und den KAB-Gen. und zum anderen in unserer letzten EKE.

DIE POLITISCHEN FEHLER VON KBB/KBG

Es scheint uns angebracht zu sein, die unserer Meinung in dieser Auseinandersetzung sichtbar gewordenen wesentlichen Fehler des KBB/KBG noch einmal kurz zusammenzufassen:

- 1.) Verengung des Klassenkampfes auf die von der Gewerkschaftsführung manipulierbaren Auseinandersetzungen in einer TK als typischer Ausdruck der Angst vor den proletarischen Massen. Im Gefolge dieses Fehlers, Täuschung der Arbeiterklasse über den Charakter von Auseinandersetzungen in einer TK und Verbreitung von Illusionen über den von der Arbeiterklasse zu führenden Klassenkampf.
- 2.) Falsches Verständnis über den Charakter des Gewerkschaftsapparates, der für die Kommunisten als Apparat niemals zu gewinnen ist. Im Gefolge dieses Fehlers opportunistische Gewerkschaftspraxis (Maulwurf-taktik) statt Aufbau einer starken Gewerkschaftsopposition als Form der Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kollegen im Kampf gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung um die Gewerkschaften.
- 3.) Reduzierung des Kampfes der fortschrittlichen Kollegen gegen den Einfluß der reaktionären Gewerkschaftsführer und rückschrittlichen Betriebsräte (der ein politischer, also ein Machtkampf ist) auf Statutenfragen. Im Gefolge dieses Fehlers Hinterdreintraben hinter der Politik der Gewerkschaftsführung und Übernahme der Funktion, die Politik der Gewerkschaftsführung den Arbeitern mit "linker" Phrasologie schmackhaft zu machen.
- 4.) Falsches Verständnis vom "Kampf um die Gewerkschaften", der für Kommunisten nicht Kampf um den Apparat, sondern Kampf um die Mehrheit der Arbeiter ist. Im Gefolge dieses Fehlers falsches Verständnis über den Charakter der Auseinandersetzungen in verschiedenen Gremien der Gewerkschaftsbürokratie (damit sind wir wieder bei Punkt 1.)

Insgesamt beruht Politik und Praxis von KBB/KBG auf einem in sich relativ geschlossenen System rechtsopportunistischer Fehlpositionen. Trotz "linker" Akrobatik, liegt Politik und Praxis des KBB/KBG rechts "neben" der Politik der DKP, die in ihren AP-Materialien zumindest den Arbeitern erklärt: "Die Tarifkommissionen in Hamburg und Schleswig-Holstein haben sich für eine Lohnforderung von 10 % in der Lohnrunde 71 der IG-Metall entschieden. Sicherlich haben sich die Mitglieder der Tarifkommissionen nicht auf die Beschlüsse der Vertrauensleute (...) gestützt! Das Eingehen auf eine Lohnforderung von 10 % ist augenscheinlich ein Eingehen auf die Schillerschen Lohnleitlinien -

ist also eine politische Entscheidung! Sie ist genau so politisch, wie die Schlichtung in der Chemie.

Eine solche politische Entscheidung hilft weder den Arbeitern und Angestellten (...) und schon gar nicht den Gewerkschaften. SIE HILFT DEM GROSSKAPITAL UND DESHALB IST SIE FALSCH!" ("Karl-Marx-Platz", Ortszeitung der DKP Elmshorn)

"In der gegenwärtigen Situation noch wenig entfalteter Kämpfe der Arbeiterklasse bedeutet dabei der rechte Opportunismus die Hauptgefahr für die Entwicklung der politischen und ideologischen Selbstständigkeit der Arbeiterklasse." (aus Punkt 9 unserer gemeinsamen Plattform). Es dürfte klar sein, welche Organisationen bisher

in Politik und Praxis von der gemeinsamen Plattform abgerückt sind. Wir meinen auch nicht, daß es sich hierbei um tendenzielles Abgleiten von dem einen oder anderen Punkt unserer Plattform handelt. Vielmehr - so meinen wir - verbirgt sich hinter dem System rechtsopportunistischer Fehlpositionen des KBB/KBG ein anderes Klassenstandpunkt und damit ein anderes "Grundverständnis" von Präambel und Plattform insgesamt, wie auch ihren einzelnen Positionen. Die Fähigkeit von KBB/KBG die einzelnen Formulierungen der Plattform zur Bemäntelung rechtsopportunistischer Politik und Praxis zu verwenden, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen.

SELBSTKRITIK VON SALZ UND KAB HAMBURG DER METALL-PLATTFORM

aus: Rundschreiben zur Metall-Aktionseinheit
Nr. 8, 24.9.74

Die kommunistischen Zirkel sind in die Metall-Runde mit einem "Forderungspaket" hineingegangen (u. a. mindestens 120,- DM, Absicherung der Effektivlöhne), um dieses als "eine einheitliche Forderung in den Betrieben (zu propagieren) (Plattform). Diese Forderungen wurden von uns, aus einer nicht näher ausgewiesenen "Einschätzung der Kräfteverhältnisse" für richtig gehalten.

Da wir dieser "Einschätzung" nicht voll trauten, wurde die Möglichkeit anderer - von unserem "Paket" abweichender Forderung - in Erwägung gezogen. Für diesen Fall legten wir fest:

"Sollten aus den Betrieben heraus anderslautende einheitliche Forderungen aufgestellt werden, oder sollte die IGM-Führung Forderungen in der Arbeiterklasse durchsetzen, werden wir diese aufnehmen und unterstützen." (Plattform)

Dieser Taktik folgend, hatten die Organisationen der AE hintereinander zunächst drei verschiedene Forderungen in die Arbeiterklasse zu tragen:

1. Vor Aufstellung konkreter Forderungen der Metaller, das "Forderungspaket" der AE
2. dann die aus den Betrieben kommenden fortschrittlichen Forderungen
3. und schließlich die in der Arbeiterklasse "durchgesetzten" Forderungen der IGM-Führung

Ein solches Vorgehen erscheint uns - nachträglich betrachtet - an sich schon fragwürdig und für die Arbeiterklasse verwirrend. Besonders auch deshalb, weil unsere ursprünglichen Forderungen - "mindestens 120 Mark für alle" - sich nicht an der ökonomischen Situation und Bedürfnislage der Metaller orientierte (sonst hätte die Forderung wohl doch höher sein müssen), sondern an dem, was wir recht vorlaut (nämlich ohne vereinheitlichte Analyse) für das "Kräfteverhältnis" und die "Kapitalbewegungen" hielten.

Was bedeutet es, wenn wir in der Plattform festlegten, wir würden in der AP "konkrete, an den Kapitalbewegungen orientierte Kampfziele" vertreten (Plattform, Punkt 4)?

Es bedeutet ein Herabsinken auf die Demagogie der Gewerkschaftsführer, wonach wegen Konjunktur etc. "einfach nicht mehr so viel drin ist wie vorges Jahr" usw.

Was bedeutet der Hinweis auf unsere "Einschätzung des Kräfteverhältnisses"?

Es bedeutet, daß wir unsere ganz und gar subjektiven Vorstellungen über den Stand der spontanen Arbeiterbewegung ("na, was werden die Kollegen denn wohl so fordern...?") zur Grundlage unserer Ausgangsforderungen machten.

Zusammenfassend muß selbstkritisch festgestellt werden, daß wir mit einem Forderungs-Paket an die Metaller herantreten sind, daß wir zwar für taktisch ausgewiesen hiel-

ten, ohne es jedoch aus der ökonomischen Situation und Bedürfnislage der Metaller heraus wirklich argumentativ absichern zu können.

Die Praxis zeigte, daß die aus den Betrieben kommenden fortschrittlichen Forderungen zum Teil über unseren Ausgangsforderungen lagen, während dann die TK's mit Forderungen um 10% auftraten, d.h. unterhalb unserer Ausgangsforderungen.

Die Mitglieder der AE waren nun - der Linie der Plattform folgend - in der peinlichen Lage, nach anfänglicher AP für unsere Ausgangsforderungen und dann der Aufnahme fortschrittlicher Betriebs-Forderungen, zu "guter Letzt auch noch die TK-Forderungen "aufnehmen und unterstützen" zu müssen.

Einige Organisationen haben gemeint, sich aus dem Dilemma zu ziehen, wenn sie die TK-Forderungen als sogenannte "Mindestforderungen" propagieren. Auch das SALZ ist in der Metall-AP so verfahren.

Aber: Was heißt "Mindestforderung"? Jeder Arbeiter weiß recht gut, daß er im Tarifkampf niemals Mindestforderungen aufstellt, sondern Höchstforderungen, von denen er gewöhnlich noch gewisse Abstriche zu machen hat, wenn der Abschluß zustande kommt. Mindestforderung würde heißen: womöglich und am liebsten noch mehr, als wäre der Kapitalist am Ende gar willens, die Forderungen heraus-, statt vielmehr herunterzuhandeln.

Wenn die TK eine 10%-Forderung aufstellt, so werden die Arbeiter selbst bei großer Kampfstärke nicht damit rechnen diese Forderung durchzusetzen, sondern werden z.B. auf einen 9 oder 8%igen Abschluß rechnen. Die IGM-Führer geben als Faustregel an, ca. 75% ihrer Forderungen durchsetzen zu wollen und das dürfte auch in etwa den Erwartungen der Arbeiter entsprechen - worin sowohl die Ideologie der Sozialpartnerschaft eingeht ("jede Seite muß etwas nachgeben") wie auch das Bewußtsein von der Notwendigkeit, im Kampf Kompromisse einzugehen.

Der Begriff "Mindestforderung" ist nichts weiter als unsinnig, und in seiner tatsächlichen Auswirkung sogar demagogisch, weil er falsche Vorstellungen über den weiteren Verlauf der Tarif - Auseinandersetzungen weckt.

Geradezu ein Witz (aber ein schlechter!) ist es, wenn dann von den Demagogen des KBB/KBG behauptet wird, das SALZ wolle "den Arbeitern in den Rücken fallen", weil es die 10% - Forderung der TK Hamburg nicht sofort als "Mindestforderung" propagiert hat.

Denn die Propaganda der 10% als "Mindestforderung" muß im Ergebnis gerade zu Enttäuschung und Resignation beitragen, wenn diese "Mindestforderung" dann im Abschluß noch (erheblich?) unterschritten wird.

Von verschiedener Seite wurde nicht nur die TK - Forderung als "Mindestforderung" propagiert, sondern dieser Punkt rückte geradezu an die erste Stelle in der AP. Nahezu "enthusiastisch" wurde von den Arbeitern verlangt, mit dieser Forderung in den "einheitlichen Kampf" zu ziehen (vgl. KBB - Flugblätter).

Dieser Art und Weise, eine TK - Forderung zu propagieren, liegt im allgemeinen die falsche Einschätzung zugrunde, daß die Propagierung der 10% - Forderung die Streikbereitschaft der Arbeiter weiter entfalten könnte. Von den Revisionisten im KBB wird diese falsche Einschätzung noch abgestützt durch das Aufstellen einer ganz besondern "Theorie", nämlich der, daß die TK - Forderung der jeweils "realen Kampfkraft" einer lokalen oder regionalen Arbeiterschaft entspreche und schon deswegen von den Kommunisten "fleißig" unterstützt und propagiert werden müßte.

Unserer Erfahrung nach ist aber keine - egal wie hohe Forderung - geeignet, die Arbeiter in den Streik zu führen. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter wird keineswegs durch das Aufstellen einer bestimmten Lohnforderung entfaltet. Ob ein Betrieb streikt oder nicht wird allein durch das politische Bewußtsein der Belegschaft, insbesondere des harten Kerns im Betrieb, bestimmt. So ist es z.B. in Hamburg so, daß - falls es zu Streik - Aktionen kommen wird - gerade diejenigen Betriebe streiken werden, die vorher schon 15% gefordert hatten und dafür auch streikbereit waren, dagegen die Masse derjenigen Betriebe, deren "Vertreter" so schnell die TK - Forderungen akzeptierten, für einen Streik sowieso nicht vorgesehen sind. In keinem Fall läßt sich feststellen, daß das Aufstellen der 10% in Hamburg geeignet war, weitere Belegschaften streikentschlossen zu machen. Die gleiche Erfahrung haben wir während der Chemie - Streiks gemacht, wo die Hamburger Kollegen für 11,9% vollgestreikt hatten. Unserer Einschätzung nach hätten die gleichen Betriebe auch für 15% oder für 10% gestreikt.

Wichtig dagegen scheint es uns zu sein, die aufgestellten und in der Diskussion befindlichen Forderungen zu kommentieren, indem sie konfrontiert werden mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten etc. und den Kollegen aufzuzeigen, was die gegebenen Forderungen für sie bedeuten. Als ein Beispiel dafür kann der METALLARBEITER Nr. 2 und auch der HAFENARBEITER Nr. 1 des SALZ - HH oder der METALLARBEITER Nr. 1 der BPG - Aachen zählen.

Zusammenfassend sollte sich aus dieser kurzen Selbstkritik folgendes Vorgehen für die Zukunft ergeben:

- 1.) Es kann nicht Aufgabe der Kommunisten sein, besondere "Forderungspakete" nach Augenmaß ("Einschätzung des Kräfteverhältnisses") aufzustellen und zu propagieren. Die Kommunisten müssen vielmehr in der AP wissenschaftlich deutlich machen, wie sich die ökonomische Lage der Arbeiter entwickelt (und in welchem Verhältnis das zur Politik steht) und wie sich ferner die Situation der Arbeiterbewegung darstellt - das Aufstellen konkreter Forderungen sollte aber den Arbeitern selbst überlassen bleiben.

Sehr anschaulich läßt Lenin dazu in "Was tun?" einen Arbeiter sprechen:

"Wozu diese nutzlose Geschäftigkeit, meine Herren, ihr mischt Euch allzu eifrig in Dinge ein, mit denen wir allein fertig werden, und drückt Euch vor der Erfüllung eurer wirklichen Pflichten, ... Ist doch unter uns, den Arbeitern, die ihr alle unterstützen wollt, indem ihr konkrete, greifbare Resultate verheißende Forderungen formuliert, diese 'Aktivität' bereits vorhanden, und wir selber stellen in unserer täglichen gewerkschaftlichen Kleinarbeit diese konkreten Forderungen häufig ohne jede Hilfe von Intellektuellen auf. Aber eine solche Aktivität genügt uns nicht; wir sind keine Kinder, die man mit dem Brei der 'ökonomischen' Politik allein abspesen kann; wir wollen all das wissen, was auch die andern wissen, wir wollen alle Seiten des politischen Lebens gründlich kennenlernen und aktiv an jedem politischen Geschehnis teilnehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Intellektuellen uns weniger das wiederholen, was wir schon selber wissen, dafür aber uns mehr davon vermitteln, was wir noch nicht wissen, was wir aus unserer Fabrik Erfahrung und 'ökonomischer' Erfahrung nie lernen können, nämlich politisches Wissen."

- 2.) Die aus den Betrieben und gewerkschaftlichen Organen kommenden fortschrittlichen Forderungen sind in die AP aufzunehmen. Jedoch sollte das nicht in der demagogischen Form geschehen, wie sie etwa die DKP - Führer zuletzt betrieben ("da hat schon wieder ein Betrieb 15% gefordert" etc.), sondern der konkrete Hintergrund dieser Forderung muß sichtbar gemacht werden: Kampfstärke im Betrieb, Tarif - Situation etc. usw., um das Verständnis und Wissen der Arbeiter über ihre Klassensituation zu stärken.
- 3.) Hat die TK ihre Forderung gestellt, so ist diese vor dem Hintergrund der ökonomischen Lage der Arbeiter (steigende Preise, Steuern etc.) einzuschätzen und darzulegen sowie politisch als Ergebnis der Lohnleitlinien und der Konzentrierten Aktion darzustellen. Die spontanen Äußerungen der Arbeiter aus den Betrieben zur TK - Forderung sind in die AP aufzunehmen.
- 4.) Selbstverständlich kann im Tarifkampf nur die reale gewerkschaftliche Forderung Grundlage des Kampfes sein (da die Arbeiterklasse zur Zeit nicht in der Lage scheint, abwegliche Forderungen der TK nachträglich zu korrigieren). Die kommunistischen Kader im Betrieb werden also dazu beitragen müssen, den Kampf auf dieser Basis zu organisieren. In der AP sollte aber auch die weitere Entwicklung vorbereitet werden, d.h. auf den zu erwartenden "Verrat" (dieses Wort gibt die Sache nicht sehr gut wieder) der Gewerkschaftspitze muß von vornherein hingewiesen werden mit der Perspektive einer Arbeiterpolitik in den Gewerkschaften.

SALZ-Hamburg KAB-Hamburg

AUS DER STELLUNGNAHME DES BKA FREIBURG ZUR AKTIONSEINHEIT

Genossen,

Wir halten eure Initiative zu einem einheitlichen Vorgehen der kommunistischen Zirkel in der Metall-Tarifrunde für richtig. Wir glauben, daß es ein Fortschritt ist, wenn die kommunistischen Organisationen in der BRD zu konkreten Anlässen mit einheitlicher Agitation und unter einheitlichen Parolen auftreten. Zudem halten wir die Diskussion um die Einschätzung der Situation, bezogen auf reale Auseinandersetzungen für ein wichtiges Moment im Prozeß der Vereinheitlichung der kommunistischen Zirkel in der BRD. Deshalb möchten wir auch an weiteren Konferenzen der 11 Organisationen teilnehmen.

Wir sind auch der Meinung, daß die in dem Papier angegebene Richtung in wesentlichen Punkten richtig ist.

Gegen die allseitigen Angriffe der Bourgeoisie, den Kampf auf allen Ebenen führen, keine Einengung von Agitation und Propaganda auf den Lohnkampf. Hauptfeind ist auch im Lohnkampf die Bourgeoisie und nicht die SPD-Gewerkschaftsführung.

Allerdings können wir dem Arbeitspapier in der vorliegenden Form aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

1. Falsch ist unserer Einschätzung nach die undifferenzierte Aussage einer "Lösung der Arbeiterklasse von der SPD", bzw. einer "Tendenz zur Lösung der Arbeiter von der Sozialdemokratie". Wir meinen, daß zu unterscheiden ist zwischen der SPD als Partei des Monopolkapitals und der sozialdemokratisch-reformistischen Ideologie und Politik, deren Träger im Betrieb große Teile der aktiven Gewerkschaftler sind. Diese Gruppe, die die Arbeiterklasse in den Betrieben derzeit politisch vertritt, ohne daß sich die Masse der Arbeiter von ihnen vertreten fühlt, ist der SPD als Partei noch stark verhaftet und sucht deshalb eine Verschärfung der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation durch maßvolles Verhalten in den Tarifauseinandersetzungen zu verhindern, aus Angst, alles andere könnte der "Reformierung" des Kopf kosten.

Von dieser, in ihren politischen Vorstellungen relativ profilierten Gruppe ist die große Masse der politisch orientierungslosen Arbeiter zu unterscheiden, die sich auch mit der SPD nicht politisch identifiziert und deshalb auch mit ihren Lohnforderungen nicht zurückstecken würde, um die SPD-Regierung im Sattel zu halten. Daß die große Masse der Arbeiter dennoch den 11 % Beschlüssen der Tarif-Kommissionen kaum Widerstand entgegenbrachte, findet allgemein eine Erklärung darin, daß das Denken der Arbeiter noch weitgehend dem Markt und seinen Gesetzen verhaftet ist, und sie deshalb "vernünftige" Forderungen gutheißen, die davon abgeleitet sind, was die "Marktlage"

hergibt. Auf diesem Hintergrund sind sie vor allem in Krisensituationen der bürgerlichen Propaganda und Demagogie hilflos ausgeliefert und in Betrieben, wo Entlassungen und Kurzarbeit auf der Tagesordnung stehen, sogar zu Lohneinbußen bereit.

Zusammenfassend ziehen wir daraus folgende Konsequenz:

Da die derzeit existierende politische Vertretung der Arbeiterklasse ("aktive Gewerkschaftler") der SPD verhaftet ist, kann die SPD als Regierungspartei die Politik im Interesse des Monopolkapitals machen, ohne daß sie die Arbeiterklasse auf massiven Widerstand stoßen würde. Deshalb scheint uns auch eure Behauptung, daß die SPD für die Bourgeoisie "als Regierungspartei uninteressant" würde, in der gegenwärtigen Situation nicht zuzutreffen.

Dies gilt unseres Erachtens auch bei einer Verschärfung der Situation, auf die sich die Kommunisten sehr gründlich vorbereiten müssen, dabei aber von keinerlei Spekulationen-Verschärfung der Krise = CDU/CSU Regierung - ausgehen dürfen.

2. Ihr meint, daß wir jetzt in den Tarifkämpfen die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, die Bourgeoisie führen müssen, was unseres Erachtens bei dem gegenwärtigen Bewußtsein der Arbeiterklasse und damit ihrem Verhältnis kommunistischen Organisationen gegenüber nicht möglich, es sei denn, wir hätten vor, Führer ohne Gefolgschaft zu spielen, ein Spiel, was wir den KPD/MLs überlassen sollten.

Ihr meint weiter "unsere Aufgabe" sei u. a., "die Arbeiterklasse aus allen politischen und ideologischen Fesseln zu befreien, die sie der Verfolgung ihrer Klassenziele behindern". Wir halten diese Formulierung für falsch. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, was sich keineswegs nur auf den Moment der politischen Machtergreifung bezieht, sondern auf einen langen Prozeß, in dem die Arbeiterklasse im Klassenkampf mit der Bourgeoisie ihre bürgerlich-ideologischen Fesseln abstreift, d. h. die Befreiung der Arbeiter ist wesentlich praktisch und nicht Produkt kommunistischer Aufklärungsarbeit. Dies ist die eine Seite. Die andere ist, daß dieser Prozeß ohne eine organisierte kommunistische Vorhut unmöglich ist, daß ohne die kommunistische Avantgarde, die sich Klassenkampf als solche bilden und erweisen muß, das Proletariat im Klassenkampf unweigerlich immer wieder der Bourgeoisie unterliegen muß.

Gegenwärtig stellen wir fest, daß sich die ökonomische Situation nicht derart zugespitzt hat, daß ein Aufbrecher

der die Mehrheit der Arbeiterklasse beherrschenden bürgerlichen Ideologie möglich wäre. Dies bedeutet, daß momentan der Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterklasse gering bleiben muß, daß von "führen" und "Kämpfe (der Arbeiterklasse) organisieren" keine Rede sein kann. Das stellt für uns die Aufgabe, alle den Klassenkampf vorantreibenden Ansätze von proletarischem Widerstand

zu unterstützen und unsere Agitation auf all den Ebenen zu führen, auf denen die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse vorgeht. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, ob es uns gelingt, in unserer theoretisch-praktischen Arbeit uns auf verschärfte Situationen des Klassenkampfes so vorzubereiten, daß die Arbeiterklasse dann in ihren Kämpfen gegen das Kapital einen Teil ihrer politischen und ideologischen Fesseln abstreifen kann ...

KAB ARBEITER ZEITUNG

Herausgeber : Gruppe KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND Hamburg
Anschrift : Joachim Welsch, 2 Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 375c
Postscheckkonto : J. Welsch, Hamburg 3490 22

Die KAB-ARBEITERZEITUNG erscheint in der ersten Woche eines jeden Monats.
Preis -. 70 (Mengenrabatt auf Anfrage).
Abonnements und Versand einzelner Nummern nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das angegebene PSchKonto.

Wahnsinn oder Methode?

Zur Aktionseinheit von inzwischen über 20 kommunistischen Gruppen und Organisationen in der Metall-Tarif-Kampagne hat sich auch eine "KPD/ML" ("Rote Fahne") zu Wort gemeldet.

In ihrem internen Organ "KN" findet sich dazu ein Artikel "Gegen die Spalter der kommunistischen Arbeiterbewegung". Die Aktionseinheit zur Metall-Tarif-Kampagne wird dort als "Produkt des Idealismus und des Rechtsopportunisten" bezeichnet.

Die grundlegenden Fehler der kommunistischen Gruppen und Organisationen sind nach Meinung des "KN":

"Die Einschätzung der Sozialdemokratie und der Kämpfe der Arbeiterklasse".

In der Plattform der kommunistischen Gruppen und Organisationen zur Metall-Tarif-Kampagne heißt es dazu:

"Im Zentrum der gegenwärtigen Klassenkämpfe stehen die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie gegen das Lebensniveau, die politischen Rechte und die Ansätze zur politischen und ideologischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse... Seitdem die SPD Regierungspartei ist, hat die Tendenz zur Lösung der Arbeiter von der Sozialdemokratie zugenommen. Eine SPD, die nicht mehr in der Lage ist, die Arbeiterklasse fest an sich zu binden und von ökonomischen Kämpfen abzuhalten, ist aber für die Bourgeoisie als Regierungspartei uninteressant. Immer deutlicher setzen die Verbände der Kapitalisten auf die CDU/CSU..."

Der "KN" meint dazu, "daß die Kapitalistenklasse ihre politischen Angriffe nicht als Einzelkapitalisten oder als BDI durchführt, sondern durch ihre politischen Organe, die bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Staat. Dabei steht die Sozialdemokratie an der Spitze." Die SPD ist nach Meinung des "KN" die "soziale Hauptstütze der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse in der ganzen Etappe der Revolution, auch wenn sie aus taktischen Gründen einmal nicht in der Regierung ist".

In der Plattform zur Metall-Tarif-Kampagne heißt es:

"Wir gehen von der Einschätzung aus, daß wir in den Tarifkämpfen die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie, führen müssen, und nicht die Hauptagitationslinie auf die Entlarvung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer richten dürfen."

Der "KN" meint dazu, die Plattform zur Metall-Tarif-Kampagne "führt den falschen Hauptstoß und schwächt dadurch den notwendigen Kampf gegen die Sozialdemokratie ab". Den Kommunisten empfiehlt der "KN", sie sollten nicht die Kapitalistenklasse als Hauptfeind angreifen, sondern vielmehr den "Hauptstoß gegen die SPD richten". Hier kann der "KN" auf die von den Erfahrungen der Arbeiterbewegung längst widerlegte Auffassung Stalins zurückgreifen, "daß... in der Vorbereitung der Revolution die Hauptschläge darauf gerichtet sein müssen, diese Parteien (d.h. die Sozialdemokratie) zu isolieren und die breiten werktätigen Massen von ihnen loszulösen" (Stalin, Fragen des Leninismus).

Der "KN" wendet sich deshalb allen Ernstes gegen die Parole der Aktionseinheit "Gegen die Angriffe der Kapitalisten die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse" und schreibt empört: "Das entspricht schon voll und ganz der revisionistischen (!) Parole vom 'Lohnndiktat der Unternehmer'".

Der "KN" schlägt stattdessen vor: "Lohnndiktat der SPD-Regierung", denn "der zentrale Angriff auf die ganze Arbeiterklasse und besonders auf die Metaller ist das Lohnndiktat der SPD-Regierung".

Noch klarer sprechen die Super-"Linken" in ihrer "Roten Fahne" vom 13. September 1971. Dort befaßt sich ein Artikel unter der Überschrift "Am Kampf gegen die Sozialdemokratie fällt die Entscheidung" ebenfalls mit der Aktionseinheit zur Metall-Tarif-Kampagne. In diesem Artikel nun wird in einer Zwischenüberschrift die entlarvende Frage gestellt:

"Kampf den SPD-Führern oder Kampf den Kapitalisten?"

Die Super-"Linken" stellen den "Kampf den SPD-Führern" und "Kampf den Kapitalisten" tatsächlich als Alternative gegenüber und entscheiden sich "entschlossen und konsequent" für das erste.

Heißt die zentrale Parole der kommunistischen Gruppen und Organisationen "Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!", so propagieren die Super-"Linken" stattdessen: "Gegen die Verräterei der SPD-Regierung die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse!"

Deutlicher geht's nimmer! Die Super-"Linken" ersetzen "entschlossen und konsequent" den Kampf gegen die Kapitalistenklasse durch den "Kampf gegen die Verräterei der SPD-Regierung". Die "Rote Fahne" schreibt dazu: Die Parole gegen die Kapitalistenklasse "vereinfacht (!) die wirklichen Verhältnisse gefährlich, besonders im Zeitalter des Imperialismus". Die "Rote Fahne" fälscht sich eigens ein Lenin-Zitat für ihre traurigen Zwecke zurecht, indem sie Lenin den Unsinn zumogelt: "Der Opportunismus ist der Hauptfeind". Lenin hat aber davon gesprochen, daß der Opportunismus der "Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung" ist, was ja auch durch alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung bestätigt wird. Der Opportunismus wurde aber nie von Lenin generell als Hauptfeind angesehen, denn natürlich ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse stets die sie unterdrückende und ausbeutende Klasse.

Mit ihrem "Hauptstoß gegen die SPD" gehen die Super-"Linken" weit über das hinaus, was in der kommunistischen Bewegung (besonders in den Jahren vor 1933) in dieser Frage falsch gemacht wurde. Denn die Kommunistische Internationale vertrat damals als zentrale Parole "Klasse gegen Klasse". Es war also als Aufgabe der Kommunisten klar definiert, die Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse zu führen. Nach Meinung der Super-"Linken" ist wohl auch die Parole "Klasse gegen Klasse" durch und durch "revisionistisch" und sollte besser ersetzt werden durch "Klasse gegen Partei" oder "Klasse gegen Regierung".

In der "Roten Fahne" wird man daher auch mit der Lupe suchen müssen, um überhaupt je einen Angriff gegen die Kapitalistenklasse zu entdecken. Die Titelschlagzeilen richten sich durchweg gegen SPD und Gewerkschaften, wie etwa "Die Arbeiterklasse kämpft - SPD-Polizei marschiert", "IGM-Führer auf dem Weg zum Lohnndiktat der SPD-Regierung" oder "Brandts Krimreise - ein unheilvoller Akt" ("Rote Fahne" vom 7. Juni, 13. September und 27. September). In einer einzelnen Nummer finden wir folgende Hauptüberschriften: "IGM-Führer rüsten für den

inneren Notstand gegen die Arbeiterklasse", "Am Kampf gegen die Sozialdemokratie fällt die Entscheidung", "SPD- und DKP-Führer - gemeinsame Handlanger der Imperialisten", "Politischer Einfluß der SPD-Führer soll abgesichert werden" und "Schillers imperialistischer Auftritt in Washington" ("Rote Fahne" vom 13. September).

Die Kapitalistenklasse verschwindet in der Agitation und Propaganda nahezu vollständig hinter der SPD, die der Arbeiterklasse als Popanz zum Dreindreschen angeboten wird. Wahnsinn oder Methode?

Hermann Remmele Schritt halten!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

100S. A5 kart. 3,- DM

Nachdruck aus "Die Internationale", "Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus" der KPD, Frühjahr 1930.

Hermann Remmele (1880 - 1939), Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, Abgeordneter im Reichstag, Vorsitzender des Kampfbundes gegen den Faschismus, Mitglied des Präsidiums des EKKI, 1935 aus der KPD ausgeschlossen.

- Inhalt:
1. Nicht nachhinken!
 2. Nicht vorausseilen!
 3. Man muß Eier legen, ohne zu gackern
 4. Die neueste Theorie vom Sozialfaschismus
 5. Die Kur des Doktor Eisenbart
 6. Die "linke" Kinderkrankheit bei den Betriebsräte-wahlen
 7. Höher und höher!
 8. Die einheitlich reaktionäre Masse
 9. Der "Hauptfeind"
 10. Etwas vom Wesen des Sozialfaschismus
 11. Der Kampf gegen den Sozialfaschismus in Betrieben
 12. Die kleinen Zörgiebeln in den Betrieben
 13. Etwas von der revolutionären Kriegsführung
 14. Die Ursachen der Abweichungen von der Parteilinie
 15. Der Standpunkt des Brandlerismus
 16. Die Bedeutung der Wendung für den revolutionären Klassenkampf
 17. Der Kampf gegen die rechte Hauptgefahr
 18. Das linke Sektierertum
 19. Der Kampf gegen zwei Fronten der Abweichung vom Marxismus - Leninismus
 20. Der Kampf des "linken" Sektierertums gegen die bolschewistische Linie der Partei
 21. Die Merkersche Theorie über den Sozialfaschismus
 22. Merkers Theorie über die Arbeiteraristokratie
 23. Der "umgestülpte Brandlerismus" Merkers
 24. Nochmals die einheitlich - reaktionäre Masse
 25. Das strategische Ziel und die Taktik der Partei
 26. Zum Ergebnis

Die Schrift "Schritt halten! Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?" wurde von Hermann Remmele in der Zeitschrift "Die Internationale" ab Heft 5, Anfang März im Jahre 1930 veröffentlicht.

In dieser Situation die SPD zum Hauptfeind zu erklären bedeutete, vom konsequenten Kampf gegen die Kapitalistenklasse abzulenken, die einerseits in der Krise die SPD - Regierung vorschob, andererseits die notwendigerweise arbeitgeberfeindliche Politik der SPD - Regierung ausnützte, demagogisch die Verbrechen der Kapitalisten der SPD und der Gewerkschaftsführung in die Schuhe zu schieben, um so die Machtübernahme der Rechtsradikalen vorzubereiten.

Während dieser Artikelserie - am 27. 3. 30 - wurde der sozialdemokratische Hermann - Müller - Regierung von der Kapitalistenklasse ein Fußtritt versetzt, nachdem sie durch die SPD - Regierung die Young - Gesetze hatte verabschiedet lassen.

Ausgehend vom Kampf gegen die linkssektiererische Merker - Gruppe wird im Remmele - Artikel die Bedeutung des Kampfes gegen jede Art des Opportunismus prinzipiell aufgezeigt und dem Opportunismus die Aufgaben der Kommunisten entgegengehalten.

Obwohl sich die Rolle der SPD grundsätzlich nicht geändert hat, und die geschichtliche Entwicklung nach 1933 zur völligen Zerschlagung der Arbeiterbewegung führte, versuchen heute linkssektiererische Gruppen, die "Theorien" der Merker - Gruppe noch in den Schatten zu stellen. Da die Massenkämpfe und der Aufbau der Kommunistischen Partei in der BRD erst in den Anfängen stehen, gewinnt diese Auseinandersetzung ganz besondere Bedeutung. Um den Rechtsopportunisten konsequent niederzukämpfen, ist es notwendig, das Linkssektierertum zu zerschlagen.

Gemeinsame Stellungnahme von SALZ und KAB Hamburg

FÜR DAS BÜNDNIS VON INTELLIGENZ UND ARBEITERKLASSE

GEMEINSAMES REFERAT VON SALZ UND KAB HAMBURG AUF EINER
VOLLVERSAMMLUNG DES KHB/ML AM 16./17. Oktober

DIE STUDENTEN- REVOLTE 1967/68

Ausgehend einerseits von der Verschlechterung der Ausbildungssituation und andererseits dem moralisch-humanitären Protest gegen die Verbrechen des Imperialismus in der "Dritten Welt" entwickelte sich seit Anfang der 60er Jahre eine militante studentische Opposition, die mit den Demonstrationen gegen den Schah-Besuch Anfang Juni 1967 einen massenhaften Charakter annahm.

Der SDS war Kristallisations-Punkt jener Teile der Studentenrevolte, die bis zur Infragestellung des kapitalistischen Systems und einer (notwendig verbal bleibenden) Identifizierung mit den revolutionären Kämpfen der Völker der "Dritten Welt" gingen.

Grundlage für das Bestehen des SDS war eine weitgehende ideologische Koexistenz, hauptsächlich in der Form eines wilden Eklektizismus (willkürliches Zusammenwürfeln von Bruchstücken verschiedener Theorien und Ideologien). Dem Trotzkismus wurde eine Kritik des "Stalinismus" und "Bürokratismus" an den sozialistischen Staaten entnommen, aus dem Kreis bürgerlicher Theoretiker wie Marcuse & Co. wurde ein geringschätziges Verhältnis zum Proletariat und eine Überbetonung des individuellen "Lustprinzips" übernommen. Die Ideologie des SDS war insofern bürgerlich, obwohl sie andererseits Ausdruck militanter Auflehnung gegen die Monopol-Bourgeoisie war. Das spiegelt die Klassenlage der Intelligenz wieder, auf die noch einzugehen sein wird.

Die Studentenrevolte, namentlich der SDS, hat in der Vergangenheit eine durchaus fortschrittliche Rolle in den gesellschaftlichen Bewegungen der BRD spielen können.

Es war die Studentenrevolte, die 1967/68 den Bann des Antikommunismus über den wissenschaftlichen Sozialismus durchbrach und massenhaft junge Menschen (z. T. auch außerhalb der Universitäten) an das Studium der Werke von Marx und Engels, aber auch von Lenin und Mao Tse-tung heranführte.

Bei Fehlen einer kommunistischen Partei der Arbeiterklasse übernahm der SDS recht und schlecht die Rolle eines führenden Kerns in den antiimperialistischen, demokratischen Bewegungen jener Zeit (Vietnam, Springer, Notstandsgesetze). Um den SDS herum bildeten sich erste proletarische Zirkel, besonders des Jungproletariats (Lehrlingszentren).

DIE KLASSEN-LAGE DER INTELLIGENZ

Im Klassencharakter der Studentenrevolte ist aber auch ihre Beschränktheit begründet.

Da die Studenten nicht im gesellschaftlichen Produktionsprozeß stehen, sind sie in sinnvoller Weise keiner Klasse fest zuzuordnen. Festgestellt werden kann lediglich, daß sie durch Elternhaus und Schule mehrheitlich kleinbürgerlich, teilweise bourgeois, kaum aber proletarisch geprägt sind.

Die Berufsperspektive der Studenten umfaßt einen breiten Raum. Ein Teil wird zur "selbständigen" Intelligenz werden wie etwa Ärzte oder Rechtsanwälte mit eigener Praxis. Dieser Teil bildet im engeren Sinne die kleinbürgerliche Intelligenz. Im ständigen Wachsen begriffen ist jener Teil der Intelligenz, der in eine lohnabhängige Stellung gerät, der also zum Verkauf seiner Arbeitskraft gezwungen ist. "Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab." (Marx, Engels, Manifest der Kommunistischen Partei).

So wie allgemein die Tendenz zur Lohnabhängigkeit der Intelligenz wächst, so nimmt im besonderen auch die massenhafte Zusammenfassung von Teilen der Intelligenz (technische Intelligenz) im industriellen Produktionsprozeß zu. Dieser Teil der Intelligenz nähert sich der Lage der Arbeiterklasse am meisten an.

Die Bourgeoisie ist darauf bedacht, die lohnabhängige Intelligenz als besonders soziale Schicht der Arbeiterklasse gegenüberzustellen. Ein großer Teil der Intelligenz leistet individualisierte Arbeit, die er relativ selbständig gestalten kann. Dazu sind vor allem die Lehrer zu rechnen. Dieser Teil der Intelligenz ist zwar schon in die Lohnabhängigkeit gepreßt, aber dennoch unterscheidet sich seine Klassenlage gar nicht einmal so sehr von der des Kleinbürgertums. Ein anderer Teil der Intelligenz erhält die Funktion von Leitenden Angestellten, höheren Beamten und "Vorgesetzten" über das Proletariat. Die Klassenlage dieser Schichten ist eher arbeitarristokratisch als proletarisch. Soweit die Intelligenz in den Produktionsprozess einbezogen wird (technische Intelligenz), hebt die Bourgeoisie sie durch äußere "Status-Symbole" aus der Arbeiterklasse heraus, um eine Mentalität des "weißen Kittels" zu erzeugen.

Es ist versucht worden, die Situation der Intelligenz im Unterschied zur Arbeiterklasse als die einer "neuen Mittelschicht" zu definieren. Dieser Ausdruck gibt richtig wieder, daß das Klassenbewußtsein der Intelligenz kleinbürgerlich ist. Die Intelligenz wehrt sich gegen die Monopol-bourgeoisie, während sie zugleich fürchtet und dagegen kämpft, in die Arbeiterklasse "hinabzusinken". Welche Seite stärker wirkt, ist nicht in erster Linie eine Frage von "Überzeugungsarbeit" und "gutem Willen", sondern eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Nur eine politisch-ideologisch selbständige und machtvoll auftretende Arbeiterklasse wird in der Lage sein, große Teile der Intelligenz im anti-imperialistischen Kampf mit sich zu führen.

Erziehung, akademische Ausbildung und Berufsperspektive bestimmen den Charakter der Studentenrevolte als kleinbürgerlich. Deshalb richtete sich die Ideologie der Studentenrevolte nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern andererseits auch gegen die Arbeiterklasse, die als passiver Haufen abgetan wurde. Die Studentenrevolte mußte versagen bzw. sogar zum objektiven Störfaktor werden, wo sich der Kampf des Proletariats entfaltete und kommunistische Organisationen des Proletariats sich zu entwickeln begannen.

Teile der Studentenrevolte erkannten, daß die Arbeiterklasse mehr als nur ein passiver Haufen ist. Dazu trugen der französische Mai 1968 und die Septemberstreiks 1969 wesentlich bei. Der "Marxismus-Leninismus", verkörpert in der einen oder anderen "Partei" bzw. "Aufbauorganisation" wurde zeitweilig zur studentischen Mode-Erscheinung. Hatte man sich bisher selbst zum "revolutionären Subjekt" (an Stelle der Arbeiterklasse) hochgehoben, so wollte man sich nun per "Marxismus-Leninismus" listig an die Spitze des in Bewegung geratenen Proletariats katapultieren.

DER HAMBURGER SDS

In Hamburg verlief die Entwicklung anders, da die im Hamburger SDS vertretene Ideologie schon immer einen merklichen revisionistischen Drall gehabt hatte.

Wir finden deshalb die meisten kleinbürgerlichen Ideologen des Hamburger SDS heute unter den Revisionisten des MSB und der DKP wieder. Diese Leute haben die bemerkenswerte Frechheit, die damals von ihnen zusammengebraute ideologische Scheiße den kommunistischen Organisationen des Proletariats anzulasten.

Eine Revisionismus-Kritik ist bei diesen Leuten ganz Fehl am Platz und wird ihnen nicht weiterhelfen. Die kommunistische Bewegung kann diese Leute - und alle, die unbedingt mit ihnen in den Sumpf marschieren wollen - ohne Schaden der DKP überlassen. *Kapitel 1. Einleitung*

Die scheinbare Radikalität des SDS sowohl in einzelnen Stellungnahmen und Parolen wie vor allem in seinen "direkten Aktionen" hat über dessen tatsächlichen Reformismus und Opportunismus hinweggetäuscht.

Untersuchen wir hier kurz das Papier des Hamburger SDS "Revolte wozu? - Perspektiven unserer Hochschulpolitik", das wichtigste programmatische Papier des Hamburger SDS. (Es war wohl seit Herbst oder Winter 1967 in der Diskussion, erlebte mehrere Auflagen und diente Anfang 1968 als Wahlprogramm des SDS Hamburg).

Nach einer Darstellung der Universität als feudales, ständestaatliches Überbleibsel wird die "Demokratisierung der Universität" als zentrale Parole aufgestellt. "Auf breiter studentischer Basis" soll durch "direkte Aktionen" die Beseitigung der "Feudaluniversität" angestrebt werden.

Da die inneruniversitären Widersprüche als gesamtgesellschaftliche Widersprüche erkannt werden, wird eine Bündnispolitik für notwendig befunden:

"...die inneruniversitäre Opposition muß so weit getrieben werden, bis die gesamte Universität - und nicht nur, wie gegenwärtig noch der Fall, ihr studierender Teil - gemeinsam gegen die bundesrepublikanische Finanz- und Ministerialbürokratie und mit den bewußtesten Teilen der außeruniversitären Opposition sich zu verbinden in der Lage ist ..."

Die studentischen Ideologen, die jetzt ihre passende politische Heimat am Boden der DKP gefunden haben, betrachten die Universität als Nabel der Welt, während die proletarischen Massen - die allein eine gesellschaftliche Umwälzung durchführen können - allenfalls für eine Hilfestellung leistende "außeruniversitäre Opposition" in Frage zu kommen schienen.

Es heißt in dem Papier dann weiter:

"Da wir vom herrschenden Clan der Universität und seiner Bürokratie nichts zu erwarten haben, müssen wir seine Macht Schritt für Schritt einschränken (!) und schließlich brechen (!). Unsere Übergangsforderung (!) ist daher die paritätische Besetzung aller universitären Gremien ... Die strukturelle Parität ist ... Hebel für eine radikale Hochschulreform, die wir als Ausgangspunkt für eine ebenso radikale Demokratisierung der übrigen Gesellschaft betrachten."

Der trotzkistische Mythos von der "Übergangsforderung", die revisionistische "Strukturreform" (von Togliatti für die KP Italien erstmals entwickelt) sowie allerlei "Freiraum"-Illusionen reichen sich hier auf Schönste die Hand. Die Dinge werden total auf den Kopf gestellt. Die gesellschaftliche Umwälzung wird nicht als Voraussetzung, sondern als Ergebnis einer "Demokratisierung der Universität" dargestellt. Das konnte der Revisionismus der DKP ohne weiteres integrieren.

Die herrschende Ideologie im SDS Hamburg, von der sich viele fortschrittliche Studenten beeinflussen ließen, war erklärtermaßen reformistisch und arbeitfeindlich. Die gesellschaftliche Rolle des Proletariats und die Notwendigkeit

des revolutionären Kampfes wurden völlig unterschätzt. Das schuf besonders günstige Bedingungen für die Verbreitung von AMS(MSB)/DKP in der Hamburger Studentenschaft -

Die Gründung des "KHB/ML" als opportunistischer Trip

Auf die Auflösung des SDS an seiner inneren Widersprüchlichkeit und den folgenden Verwesungsprozess ("Rote Zelle Produktion") soll hier nicht näher eingegangen werden.

Anfang Oktober 1970 stellte sich mit der Nr. 1 der Zeitung SPO die neue Studentenorganisation "KHB/ML" vor. Die Anfänge des "KHB/ML" liegen in Verhandlungen und Diskussionen zwischen Teilen der damaligen "Zelle Produktion" und Vertretern des SALZ.

Daß eine relativ große Zahl von Studenten vorübergehend das nicht mehr zu unterdrückende Bedürfnis verspürte, zu Kommunisten und gar zu "ML"-Kommunisten zu werden bzw. als solche zu gelten, war an sich kein großes Unglück. ?? *Arroganz*

Falsch, und zwar opportunistisch, war es, daß das SALZ mit einem "Führungsanspruch" die Patenschaft über diese Studentenorganisation übernahm. Denn es war damals schon absehbar, daß der Anspruch des "ML" von dieser Studentenorganisation überhaupt nicht einzulösen war, trotz Patenschaft des SALZ.

Warum meinte das SALZ damals, die Patenschaft für einen "KHB/ML" übernehmen zu können:

"Durch die Hinaussäuberung der ökonomistischen Linie aus der ML-Organisation in Hamburg, SALZ, hat sich die Organisation soweit gestärkt und gefestigt, daß die Einlösung dieses Anspruchs auf ideologische Kontrolle einer kommunistischen Hochschulorganisation durch die kommunistische Organisation im Bereich des Proletariats gewährleistet ist ..."

(ZAK des SALZ zur Gründung des KHB/ML, SPO I)

Es wurde in Wahrheit überhaupt nicht untersucht, ob und wie weit eine Fähigkeit des SALZ zur Führung eines "KHB/ML" gegeben war. Es wurde einfach behauptet, daß das SALZ nach Ausschluß der Ökonomen-Fraktion "soweit gestärkt und gefestigt" sei, um diese schwere Patenschaft zu übernehmen.

Grundsätzlich ist der Anspruch berechtigt, daß eine kommunistische Organisation im universitären Bereich unter Führung einer proletarischen Organisation stehen muß. Studenten und Intellektuelle können von sich aus keine kommunistische Organisation aufbauen, auch wenn sie zeitweilig das Bedürfnis dazu verspüren. Denn die kommunistische Organisation ist eben die besondere Organisationsform des Proletariats, als der einzigen konsequent revolutionären Klasse.

Aber gegenwärtig ist die Arbeiterbewegung noch zu schwach entwickelt, um andere Klassenkräfte (z.B. Intelligenz) um sich zu einem breiten antiimperialistischen Bündnis zu sam-

über die allgemein kleinbürgerliche Anfälligkeit für reformistische Ideologien hinaus.

meln. Dem entspricht, daß die kommunistischen Organisationen nicht in der Lage sind, ihre Politik z.B. an den Universitäten massenhaft durchzusetzen und Organisationen in diesem Bereich wirksam anzuleiten. Gerade das war aber ein zentraler Anspruch des "KHB/ML" gewesen, nämlich "die proletarische Linie an der Hochschule durchsetzen" (SPO I).

Was mit diesem Ausdruck genau gemeint war, wußte wohl niemand so recht. War hier eine kommunistische Hochschule gemeint, so bestand damals eine solche noch nicht einmal in groben Zügen, geschweige denn, daß an "Durchsetzen" zu denken war. War aber die massenhafte Gewinnung von Studenten für das sozialistische Ziel gemeint, so ist diese abhängig vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, d.h. vor allem vom Erstarken einer politisch-ideologisch selbständigen Arbeiterbewegung.

In jedem Fall war der Anspruch unsinnig, "die proletarische Linie an der Hochschule" durch den "KHB/ML" durchsetzen zu wollen. Hier war letztes Endes der Klassenstandpunkt aufgegeben worden, d.h. das Verständnis der Hochschulen als kleinbürgerlicher Bereich. Die "proletarische Linie" war nichts weiter als ein Mythos.

Der Kult der "proletarischen Linie" stand in engem Zusammenhang mit dem damaligen Anspruch des SALZ, den "KHB/ML" anleiten zu können. Diese Anleitung sollte in erster Linie durch eine "ideologische Kontrolle" verwirklicht werden. Im Statut des "KHB/ML" hieß es dazu:

"Das SALZ Hamburg bestimmt die allgemeinen Richtlinien der Politik des KHB/ML und übernimmt bei der Herausarbeitung und praktischen Umsetzung der politischen Linie die ideologische Kontrolle." (SPO I)

Die Begriffskonstruktion einer "ideologischen Kontrolle" über die praktische Durchsetzung einer politischen Linie weist auf das völlige Fehlen inhaltlicher Vorstellungen zur Anleitung des "KHB/ML" hin.

Die praktische Durchführung einer bestimmten kommunistischen Politik wäre nur dann vom SALZ anzuleiten und zu kontrollieren gewesen, wenn das SALZ in der Lage gewesen wäre - ohne Schaden für seine Arbeit im Proletariat - Kader freizustellen, zunächst einmal überhaupt für die Erarbeitung einer solchen kommunistischen Politik für den Hochschulbereich und dann für die unmittelbare Anleitung des "KHB/ML" bei der praktischen Umsetzung dieser Politik.

Das war nicht der Fall:

"Der lokale Parteiamt SALZ ist ... gegenwärtig nicht in der Lage, SALZ-Kader für den Aufbau des KHB abzustellen, da er alle Kräfte hauptsächlich im Bereich des Proletariats für den Parteiaufbau konzentrieren muß. Daher müssen die fortschrittlichsten und qualifiziertesten Studenten-Genossen, die nicht im SALZ organisiert sind, die Aktivisten, den Kaderaufbau im Bereich der Hochschule vorantreiben ..." (SPO I, "Die richtige Organisation aus den Hauptaufgaben ableiten")

Abgesehen von sektiererischen Vorstellungen über den Parteiaufbau (die inzwischen als überwunden anzusehen sind) wird hier die praktische Unmöglichkeit ausgesprochen, einen "KHB/ML" vom SALZ aus anzuleiten und zu kontrollieren.

Die Widerspruchsentwicklung im "KHB/ML"

"Der durch die Schrecken des Kapitalismus 'wild gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen 'Mode'-Strömung bis zur 'Tollheit' fortreißen zu lassen - all das ist allgemein bekannt ..." (Lenin, Linker Radikalismus)

Die Geschichte der Studentenrevolte ist die Geschichte der kleinbürgerlichen Unbeständigkeit:

des sprunghaften Anwachsens dieser oder jener Strömung und ihres ebenso raschen Zusammenbrechens, der seuchenhaften Ausbreitung der einen oder anderen Strömung, des sprunghaften Wechsels vom Anti-Autoritarismus zum Autoritär-Fetischismus, von Organisationsfeindlichkeit zu Organisationsucht und wieder zurück, des massenhaften Zulaufs zu den verschiedenen "ML"-Organisationen und "KPD/ML"'s und der Abwendung von ihnen usw. usf.

Der "KHB/ML" wuchs nach seiner Gründung mit unglaublicher Geschwindigkeit an, so daß man nur mit Stauen zum Kenntnis nehmen konnte, wie viele "Kommunisten/ML" es auf einmal an den Universitäten gab. Daß hier der Rückschlag einsetzen mußte, war zu erwarten. Es ist gut, wenn sich alle diejenigen, die sich aus irrationalen Gründen der kommunistischen Bewegung aufgedrängt haben, möglichst rasch von dieser trennen, sofern sie es noch nicht getan haben. Sie sind für die kommunistische Bewegung nur eine Belastung. *Defätismus + Arroganz*
Die Entwicklung der Widersprüche im "KHB/ML" führte im Juni dieses Jahres zum offenen Ausbruch einer schweren Krise der Organisation.

Worin sollte die "ideologische Kontrolle" denn dann überhaupt bestehen? "In der ideologischen Auseinandersetzung in der Hochschulorganisation durch die Protokolle und das Zentralorgan "STUDIEN, PROPAGANDIEREN, ORGANISIEREN" (SPO I).

In der Praxis reduzierte sich der "Führungsanspruch" des SALZ auf gelegentliche Konsultationen mit den "KHB/ML"-Führern.

Der Fehler des SALZ kann von uns nicht darin gesehen werden, daß es dem SALZ nicht gelang, aus dem "KHB/ML" eine kommunistische Organisation im universitären Bereich zu machen. Das war objektiv gar nicht möglich. Der Fehler bestand vielmehr im Wecken und Hegeln übersteigter Vorstellungen hinsichtlich der Perspektive des "KHB/ML". Diese Fehler waren vor allem begründet in der sektiererischen Selbstüberschätzung des SALZ zu jener Zeit.

Daß sich die Anfang Juni eingeleitete Auseinandersetzung ausgerechnet im Zusammenhang mit verschiedenen Massenaaktionen der Hamburger Kommunisten (Vietnam, Petrascheln) zu einer offenen Krise des "KHB/ML" verschärfte, hat durchaus gesetzmäßigen Charakter. In Zeiten, in denen die Organisation vor wirkliche Aufgaben gestellt wird, zeigt sich jeder Mangel, jede Unzulänglichkeit mit besonderer Schärfe. Alle ungelösten und unter der Oberfläche sich verborgenden Widersprüche treten offen zu Tage. Und das ist gut so.

"Solange es keinen Kampf gab ... (schien) die 'Einheit' des gesamten 'denkenden Teils' der Studentenschaft ... unverbrüchlich. Sobald es aber zu Taten kam, wurde die Scheidung der verschiedenen Elemente unvermeidlich..." (Lenin, Werke, Bd. 7, S. 42)

DIE "KRITIK-FRAKTION"

Im "KHB/ML" organisierte sich eine besondere "Kritikfraktion", die wegen der tatsächlichen Fehler des "KHB/ML" eine breite Basis gewann. Die Wortführer der "Kritikfraktion" indessen nahmen Kurs auf Zerschlagung des "KHB/ML" und Überführung von möglichst vielen "KHB/ML"-Mitgliedern in den revisionistischen MSB.

Diese Leute bemühten sich nach Kräften, den MSB als den eigentlich "politisch bewußteren Teil" der Erben der Studentenrevolte herauszuputzen, weshalb man dem MSB "nicht in den Arm fallen" dürfe. Die Revisionismus-Kritik erklärten sie dummreist für "nicht ausgewiesen", als wäre die mehr als zehnjährige Auseinandersetzung

innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung um diese Fragen überhaupt nie geschehen.

Diese Demagogen brachten es soweit, Teile der "Kritik-Fraktion" ausgerechnet während der Chemie-Tarif-Runde, als mehrere Hamburger Betriebe im Vollstreik standen, zur offenen Sabotage am Kampf der Chemie-Arbeiter zu bewegen. Teile der "Kritik-Fraktion" erschienen trotz fester Zusage nicht zum Verteilen des "Chemie-Arbeiters" des SALZ, sodaß eine Verzögerung bei der Versorgung wichtiger Betriebe in Kauf genommen werden mußte.

Offenen Ausdruck fand diese Tendenz auf dem Vietnam-Teach-In des "KHB/ML". Dort hielt ein Wortführer der "Kritik-Fraktion" einen provokatorischen, spalterischen "Diskussionsbeitrag", indem er sich in der Frage des antiimperialistischen Kampfes voll auf den Boden der vor ihm aufgetretenen MSB-Demagogen Knickrehm/Landefeld stellte. In der Abstimmung über die Vietnam-Resolution des "KHB/ML" stimmten als einzige unter mehreren hundert Anwesenden vier oder fünf Wortführer der "Kritik-Fraktion" gegen diese Resolution, für die auch die anwesenden Vertreter des MSB mitstimmten. Teile der "Kritik-Fraktion" marschierten während der Vietnam-Demonstration im MSB-Block.

Auf dem Petra-Schelm-Teach-In äußerte sich ein Diskussionsredner der "Kritik-Fraktion" im Sinne der MSB-Demagogen, eine Demonstration gegen Notstands-Terror und Faschisierung sei "nicht zu vermitteln".

Die zum SALZ tendierenden Genossen des "KHB/ML" verstanden nicht, die berechtigte Kritik aus den Reihen der

Die Neubestimmung der kommunistischen Arbeit im Hochschulbereich

Es wurde schon gesagt, daß eine kommunistische Arbeit im Hochschulbereich nur möglich ist im engen Arbeitszusammenhang mit der Arbeiterbewegung, da die Studenten zur selbstständigen kommunistischen Organisation nicht fähig sind.

Die Studenten und allgemein die Intelligenz können nur im Bündnis mit dem Proletariat erfolgreich kämpfen. Das konkretisiert sich auch in der parteilichen Stellungnahme zu den bestehenden proletarischen Organisationen.

Ein Student, der es ernst meint mit seinem Anspruch, an der Seite des Proletariats für den gesellschaftlichen Fortschritt zu kämpfen, muß also fragen: Welche proletarische Organisation vertritt diese Politik des gesellschaftlichen Fortschritts?

Hier ist also die Frage nach der Strategie der "demokratischen Erneuerung" der DKP bzw. deren Kritik durch die Kommunisten zu stellen. Hier ist ebenso die Frage nach der betrieblichen Praxis der DKP einerseits und der Kommunisten andererseits zu stellen.

"Kritik-Fraktion" aufzunehmen im Sinne einer Neuorganisation des "KHB/ML". Auf der anderen Seite zögerten sie, konsequent und schnell den Bruch mit den revisionistischen Hetzern innerhalb der "Kritik-Fraktion" zu vollziehen.

Die von den Genossen vorgelegten, ganz unlesbaren dickleibigen "Arbeitspapiere" zur Selbstreflektion der Studentenrevolte mußten ihren gutgemeinten Zweck verfehlen. Diese Genossen sollten die Gefahr beachten, daß sie nicht zu Leuten werden, wie Stalin sie einmal sehr anschaulich beschrieben hat (die Genossen haben diese Worte Stalins selbst in ihren zig-seitigen Papieren zitiert, anscheinend, ohne die darin liegende Ironie recht zu bemerken!):

"Jetzt komme ich zu dem Typ von Funktionären. Ich meine den Typ von Schwätzern, ich möchte sagen, von ehrlichen Schwätzern, von ehrlichen Leuten, die der Sowjetmacht ergeben, aber nicht fähig sind, zu leiten, nicht fähig sind, irgendetwas zu organisieren. Ich hatte im vorigen Jahr ein Gespräch mit einem solchen Genossen, einem sehr geachteten Genossen, aber unverbesserlichen Schwätzer, der imstande ist, jedes beliebige Unternehmen im Geschwätz zu ersäulen... (Stalin gibt das Gespräch dann kurz wieder)... Da habt ihr das Bild eines Schwätzers. Sie haben mobilisiert, haben die Frage scharf gestellt, haben einen Umschwung und Fortschritt erzielt, ... aber die Sache kommt nicht vom Fleck." (Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag, 1934)

So ist es bisher auch im "KHB/ML" gelaufen. "Die Sache kommt nicht vom Fleck!"

*Schematismus!
Das ist keine Erklärung.*

Es ist bezeichnend, daß gerade dieser Gesichtspunkt in der Auseinandersetzung innerhalb des "KHB/ML" nur eine untergeordnete Rolle spielte. Das zeigt, daß selbst von den Studenten, die als "Kommunisten/ML" herumrennen, nur ein kleiner Teil über die kleinbürgerliche uni-borierte Betrachtungsweise der Dinge hinausgekommen ist.

Grundlage der kommunistischen Arbeit im Hochschulbereich kann nur die parteiliche Orientierung auf die kommunistischen Organisationen des Proletariats sein.

Das beinhaltet die Aneignung und Anerkennung der Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus und die Einsicht in deren revisionistische Entstellung durch die DKP.

Das beinhaltet die solidarische Unterstützung der kommunistischen Organisationen des Proletariats durch technische und wissenschaftliche Hilfe wie auch die solidarische Kritik an diesen.

Die kommunistischen Organisationen des Proletariats können und wollen an den Hochschulen keinen "Führungs-

spruch" durchsetzen. Sie werden allerdings die kommunistische Arbeit im universitären Bereich stärker als bisher durch ideologische, politische und praktische Hilfestellung unterstützen.

FÜR DEN AUFBAU EINES SOZIALISTISCHEN STUDENTENBUNDES

Wir schlagen vor, den "KHB/ML" als Sozialistischen Studentenbund zu reorganisieren. Dieser SSB sollte im Wesentlichen zwei Aufgaben haben:

■ In erster Linie die Gewinnung der Intelligenz zum Bündnis mit der Arbeiterklasse.

daneben aber auch die Qualifizierung von Kadern für die kommunistischen Organisationen des Proletariats.

Die Hauptaufgabe des SSB mußte also sein, diejenigen Interessen und Bedürfnisse der Studenten zu vertreten, die nicht gegen die Interessen des Proletariats gerichtet sind, sondern geeignet sind, die Studenten zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse an der Seite des Proletariats zu organisieren.

X Hierzu sollte ein politisches Programm erarbeitet werden, eben!

Es gilt, die schlechte "Tradition" des "KHB/ML" zu überwinden, die durch Dogmatismus und Sektierertum gekennzeichnet war.

Die Aufgabe der Massenpolitik wurde nicht wahrgenommen. Stattdessen wurden lange Zeit müßige Spekulationen angestellt, die Studentenrevolte sei "hauptseitig reaktionär" gewesen. Nicht begriffen wurde, daß reaktionär immer relativ ist, d.h. reaktionär im Verhältnis zu etwas anderem.

Gegenüber der sich entfaltenden Arbeiterbewegung und dem Aufbau kommunistischer Organisationen des Proletariats hat die Studentenrevolte durchaus reaktionäre Züge gehabt. Fortschrittlich aber ist die Studentenrevolte in ihrem Verhältnis zum Imperialismus. Der Kampf der Studenten um ihre sozialen Interessen kann nicht schlechthin als Verteidigung von Klassenprivilegien eingeschätzt werden, obwohl er diesen Charakter unter Umständen annehmen kann.

Falsch war es, sich aus dem Kampf der Studenten um ihre sozialen Interessen heraushalten zu wollen. Das hat entweder zum Sektierertum oder aber dann im Gegenschlag zur Nachtrabpolitik gegenüber dem MSB geführt. Es kommt darauf an, diese Kämpfe der Studenten jeweils konkret klassenmäßig einzuschätzen (also: wem dienen sie?), um dann diesen Kämpfen eine möglichst klare antiimperialistische, demokratische Stoßrichtung zu geben und sie in Verbindung mit den Kämpfen des Proletariats zu bringen.

Falsch war auch das "Etappen-Modell", das in mehreren kommunistischen Organisationen des Proletariats in den Anfängen der Arbeit vertreten wurde und über das SALZ auch in den "KHB/ML" hineingetragen worden war.

So ging man davon aus, daß man es bei dem Aufbau der Kommunistischen Partei mit verschiedenen scharf voneinander getrennten Etappen zu tun habe. Man leitete daraus den Schluß her, in der ersten Phase - in der Phase der "Parteischaffung" - bilde die "Kaderlinie" die "Hauptseite", in einer späteren Phase, in der die Kommunistische Partei schon existiere, bilde dann die "Massenlinie" die "Hauptseite". Gemeint war damit, daß die Arbeit in den Massen in der ersten "Phase" im wesentlichen nur das Mittel zu sein habe, mit dem man Kader herauszufinden und zu "rekrutieren" habe.

Diese Vorstellung ist aus zwei Gründen mangelhaft und unkommunistisch:

Erstens wird davon abgesehen, daß sich Kader nur in der Massenarbeit bilden und bewähren können - daß die Massenarbeit überhaupt die Voraussetzung für das Entstehen von Kadern ist, die diese Bezeichnung verdienen.

Zweitens aber, und das ist das Zentrale, wird in dem "Etappenmodell" das Befolgen der Massenlinie von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht. Damit wird geleugnet, daß für Kommunisten zu allen Zeiten, ob sie nun schwach oder stark sind, ob wir schon eine Partei haben oder nicht, die Massen im Mittelpunkt zu stehen haben und nicht umgekehrt, unsere Politik vom Blickwinkel unserer Zirkel bestimmen dürfen. Genau das täten wir aber, wenn wir davon ausgingen, daß wir die verschiedenen Zirkel erst zu einer Partei zusammenschließen müßten, und erst dann dazu übergehen könnten, "die Massenlinie zur Hauptseite zu machen".

Die Massenlinie ist also nicht ein Prinzip unter vielen, das wir erst dann anwenden müssen, wenn wir uns dazu "in der Lage sehen", sondern die Massenlinie ist das Grundprinzip überhaupt - von dem wir zu allen Zeiten ausgehen müssen, wenn wir Kommunisten sein wollen.

*Viel anklagender Gerede,
aber keine Analyse.
Das hier (S. 38/39)
Geforderte, ein Hochschulprogramm, ist
wie eingelöst worden.*

REVISIONISMUSKRITIK

REVISIONISMUSKRITIK 2 : Zur Kritik der "Thesen" des Parteivorstandes der DKP

Preis -70

REVISIONISMUSKRITIK 3 : Zur Geschichte der KPD nach 1933
Das KPD-Verbot von 1956 und seine Folgen
Nachdruck der Stellungnahme einer kommunistischen Gruppe innerhalb der KPD aus dem Jahre 1967

Preis 1.-

Ernst Thälmann Über Gewerkschaften

Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI

Das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale fand vom 3. bis 19. Juli in Moskau statt. Ernst Thälmann hielt ein Referat über "Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien". Das Koreferat hielt Losowski über "Der ökonomische Kampf und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien".

Thälmann zeigte in seinem Referat, welche Aufgaben die Zuspitzung der Klassenkämpfe stellte: den Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften. Den Plänen zur Gründung neuer "revolutionärer" Gewerkschaften in Deutschland erteilte Ernst Thälmann eine Absage: gerade der Kurs der Reformisten auf Spaltung der Gewerkschaften erfordere im gegenwärtigen Moment die Aufbietung der größten Zähigkeit und Ausdauer durch die Kommunisten, um für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

Ernst Thälmann wies hin auf die Notwendigkeit eines selbständigen Auftretens der Kommunistischen Parteien bei der Führung ökonomischer Kämpfe, in der Streikbewegung und bei den Betriebsrätewahlen.

Ernst Thälmann erweist sich auch in seinen Beiträgen auf dem 10. Plenum des EKKI als unermüdlicher Kämpfer für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, als prinzipienfester Verteidiger des Marxismus - Leninismus gegen alle rechts- und "links" opportunistischen Verfälscher.

Ernst Thälmann hat bei anderer Gelegenheit festgestellt, daß die Gewerkschaftsfrage für die Kommunistischen Parteien der "Knotenpunkt aller politischen Probleme" ist. "Die Gewerkschaftsfrage ist die Grundlage unserer Taktik. Durch sie wird das Verhältnis von Partei und Klasse entschieden, das Verhältnis unserer Partei zur deutschen Arbeiterklasse." (Referat auf dem 10. Parteitag der KPD, Juli 1925).

Die Erkenntnis der Notwendigkeit und Aktualität eines solchen Herangehens an die Gewerkschaftsfrage gewinnt gegenwärtig bei den Kommunisten an Boden. Im Rahmen umfassenderer Arbeiten haben wir uns zur Herausgabe dieser Schrift entschlossen.

106 S. A5 kart. 3.- DM